



**RIAS**  
**HESSEN**

Recherche- und Informationsstelle  
Antisemitismus Hessen

# Jahresbericht **2025**

[www.rias-hessen.de](http://www.rias-hessen.de)



# Inhaltsverzeichnis

Grußwort Uwe Becker	4
Grußwort OFEK Hessen	6
Grußwort Zusammen1	8
Ein Rückblick auf Aktivitäten und Strategien von Susanne Urban	10
<b>Über uns</b>	
Formelle Grundlagen des Jahresberichts 2025	14
<b>Antisemitismus in Hessen</b>	
Das Jahr 2025 in Zahlen	20
Ein Blick ins Jahr 2025 — Kommentar von Dani Kranz	38
<b>Fokuskapitel I</b>	
Demonstrationen und Kundgebungen	43
Schlaglichter der Straße — Kommentar von Matteo Alba	52
<b>Fokuskapitel II</b>	
Antisemitismuserfahrungen in Bildungseinrichtungen	54
Perspektiven des Verbandes jüdischer Studierender Hessen (VJSH) formuliert von Ilana Inna Ponomarenko	64
Haltung entwickelt sich aus Wissen und Handlung Oliver Dainow	66

# Grußwort

Uwe Becker

Die Hoffnung, dass die Zahl antisemitischer Vorfälle in Hessen zurückgehen oder zumindest stagnieren könnte, hat sich mit den nun vorliegenden Zahlen erneut nicht erfüllt. Die dokumentierten Vorfälle sind wieder deutlich gestiegen und erreichen ein neues Höchstniveau. Ein Anstieg um abermals 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr, auf 1099 Vorfälle. Dies ist insgesamt mehr als besorgniserregend, aber besonders fassungslos und wütend macht dabei der Zuwachs von antisemitischen Vorfällen in Bildungseinrichtungen. Und nein, es ist nicht davon auszugehen, dass nur mehr gemeldet wird, weil die Sensibilität und Aufmerksamkeit gestiegen sind. Denn der Anstieg deckt sich mit den Berichten von Betroffenen und ist deshalb so alarmierend.

Zu den Bildungseinrichtungen gehören Schulen ebenso wie Hochschulen. Auch wenn die Vorfälle an Hochschulen in den vorliegenden Zahlen leicht zurückgegangen sind, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch dort antisemitische Vorfälle weiterhin stattfinden, dass sich Studierende, Lehrende und Wissenschaftler bedroht sehen und sie ernst genommen werden müssen. Zugleich gilt auch: Der stärkere Anstieg in einem Bereich bedeutet nicht, dass andere weniger betroffen wären. Die Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle ist insgesamt erneut gestiegen. Antisemitismus bleibt damit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die sich in unterschiedlichen Kontexten zeigt, im öffentlichen Raum, im digitalen Raum, in Institutionen und im Alltag.

Gerade deshalb kommt Bildungseinrichtungen eine Schlüsselrolle zu. Schulen und Hochschulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern Orte, an denen demokratisches Zusammenleben gelernt und eingeübt wird. Ihr Bildungs- und Erziehungsauftrag besteht darin, junge Menschen zu mündigen und verantwortungsbewussten Bürgern einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft zu befähigen. Dazu gehört auch, antisemitische Stereotype zu erkennen, ihnen klar zu widersprechen und Verantwortung zu übernehmen. Kurz gesagt: Haltung zu zeigen.

Hinzu kommt, dass sich antisemitische Vorfälle nicht nur häufen, sondern auch immer offener auftreten. Antisemitische Äußerungen fallen zunehmend direkt im Klassenzimmer, auf dem Schulhof oder im universitären Alltag. Was früher häufiger im Verborgenen blieb, wird heute immer öfter von Angesicht zu Angesicht ausgesprochen. Die Hemmschwellen sinken sichtbar.

Gerade deshalb ist es entscheidend, dass Bildungseinrichtungen nicht wegsehen, sondern reagieren, widersprechen und klar Position beziehen. Dies gilt auch für den inzwischen dominierenden israelbezogenen Antisemitismus, der meist den Umweg über den sogenannten Antizionismus nimmt, aber beim Judentum ankommt. Dabei darf Neutralität nicht missverstanden werden. Bildungseinrichtungen sind der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet. Haltung gegen Antisemitismus zu zeigen ist daher kein Verstoß gegen Neutralität, sondern Teil dieses Auftrags, auch wenn er sich gegen Israel und dessen Existenz richtet. Auch der Beutelsbacher Konsens verlangt kein Schweigen gegenüber menschenfeindlichen Positionen. Sein Überwältigungsverbot schützt vor Indoktrination, nicht aber vor klarer Haltung. Antisemitismus ist keine legitime Position innerhalb eines kontroversen Meinungsspektrums. Ihm entschieden zu widersprechen gehört zur demokratischen Verantwortung von Bildungseinrichtungen.

Damit das gelingt, braucht es eine Kultur des Hinsehens. Antisemitische Vorfälle dürfen nicht übersehen, relativiert oder bagatellisiert werden. Betroffene müssen darauf vertrauen können, dass ihre Erfahrungen ernst genommen werden und dass sie Unterstützung finden. Dazu gehören vertrauenswürdige Ansprechpersonen ebenso wie transparente Meldewege und verlässliche Strukturen. Schutzräume und sichere Anlaufstellen sind keine symbolischen Gesten, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Betroffene sich äußern können und Vorfälle überhaupt sichtbar werden. Klar ist dabei auch: Die bestehende Erlasslage ist keine Empfehlung, sondern ein verbindlicher Auftrag. Pädagogisches Ermessen betrifft die konkrete Umsetzung im Alltag, nicht aber die Pflicht, antisemitische Vorfälle ernst zu nehmen, zu benennen und zu melden.

Es geht nicht darum, mit dem Finger auf einzelne Institutionen oder Kinder zu zeigen, sondern darum, Verantwortung zu übernehmen und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Für diese Aufgabe sind in den vergangenen Jahren in Hessen und im Bund wichtige Grundlagen geschaffen worden. Die gemeinsamen Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule (2021) sowie die Handreichung zur Berücksichtigung von Antisemitismus in der Lehrkräftebildung (2025) geben dafür wichtige Orientierung und setzen einen klaren Rahmen. Entscheidend ist jedoch, dass dieser Rahmen auch im Alltag von Schulen und Hochschulen wirksam wird. Empfehlungen und Handreichungen entfalten ihre Wirkung erst dann, wenn sie vor Ort ernst genommen, umgesetzt und mit Haltung getragen werden.

Gleichzeitig entstehen Einstellungen nicht allein im Unterricht oder im Seminarraum. Familie, Peergroups, gesellschaftliche Debatten und insbesondere soziale Medien prägen Wahrnehmungen und Einstellungen in erheblichem Maße. Digitale Plattformen tragen zur schnellen Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen, Desinformation und Hass bei. Was ein 90-minütiger Unterricht nicht schafft, schafft leider manchmal ein kurzes sekundenlanges TikTok-Video. Algorithmen verstärken mitunter Inhalte, die Vorurteile normalisieren oder Radikalisierung begünstigen. Dabei zeigt sich zunehmend, dass dies keineswegs nur ein Problem junger Menschen ist. Auch viele Erwachsene fallen durch mangelnde Medienkompetenz auf, etwa wenn Falschinformationen, Verschwörungserzählungen oder manipulierte Inhalte ungeprüft weiterverbreitet werden. Antisemitische Narrative finden so neue Verbreitungswege und erreichen immer größere digitale Öffentlichkeiten. Gerade deshalb gehört die Stärkung von Medienkompetenz zu den zentralen Aufgaben von Bildung. Auch das ist Teil eines umfassenden Bildungsauftrags in einer digitalen Öffentlichkeit.

Die vorliegenden Zahlen sind ein deutliches Warnsignal. Sie dürfen jedoch nicht zu Resignation führen. Sie sind vielmehr ein Auftrag, genauer hinzusehen, klarer zu widersprechen und entschlossener zu handeln. Es braucht ein klares und sichtbares Gegenhandeln. Antisemitismus darf nirgendwo unwidersprochen bleiben, schon gar nicht in unseren Bildungseinrichtungen.

### **Uwe Becker**

Beauftragter der Hessischen Landesregierung für  
Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus



Uwe Becker © Katerina Gottesleben

# Grußwort

OFEK Hessen

Der Jahresbericht von RIAS Hessen dokumentiert für das Jahr 2025 insgesamt 1.099 antisemitische Vorfälle in Hessen. Damit setzt sich der bereits im Vorjahr (926 Fälle) erfasste Anstieg fort. Diese Entwicklung verweist auf antisemitische Kontinuitäten und Gewalt, die seit dem 7. Oktober 2023 deutlich an Umfang und Intensität gewonnen haben. Parallel dazu verzeichnet OFEK Hessen einen signifikanten Anstieg an Beratungsfällen, der weiterhin deutlich über dem Durchschnittsniveau der Zeit vor dem 7. Oktober 2023 liegt.

Die kontinuierliche Erfassung und differenzierte Analyse antisemitischer Vorfälle durch RIAS Hessen stellt eine unverzichtbare empirische Grundlage dar. Sie ermöglicht nicht nur die Sichtbarmachung antisemitischer Gewaltpotenziale, sondern auch die Einordnung gesellschaftlicher, politischer und medialer Verknüpfungen sowie ihrer Veränderungen. Der vorliegende Bericht verdeutlicht eindrücklich die Mehrdimensionalität antisemitischer Erfahrungen und macht deutlich, dass kein gesellschaftlicher Bereich davon ausgenommen ist. Die Verteilung der dokumentierten Vorfälle über unterschiedliche Lebensbereiche hinweg unterstreicht die Beständigkeit und Virulenz des Antisemitismus – sowohl im öffentlichen Raum als auch im unmittelbaren sozialen Umfeld.

Besonders hervorzuheben ist, welche Bedeutung Bildungseinrichtungen als Schauplätzen antisemitischer Anfeindungen seit Jahren zukommt und wie sehr sich die Situation in diesem mit existenziellen Fragen nach Teilhabe und Lebensperspektiven verbundenen gesellschaftlichen Bereich immer weiter zuspitzt – mit steigenden Zahlen, aber auch mit neuer Qualität und Intensität. Antisemitismus geht weit über atmosphärische Bedrohungsbotschaften hinaus: Jüdische Menschen werden unmittelbar adressiert.

Antisemitismus trifft immer konkrete Personen und entfaltet direkte Wirkungen – es ist kein abstraktes Phänomen. Ob in Schule, Hochschule, Nachbarschaft, öffentlichem Nahverkehr oder kulturellen Einrichtungen – antisemitische Erfahrungen schränken die gesellschaftliche Teilhabe von Jüdinnen:Juden sowie ihre Zukunftsperspektiven ein. Hinter jeder Zahl stehen individuelle Erfahrungen, biografische Brüche, häufig auch (Re-)Traumatisierungen. Die Vorfälle entfalten weitreichende Auswirkungen auf das Wohlbefinden, die psychische Gesundheit, das Sicherheitsgefühl sowie das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Ihre Bearbeitung erfordert spezifische fachliche Expertise, ein traumasensibles Vorgehen und ein differenziertes Verständnis der historischen wie gegenwärtigen Dimension antisemitischer Gewalt.

Hier setzt die Arbeit von OFEK Hessen als regionaler Ableger von OFEK e.V. an. In enger Kooperation mit RIAS Hessen wird das Melde- und Beratungsnetzwerk kontinuierlich ausgebaut, um Betroffenen eine bedarfsgerechte Unterstützung zu ermöglichen. Gemeinsame Auftritte, abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und gegenseitige fachliche Unterstützung stärken die Handlungsfähigkeit beider Organisationen.

Unser Dank gilt RIAS Hessen für die fundierte Dokumentations- und Analysearbeit sowie für die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit. Sie bildet eine wesentliche Grundlage für das gemeinsame Ziel, antisemitische Gewalt sichtbar zu machen, ihr wirksam zu begegnen und Betroffene nachhaltig zu stärken.

#### **OFEK Hessen**

# Grußwort

## Zusammen1

### „Schiri hat's nicht gehört“

In unserer pädagogischen Arbeit mit Sportgruppen erarbeiten wir bei Zusammen1, der Bildungsabteilung von MAKKABI Deutschland, konkrete Handlungsoptionen für Spieler\*innen, Trainer\*innen, Eltern oder auch Fans, wenn sie selbst von antisemitischen Vorfällen betroffen sind oder diese miterleben. Hierbei diskutieren wir auch Dilemmasituationen: Wie verhält sich ein Team, das kurz vor Abpfiff knapp führt und antisemitisch angefeindet wird, ohne dass der oder die Schiedsrichter\*in es mitbekommen hat? Verlassen die Spieler\*innen den Platz, um Zusammenhalt zu demonstrieren und ein klares Zeichen zu senden, riskieren hiermit aber, die drei Punkte am „Grünen Tisch“ zu verlieren? Oder setzen sie das Spiel fort, um das gegnerische Team sportlich zu besiegen, lassen damit aber die antisemitische Anfeindung zunächst stehen? Zwar sind im Fußball die Abläufe bei Diskriminierungsvorfällen in der Theorie klar beschrieben, ihre Umsetzung in der Praxis gelingt jedoch viel zu selten.

Dies ist umso gravierender, da für viele Makkabi-Sportler\*innen Antisemitismus zum sportlichen Alltag gehört: In der Zusammen1-Studie „Zwischen Akzeptanz und Anfeindung. Antisemitismuserfahrungen jüdischer Sportvereine in Deutschland“ (2021) geben zwei von drei Fußballer\*innen bei Makkabi an, dass sie schon mindestens einmal von einem antisemitischen Vorfall betroffen waren. Die dramatische Zunahme antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 hat die Situation auch im Sport verschärft, was sich in einer Folge-Befragung aus dem Jahr 2025 widerspiegelt, deren Ergebnisse 2026 veröffentlicht werden: Demnach hat sich das Sicherheitsempfinden von Makkabi-Sportler\*innen im Vergleich zu 2021 deutlich verschlechtert. Die Ergebnisse der Studie bringen auch zum Ausdruck, dass das Vertrauen in die wirksame Bekämpfung von Antisemitismus durch Sportverbände abgenommen hat.

Dieses mangelnde Vertrauen ist einer der Gründe, weshalb viele Sportler\*innen Vorfälle gar nicht erst melden. Hinzu kommt, dass Meldemöglichkeiten im Sport noch zu unbekannt oder gar nicht existent sind. Um dem entgegenzuwirken, haben wir 2023 gemeinsam mit dem Bundesverband RIAS einen Meldebutton für antisemitische Vorfälle im Sport entwickelt. Dies war ein wichtiger Schritt, der zeigt, was starke Bündnisse bewirken können und zugleich ein Auftrag, Meldekette weiter auszubauen und das Vertrauen zu stärken, damit antisemitische Vorfälle im Sport häufiger gemeldet werden.

Die von RIAS Hessen 2025 dokumentierten Vorfälle machen deutlich, in welcher unterschiedlichen Formen sich Antisemitismus im Sport äußert: Sie reichen von Anfeindungen wie „Drecksjude“, die sowohl auf dem Platz als auch online auf Social Media oder in Hass-Mails artikuliert werden, über die Forderung, Spiele gegen Makkabi zu boykottieren bis hin zum Vereinsvorstand, der ein Makkabi-Jugendteam vom Turnier auslädt, weil man sich entschieden habe, „Makkabi nicht mehr dabei haben zu wollen“. Antisemitische Anfeindungen betreffen nicht nur den jüdischen Verein Makkabi. Wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist potenziell all das, was jüdisch eingelesen wird, antisemitischer Gewalt ausgesetzt. So wissen wir, dass auch andere Vereine mit Worten wie „Ihr seid doch nur ein Haufen scheiß Juden!“ oder „Palästina wird eure Kinder töten“ zur Zielscheibe antisemitischer Attacken wurden. Dies unterstreicht einmal mehr, dass Antisemitismus ein Angriff auf alle ist, die für die Demokratie und Menschenrechte einstehen.

### **Unser Engagement**

Mit Zusammen1 und MAKKABI Deutschland wollen wir jüdisches Leben sichtbar machen und dem Hass entgegenwirken. Im März 2025 organisierten wir den hessenweiten Aktionsspieltag zur Schnürsenkel-Kampagne gegen Antisemitismus im Sport. Fußballer\*innen aus ganz Hessen waren dazu eingeladen, orangene Schnürsenkel zu tragen, auf denen in acht verschiedenen Sprachen der Slogan „In den Farben getrennt. In der Haltung vereint. Gemeinsam gegen Antisemitismus.“ zu lesen war. Die Kampagne erreichte rund 800 Vereine des Fair Play Hessen Netzwerks, Höhepunkt war das Hessenliga-Topspiel zwischen Rot-Weiß Walldorf und der U21 des SV Darmstadt 98, deren Spieler mit den Schnürsenkeln aufliefen und der Kampagne somit zu noch mehr Sichtbarkeit verhalfen.

Die bundesweit erfolgreiche Arbeit unserer Bildungsabteilung Zusammen1 können wir seit Juli 2025 im Bundesland Hessen dank einer Förderung durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ weiter intensivieren. Hier adressieren wir gezielt junge Sportler\*innen in der Region, um diese für die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus im Sport zu sensibilisieren und sie für den Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu stärken. Die Verstärkung unserer Bildungsarbeit in Hessen geht Hand in Hand mit der herausragenden Entwicklung von TuS Makkabi Frankfurt, dem größten jüdischen Sportverein Deutschlands. Mit seinen inzwischen rund 5.500 Mitgliedern ist der Verein hessenweit bekannt. Die gerade entstehende Makkabi-Sportanlage am „Ginnheimer Spargel“ wird den jüdischen Sport und damit auch das jüdische Leben in der Frankfurter Stadtgesellschaft noch sichtbarer machen. Sie wird zudem ein Bildungszentrum beherbergen und macht damit den Ansatz von Zusammen1, Sport und politische Bildung zu verknüpfen, konkret erfahrbar.

### **Verstecken ist keine Option**

Jüdisches Leben in Hessen muss sichtbar bleiben. Dazu gehört auch, Antisemitismus zu ächten. Der vorliegende Bericht für 2025 unterstreicht auf eindrückliche und traurige Weise, dass sich der Kampf gegen Antisemitismus nicht wegdelegieren lässt an „Schiris“ oder Regelhüter\*innen, die es in den meisten Alltagssituationen ohnehin nicht gibt. Und selbst wenn, müssen wir – wie in der eingangs beschriebenen Dilemmasituation – damit rechnen, dass sie den Vorfall nicht mitbekommen oder gar bewusst überhören. Antisemitismus entgegenzutreten bleibt eine Aufgabe für uns alle.

### **Mortimer Berger**

(Zusammen1 – Bildungsabteilung von MAKKABI Deutschland e.V.)

# Ein Rückblick auf Aktivitäten und Strategien

von Susanne Urban

RIAS Hessen konnte im Mai 2025 mit Gabriel Hoppe einen neuen Kollegen begrüßen, der seitdem das Team und unseren Austausch menschlich wie professionell bereichert. 2026 starten wir dennoch aufgrund von einer Person in Elternzeit erneut mit nur knapp 2,5 Stellen in das Jahr und das bedeutet für uns, dass wir aus der extremen Belastungssituation nicht herauskommen.

Wir drei sind an allen Kernaufgaben beteiligt. Wir nehmen die Meldungen Betroffener an, dokumentieren und besprechen Vorfälle im Team. Wir schreiben jedem und jeder meldenden Person oder Einrichtung zurück, kommunizieren, versuchen herauszufinden, ob weitere Bedarfe bestehen, beispielsweise nach rechtlicher Beratung oder psychosozialer Begleitung, der Vermittlung von Bildungsangeboten etc. Mehr als ein Drittel der Vorfälle des Jahres 2025 wurden in dieser intensiven Form bearbeitet.

Wir kontaktieren sehr oft unsere Kolleginnen von OFEK Hessen e.V. Sie sind unsere engsten Partnerinnen in der tiefgehenden Befassung mit Betroffenen, denn dort gibt es die umfassende communitybasierte Begleitung, die wir in dieser Form gar nicht leisten können. Dort erhalten Personen, die Antisemitismus erfahren, professionelle Begleitung. Zudem verfügen OFEK und der Bundesverband RIAS e.V. über ein Netz von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten.

Wir nehmen uns auch die Zeit, mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Hessen sowie Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Gemeinden zu sprechen und uns auszutauschen. Wir möchten wissen, wo und wann es uns braucht – diese Vernetzung gehen wir 2026 noch intensiver an.

Das enge Zusammenspiel mit dem Verband Jüdischer Studierender Hessen sowie einzelnen jüdischen Gruppen bspw. an Hochschulen hat uns mit der jüdischen Community in all ihrer Diversität weiter verbunden.

Mit OFEK Hessen und der Meldestelle Antiziganismus Hessen (MIA Hessen) sowie, seit November 2025, auch mit unserem neuen Kooperationspartner, dem Deutschen Exilarchiv 1933 bis 1945 in der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt, treffen wir uns zu Gesprächen, veranstalten gemeinsam Workshops und sind mitten in den Planungen für 2026 und die Folgejahre.



Dr. Sylvia Asmus und Dr. Susanne Urban  
während der Eröffnung der Ausstellung von  
RIAS Hessen in der Deutschen National-  
bibliothek, April 2025 © DNB/Jesko Bender

Der Schulterschluss mit diesen Partnerinnen und Partnern ist stärkend; für uns von RIAS Hessen erweitert sich bei jedem Gespräch unser Horizont.

Mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), angebunden im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, aber auch mit der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, Polizeipräsidien und den dort wissenschaftlich in der Prävention Mitarbeitenden, hat sich ein regelmäßiger Austausch entwickelt, der für unsere Arbeit sehr wichtig geworden ist.

Ein sehr guter Kontakt besteht zu Uwe Becker, dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus und zu Christina Kreis, der Antisemitismusbeauftragten der hessischen Justiz, sowie ihrem Kollegen, Dr. Philipp Georgy.

Auch mit den Beauftragten gegen Antisemitismus an den Hochschulen in Hessen haben sich die Beziehungen weiterentwickelt; zudem hat RIAS Hessen im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur in Sachen Antisemitismus ebenfalls feste Ansprechpartner.

Persönliche Kontakte sind ein Garant für kurze Wege und unbürokratische Absprachen und vertiefen das Verständnis für unterschiedliche Arbeitsweisen und auch die Möglichkeit, Betroffenenperspektiven breit in Politik und Gesellschaft hineinzuvermitteln.

## **Der Bundesverband RIAS e.V. & die Bundesarbeitsgemeinschaft**

Auf den drei Sitzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) 2025 und in engem Austausch mit dem Geschäftsführer des Bundesverbandes, Benjamin Steinitz, sowie den vielen Kolleginnen und Kollegen des Bundesverbandes RIAS werden wichtige Fragen diskutiert, Konzepte weiterentwickelt und Strategien besprochen. Wir wissen, dass es bei Bedarf immer jemanden aus der „RIAS-Familie“ gibt, der oder die ansprechbar ist, um Problemstellungen und offene Themen zu klären. Die Arbeitsgemeinschaften der BAG sind wichtig für den Austausch über Projekte und die vielen permanenten Aufgaben und dienen somit auch der Qualitätssicherung.

## **Veranstaltungen und Bildungsarbeit**

RIAS Hessen koordiniert seit 2022 die „Konzeptwerkstatt Antisemitismus“, in der sich Vertreterinnen und Mitarbeiter antisemitismuskritischer Bildungseinrichtungen aus Hessen in einem nicht-öffentlichen Format zwei Mal jährlich treffen, um Fragen aus Bildung, Forschung und akuter Gegenwart zu diskutieren. Im April 2025 wurde das zweite Working Paper der Gruppe veröffentlicht, „Antisemitismuskritische Bildungsstandards nach dem 7. 10. 2023“. Im Oktober 2025 trafen wir uns in den Räumen der Deutschen Nationalbibliothek und erhielten im Anschluss an unser Meeting noch eine Führung durch die Exil-Ausstellung.

Dann gibt es noch die „Werkstattgespräche Antisemitismus“, bei denen sich RIAS Hessen in Partnerschaft mit anderen Einrichtungen präsentiert und Themenfelder gemeinsam diskutiert.



Eröffnung der RIAS-Ausstellung an der UAS Frankfurt, November 2025 © conceptdesign/RIAS Hessen

Anfang November 2025 konnte RIAS Hessen gemeinsam mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes in Frankfurt im Deutschen Filminstitut und Filmmuseum die Dokumentation „The Children of October 7“ zeigen, unter Beteiligung einer jungen Überlebenden des Massakers vom 7. Oktober 2023. Ein intensiver und aufwühlender Abend.



Einladung

RIAS Hessen war 2025 auf zahlreichen Veranstaltungen präsent, sei es mit Vorträgen zu den Ursprüngen der antisemitischen Welle nach dem 7. Oktober 2023 oder zu antisemitischen Gelegenheitsstrukturen oder, indem wir Workshops zu Antisemitismus anbieten.

Was uns besonders freut: unsere Ausstellung „Ja, DAS ist Antisemitismus! Jüdische Erfahrungen in Hessen“ wandert und wandert ... 2025 war sie an der Universität Kassel, der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (Campus Kassel), der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt, dem Polizeipräsidium Frankfurt, dem Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, der Edith Stein-Schule in Darmstadt, der University of Applied Sciences Frankfurt sowie im Justizzentrum Wiesbaden zu sehen.

Mit den beiden Staatsministern Roman Poseck und Christian Heinz waren die Eröffnungen im Innenministerium und im Justizzentrum jeweils prominent begleitet. Die Ausstellung wurde mittlerweile dupliziert und steht der Hessischen Sportjugend zur Verfügung. Sie war daher in den letzten Wochen des Jahres 2025 auch in der Sportschule Frankfurt zu sehen.

# 3 Podiumsteilnahmen

2 Konzeptwerkstätten  
Antisemitismus

9 Ausstellungseröffnungen

1 Pressekonferenz

9 Workshops 4 Vorträge

3 Vorträge auf Konferenzen

1 Fachtag mit  
1 Veröffentlichung

2 Filmpräsentationen

1 Lehrveranstaltung

## In die Öffentlichkeit gehen: Zahlen und Fakten

RIAS Hessen hat von Anfang an in Kontakt mit der Gesellschaft treten wollen, um über Antisemitismus aufzuklären und die verschiedenen antisemitischen Erscheinungsformen zu sensibilisieren, und um, gemeinsam mit Vertreterinnen und Mitgliedern der jüdischen Community zu verdeutlichen, was Alltagsantisemitismus bedeutet. Dafür nutzen wir unsere Dokumentation und wissenschaftliche Erkenntnisse der antisemitismuskritischen Forschung.

Es ist uns unterjährig gelungen, Veranstaltungen zu organisieren, Vorträge zu halten und Interviews zu geben. Im Folgenden sind einige Highlights zu sehen, wobei ein wiederkehrender Jour Fixe oder Termine wie z.B. mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Hessen nicht berücksichtigt wurden.<sup>1</sup>

## Bundesarbeitsgemeinschaft RIAS 2025



Und dann gab es noch: Beratungen für Bildungsangebote, Expertisen, Öffentlichkeitsarbeit, Social Media, PR, Interviews ...

<sup>1</sup> Einzelheiten gibt es unter

<https://rias-hessen.de/aktuelles-und-rueckblicke/aktuelles/>

## Dank

Zum Schluss möchte ich Gabriel Hoppe und Leonie Nützl danken. Gemeinsam schaffen wir es, RIAS Hessen durch stürmische Gewässer zu lenken, gemeinsam überlegen wir, wie wir am besten Betroffenen helfen können. Auch ist unser Team ein stabiler Rückhalt in rauen Zeiten.

Gemeinsam danken wir den Personen, die für uns 2025 ein engagiertes Monitoring übernommen haben. Ohne euch könnten wir die operative Arbeit nicht bewältigen. Ihr seid ansprechbar, zugewandt und wir schätzen eure Verlässlichkeit über alle Maßen. Danke!

**Dr. Susanne Urban**

(Projektleitung RIAS Hessen)



Dr. Susanne Urban © Markus Farnung

# Über uns

## Formelle Grundlagen des Jahresberichts 2025

### Arbeitsweisen

Antisemitismus zu dokumentieren und die Ergebnisse quantitativ wie qualitativ einzuordnen – dies macht die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) seit 2022. Die Betroffenenperspektive und der Vertrauensschutz stehen dabei im Zentrum unserer Arbeit. Ausschließlich die Betroffenen entscheiden, wie mit den an RIAS Hessen übermittelten Informationen und Erfahrungen verfahren wird.

Die RIAS Hessen bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden anhand einer von allen RIAS-Stellen verwendeten Systematik dokumentiert. Dieses Verfahren ermöglicht, Tendenzen und Veränderungen von Erscheinungsformen und Vorfällen in Hessen festzustellen, um daraus, gemeinsam mit Partnereinrichtungen, Maßnahmen, bspw. für Bildungsangebote, abzuleiten.

RIAS Hessen dokumentiert, wie alle RIAS-Stellen, antisemitische Vorfälle unabhängig davon, ob sie einen Straftatbestand darstellen oder keine justiziablen Tatbestände erfüllen, denn es ist wichtig, die Erfahrungen des alltagprägenden Antisemitismus abzubilden. RIAS Hessen vermittelt Positionen Betroffener und jener, die antisemitische Vorfälle sehen oder hören, aber nicht direkt betroffen sind, in die Öffentlichkeit.

Die Dokumentation der antisemitischen Vorfälle erfolgt über eine durch den Bundesverband RIAS e.V. bereitgestellte Datenbank. Diese ermöglicht, auf Basis wissenschaftlicher Kategorien, die einheitliche Erhebung antisemitischer Vorfälle in allen Bundesländern. Zudem wird so eine kontinuierliche Qualitätskontrolle und auch die Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der Kategorien garantiert. Publikationen der im Jahr 2025 in zwölf Bundesländern existenten RIAS-Meldestellen und des Bundesverbands RIAS e.V. bieten eine Grundlage,

um eine differenzierte Einschätzung zum Umfang und zur mehrjährigen Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Deutschland aufzuzeigen.

Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Justiz, Kunst und Kultur sowie Bildungseinrichtungen erhalten solchermaßen Datengrundlagen, die auf jüdische Erfahrungen bzw. Betroffene von Antisemitismus fokussieren und von der aus sie (gemeinsam) Maßnahmen gegen Antisemitismus entwickeln können.

RIAS Hessen verweist von Antisemitismus betroffene Personen oder Institutionen zur weiteren Begleitung vor allem an die communitybasierte Fachberatungsstelle [OFEK e.V.](#)<sup>1</sup>

Das Kategoriensystem, nach dem RIAS Hessen antisemitische Vorfälle erfasst, wurde in der Bundesarbeitsgemeinschaft der RIAS-Stellen (BAG) festgelegt und wird von allen in der BAG organisierten RIAS-Meldestellen gleichermaßen angewendet und gemeinsam weiterentwickelt.

Die Einordnung antisemitischer Vorfälle orientiert sich an der Arbeitsdefinition Antisemitismus der [IHRA](#) (International Holocaust Remembrance Alliance)<sup>2</sup>. Diese wurde von RIAS Berlin gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert und in dieser Form von allen RIAS-Stellen angenommen. RIAS orientiert sich darüber hinaus auch an der [Arbeitsdefinition](#) zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust, die 2013 von der IHRA veröffentlicht wurde.

RIAS Hessen ordnet antisemitische Vorfälle verschiedenen Kategorien zu. Das Kategoriensystem und die verwendeten Begriffe unterscheiden sich nicht selten von den Kategorien und Begriffsdefinitionen der Strafverfolgungsbehörden.<sup>3</sup> Die von RIAS Hessen genutzten Vorkategorieen wurden vom britischen Community Security Trust (CST) übernommen und von RIAS Berlin an den deutschen Kontext angepasst. So wurde bspw. die Kategorie der Sachbeschädigung um Vorfälle an Orten der Erinnerung an die Shoah erweitert, um das Phänomen der Erinnerungsabwehr in Deutschland zu berücksichtigen.

In der BAG stehen die Meldestellen im stetigen Austausch über die Auswertungsmethoden und arbeiten gemeinsam an der Weiterentwicklung der Kategorien und deren Anwendung. Durch diese Struktur verwenden alle der BAG angegliederten Stellen, so auch RIAS Hessen, dieselben Kategorien. Damit werden Transparenz und eine bundesweite Vergleichbarkeit hergestellt. Die Erfahrungswerte des CST und der seit 2015 implementierten RIAS-Stellen ergeben, dass eine Meldestelle erst nach rund fünf Jahren ausreichende Bekanntheit erlangt hat, um einen belastbaren Überblick zur Dimension des Antisemitismus erzielen zu können.

1 OFEK ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung spezialisiert ist. OFEK berät, begleitet und unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeuginnen und Zeugen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. OFEK steht parteiisch an der Seite der Ratsuchenden und bringt jüdische Perspektiven in die gesellschaftliche und politische Debatte ein.

2 Die besondere Relevanz dieser Definition liegt darin, dass sie klassische wie auch israelbezogene Erscheinungsformen des Antisemitismus benennt, ohne dabei Kritik an israelischer Politik grundsätzlich zu delegitimieren. Sie formuliert ausdrücklich, dass Kritik an Israel, „die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist“, nicht als antisemitisch zu betrachten sei. Entscheidend ist jedoch der Kontext – insbesondere dann, wenn Israel

dämonisiert, delegitimiert oder mit doppelten Standards belegt wird. Dabei handelt es sich nicht um neue Ressentiments, sondern um ideologisch tradierte Kontinuitäten antisemitischer Feindbilder, die sich auf ein neues (jüdisches) Objekt richten. Wo in der Vergangenheit „die Juden“ als fremd, mächtig oder bedrohlich konstruiert wurden, erscheint heute der Staat Israel als deren kollektive Projektionsfläche.

3 Vgl.: „Antisemitismus kommt gerne in der Verpackung daher ... und die macht es dann eben schwierig.“ Antisemitische Straftaten in der Polizeistatistik. Ergebnisse des Projekts Austausch von Polizei und Zivilgesellschaft zu Antisemitismus (APZAS), Berlin 2025 ([https://report-antisemitism.de/documents/25-11-25\\_BVRIAS\\_Ergebnisse-Projekt-APZAS.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/25-11-25_BVRIAS_Ergebnisse-Projekt-APZAS.pdf))

# Vorfällarten

## Kategoriensystem (Vorfällarten, Erscheinungsformen, Tathintergründe)

### Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Hierzu gehören beispielsweise Brandanschläge, Kidnapping, Messerangriffe und Schüsse.

### Angriff

Als Angriffe werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Hierzu gehört zum Beispiel das Werfen von Gegenständen. Aufgenommen werden auch versuchte körperliche Angriffe, denen sich Menschen durch Gegenwehr oder Flucht entziehen können.

### Gezielte Sachbeschädigung

Als gezielte Sachbeschädigung wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Auch werden Beschädigungen oder Beschmutzungen von Orten der Erinnerung an die Shoah (Stolpersteine und Gedenktafeln oder Denkmale), sowie mit ihnen verbundene Institutionen und Geschäftsstellen als gezielte Sachbeschädigungen dokumentiert.

### Bedrohung

Als Bedrohung gilt jegliche schriftliche oder mündliche eindeutige Androhung von Gewalt, die an eine konkrete Person oder Institution oder Orte (wie ein Denkmal) adressiert wird. Bedrohungen, die sich nicht gegen eine konkrete Person oder Institution richten, werden nicht in dieser Kategorie verzeichnet.

### Verletzendes Verhalten

Als verletzendes Verhalten werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegen jüdische / israelische Personen oder Institutionen sowie nicht-jüdische Personen und Institutionen kategorisiert, wenn diese gezielt adressiert werden. Dies schließt auch antisemitische Äußerungen und Inhalte im digitalen Raum ein, sofern diese sich direkt an eine Person oder Institution richten.<sup>4</sup> Allgemeine, von Usern erstellte antisemitische Kommentare oder Videos in den sozialen Medien oder in Online-Medien werden von RIAS nicht aufgenommen.

Als verletzendes Verhalten gelten auch antisemitische Sticker oder Schmierereien an nicht-jüdischem oder nicht-israelischem Eigentum sowie Schmierereien, Aufkleber etc. im öffentlichen Raum.

Als verletzendes Verhalten gelten ebenfalls verbale oder über Schilder, Transparente und Flyer etc. verbreitete antisemitische Äußerungen während Versammlungen, Infoständen usw. Ankündigungen von Veranstaltungen, die bereits antisemitische Inhalte verbreiten, zählen ebenfalls als verletzendes Verhalten. Versammlungen (Mahnwachen., Demonstrationen oder Kundgebungen) werden, auch wenn mehrere antisemitische Plakate gezeigt oder Parolen gerufen und Reden gehalten werden, als ein Vorfall aufgenommen.

### Massenzuschriften

Als Massenzuschriften werden antisemitische (Online-)Zuschriften dokumentiert, die sich an einen Kreis ab mindestens zwei Personen oder Einrichtungen richten.

<sup>4</sup> Allgemeine, von Usern erstellte antisemitische Kommentare oder Videos in den sozialen Medien oder in Online-Medien werden nicht aufgenommen.

<sup>5</sup> [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/kritik\\_oder\\_antisemitismus-1.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/kritik_oder_antisemitismus-1.pdf)

# Erscheinungsformen

**RIAS Hessen unterscheidet fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus.**

In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Im **antisemitischen Othering** werden Betroffene anhand einer (tatsächlichen oder angenommenen) Zugehörigkeit zur jüdischen Community / zum Judentum als fremd oder nicht dazugehörig zur Mehrheitsgesellschaft (Wir-Gruppe) beschrieben. Das ist u.a. der Fall, wenn jemand als Jude beschimpft oder die jüdische Identität mittels einer antisemitischen Projektion beschrieben wird.

Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden christliche / religiöse Stereotype verwendet, so etwa, wenn die Thora diffamiert, Jüdinnen und Juden für vorgebliche Ritualmorde oder den Tod Jesu verantwortlich gemacht werden.

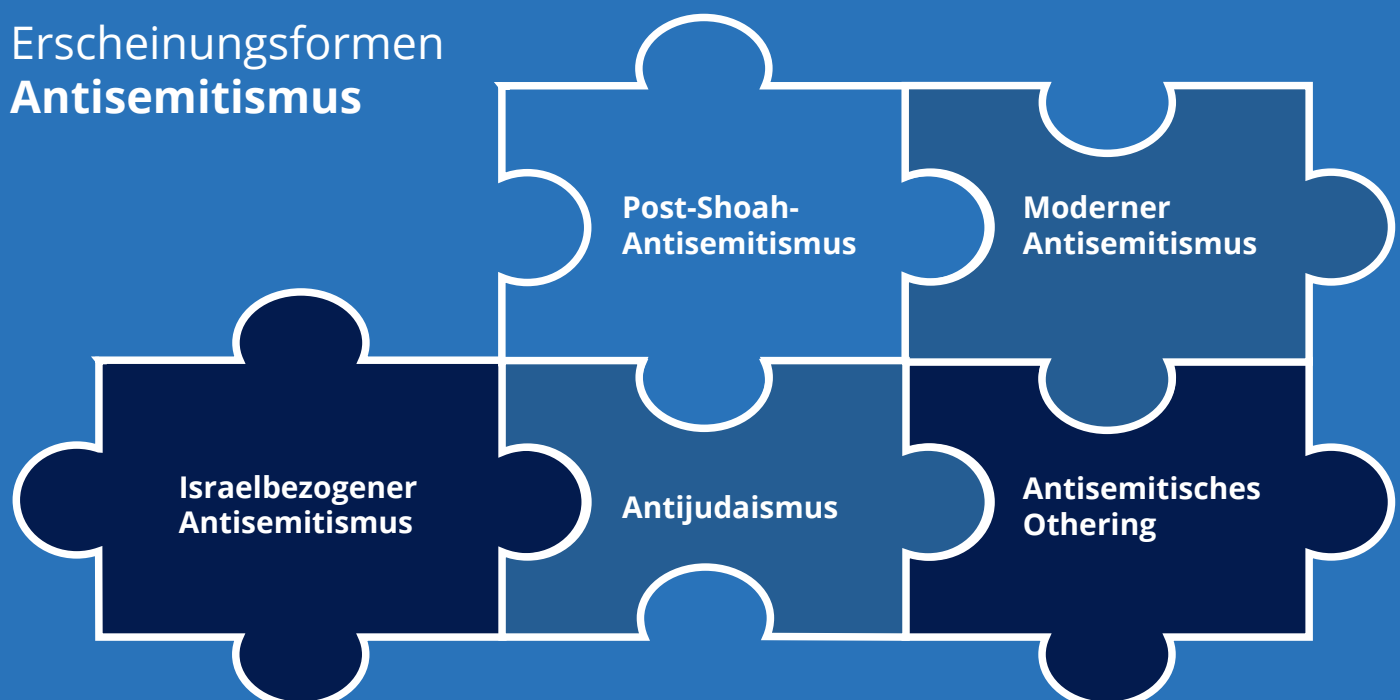
**Moderner Antisemitismus** schreibt Mitgliedern der jüdischen Community, etwa im Rahmen von Verschwörungserzählungen, eine besondere politische oder ökonomische Macht sowie Dominanz zu.

**Post-Shoah-Antisemitismus** bezieht sich auf die Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas während des Nationalsozialismus, beispielsweise wenn die Erinnerung an die Shoah abgelehnt oder die Shoah relativiert und heutige Ereignisse mit der Shoah gleichgesetzt werden.

**Hinweis:** Hakenkreuz-Schmierereien, Schmierereien von SS-Runen o.ä. werden nur dann erfasst, wenn sich ein dezidiert antisemitischer Inhalt ergibt oder solche Symbole auf Gedenkorten an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft, ehemaligen Synagogen etc. auftauchen.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den Staat Israel, wenn antisemitische Stereotype mit Bezug auf den Staat Israel geäußert und auf den Staat Israel projiziert werden, um dem Staat Israel seine Legitimität (Existenzrecht) abzuspochen und ihn zu dämonisieren. Neben der IHRA-Definition samt ihren Beispielen ist der 3-D-Test für Antisemitismus (Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards) wichtig, um israelbezogenen Antisemitismus einzuordnen.<sup>5</sup>

## Erscheinungsformen Antisemitismus



# Politisch-weltanschauliche Tathintergründe

**RIAS Hessen klassifiziert den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für einen antisemitischen Vorfall nur, wenn ausreichend Informationen hierzu vorliegen.**

Die Zuordnung ergibt sich aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus dem Kontext des antisemitischen Vorfalls, sofern sich daraus die Verortung in einem bestimmten politischen Spektrum eindeutig ableiten lässt.

Häufig können antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden.

Dies liegt auch in der Anschlussfunktion des Antisemitismus begründet. Von RIAS werden sieben politische Spektren unterschieden, wobei pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich ist.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Rechtsextremismus dient als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und menschenrechtswidrige Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Zu den gemeinsamen Merkmalen verschiedener rechtsextremer Ideologien gehören Ideen, die von einer grundlegenden Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen oder Gruppen ausgehen. Diese Ideologie ist verbunden mit dem Streben nach ethnisch homogenen Gemeinschaften („völkisch“), sowie der Unterordnung des Einzelnen unter diese Gemeinschaft. Rechtspopulismus umfasst gemäßigte Formen des Rechtsextremismus. Diese politische Ideologie bedient sich zumeist kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Rechtfertigungen für die Vorstellungen menschlicher Ungleichwertigkeit. Rechtspopulismus plant im Gegensatz zum Rechtsextremismus nicht die vollständige Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Vielmehr soll diese mithilfe demokratischer Gegebenheiten autoritär unterwandert und schließlich umgestaltet werden. Darüber hinaus bedient sich der Rechtspopulismus auch einer spezifischen Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die eine scharfe Abgrenzung von den „politischen Eliten“ für sich betont. In Deutschland sind auch rechtsextreme Strömungen mit Bezug zu anderen Ländern festzustellen, wie die „Grauen Wölfe“.

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle dokumentiert, die mit dem Vertreten linker Ideologien oder der Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergehen. Diese Ideologien sind verbunden mit einer binären Weltsicht und verschmelzen häufig mit einer befreiungsnationalistischen oder ideologisch postkolonial untermauerten, antiimperialistischen Kritik.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle dokumentiert, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Dies umfasst unterschiedliche Spielarten des Islam, darunter auch islamistische.

Antisemitische Vorfälle werden als dem **verschwörungsideologischen Milieu** zugehörig kategorisiert, wenn die Verbreitung antisemitischer Verschwörungserzählungen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können im herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden und sind in verschiedenen Milieus zu finden.

Für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteurinnen und Akteure mitunter nicht eindeutig einem Milieu zuordnen lassen und die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen im Vordergrund steht, während die politische Positionierung im beispielsweise linken, rechtsextremen oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen unter anderem säkulare palästinensische Gruppen sowie jene, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel propagieren oder die Delegitimierung Israels verbreiten.

Der **politischen Mitte** zugeordnet werden antisemitische Vorfälle, wenn keine der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Kategorien zutrifft und gleichzeitig die Verantwortlichen für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

## Betroffene

RIAS Hessen unterscheidet bei direkt von antisemitischen Vorfällen Betroffenen zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Personen aus der jüdischen und israelischen Community können von Antisemitismus auch Menschen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, beispielsweise Mitarbeitende jüdischer Museen oder Teilnehmende einer Gedenkveranstaltung. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen wer-

den pro Vorfall als ein Betroffener gezählt.

Es gibt jedes Jahr zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Hessen keine direkt Betroffenen zuweisen kann: Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern und Plakaten im öffentlichen Raum und bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall, bei denen niemand direkt adressiert wird.

## Datengrundlage

Rund zwei Drittel der 2025 von RIAS Hessen 2025 dokumentierten 1099 antisemitischen Vorfälle gingen über das Meldeformular [www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de) oder per E-Mail ein.

Personen, die selbst Antisemitismus erfahren mussten oder als Zeuginnen und Zeugen wahrgenommen haben, wenden sich eher selten per Telefon an RIAS Hessen. Ein Formular oder eine E-Mail sind niedrigschwelliger. Bei Bedarf wird ein Gespräch am Telefon vereinbart, sei es, um Details zu erfahren oder eine Kontaktaufnahme mit OFEK e.V. zu vereinbaren.

Zur Projektstätigkeit von RIAS Hessen gehört auch das entlang journalistisch-wissenschaftlicher Prinzipien aufgebaute Monitoring von Versammlungen, die als antisemitische Gelegenheitsstrukturen wirken können.

RIAS Hessen ist für die Erhebung und Dokumentation der Daten auch auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit und den Austausch mit Jüdischen Gemeinden und Institutionen angewiesen. Das Vertrauen der jüdischen Gemeinden in Hessen nehmen wir mit großer Dankbarkeit an.

Für das Jahr 2025 konnte die institutionalisierte Form des anonymisierten Datenabgleichs mit unserer Kooperationspartnerin OFEK Hessen, aber auch wieder mit dem Jüdischen Museum Frankfurt, einigen Hochschulen und anderen Akteurinnen aus unserem Netzwerk stattfinden.

Der seit 2023 existierende Datenabgleich mit dem Hessischen Landeskriminalamt und dem Hessischen Ministerium für Kultur, Bildung und Chancen kam 2025 erneut zustande. Dieser

Abgleich ist für die Dokumentation und daher auch als erweiterte valide Datengrundlage für unsere Auswertungen sehr wichtig. Der Austausch über unsere Kriterien und die Perspektiven der Sicherheitsbehörden wie der Politik ist relevant, um die jeweiligen Rahmenbedingungen zu verstehen und Sensibilitäten zu stärken.

RIAS Hessen geht weiterhin von einer hohen Anzahl nicht gemeldeter antisemitischer Vorfälle aus. Dafür ist einerseits die Wahrnehmung von Antisemitismus noch immer nicht breit genug gesellschaftlich verankert – es fehlt an Störgefühl – und zudem gibt es einen unterschiedlichen individuellen Umgang Betroffener mit antisemitischen Erfahrungen.

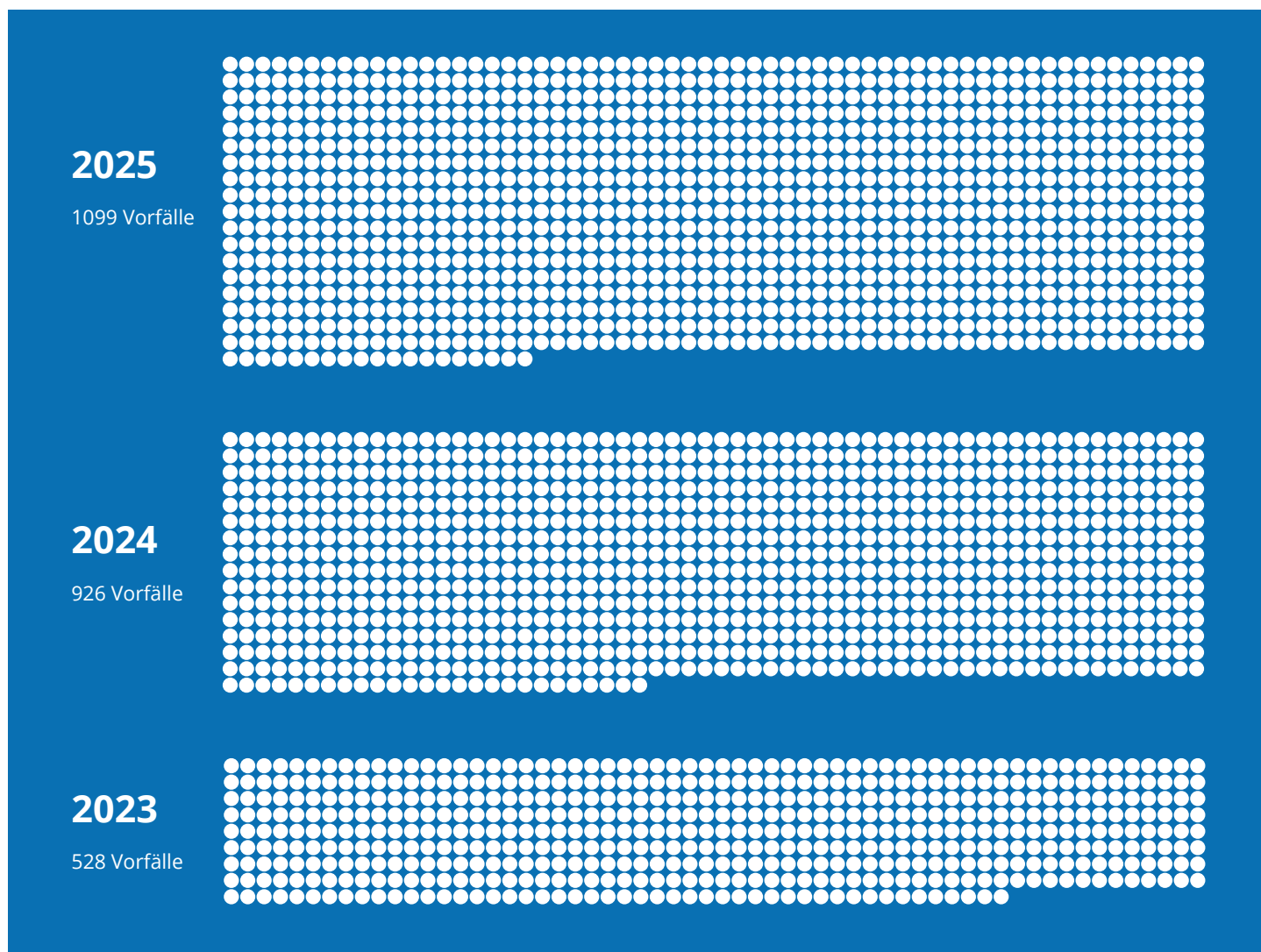
# Antisemitismus in Hessen

## Das Jahr 2025 in Zahlen

RIAS Hessen dokumentierte für das Jahr 2025 insgesamt **1099 antisemitische Vorfälle**. Das entspricht **täglich durchschnittlich drei antisemitischen Vorfällen**. Auffallend ist dabei die **hohe Anzahl gezielter Sachbeschädigungen (58 Vorfälle)**, was statistisch mehr als einen derartigen Vorfall pro Woche bedeutet. **Körperliche Angriffe und adressierte Bedrohungen blieben auf einem hohen Niveau**. Durchschnittlich kam es alle zwei Wochen zu einem antisemitisch motivierten körperlichen Angriff und etwa zehn Bedrohungen pro Quartal.

RIAS Hessen unterscheidet bei der Erfassung von antisemitischen Vorfällen nach Art und Schwere des Vorfalls sechs unterschiedliche Vorfallsarten.<sup>1</sup>

2025 wurden in Hessen 27 Angriffe, 41 Bedrohungen und 58 gezielte Sachbeschädigungen dokumentiert. Hinzu kamen 13 Massenzuschriften und 960 Vorfälle verletzendes Verhalten, wovon 303 Versammlungen waren. Die Gesamtzahl der dokumentierten antisemitischen Vorfälle für Hessen im Jahr 2025 beträgt 1099.



**Grafik 1:** Entwicklung 2023 bis 2025 — RIAS Hessen nahm im Jahr 2022 die operative Arbeit auf. Seitdem steigerte RIAS Hessen seine Bekanntheit und damit auch die niedrigschwellige Erreichbarkeit für Personen und Einrichtungen, die antisemitische Vorfälle melden möchten.

Infolge des Überfalls der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war es zu einem sprunghaften Anstieg der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Hessen gekommen. Nicht Empathie, sondern Entgrenzung von Antisemitismus waren die Folgen dieses Massakers. Seit diesem Datum blieb das RIAS Hessen bekanntgewordene Vorfallesgeschehen auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2025 kam es im statistischen Mittel zu 90 dokumentierten Vorfällen pro Monat oder drei pro Tag. Die insgesamt 1099 dokumentierten Vorfälle stellen im Vergleich zu den bereits hohen Zahlen vom Vorjahr – 2024 dokumentierte RIAS Hessen 926 Vorfälle – eine Steigerung von nochmals 18,7 Prozent dar.

### **Die im Folgenden beschriebenen Vorfälle wurden auf Wunsch der Betroffenen und zu deren Schutz teils weder datiert noch lokalisiert.**

Für das Jahr 2025 dokumentierte RIAS Hessen keinen Fall extremer Gewalt.<sup>2</sup>



In einem Interview berichtete der Angegriffene: „Ich wollte mit meinen Kindern in ein Geschäft gehen, als ein junger Mann begann, mich anzuschreien: „Free Palestine!“ Dann fragte ich ihn: „Warum schreiest du mich an? Was habe ich dir getan? Was hat das mit mir zu tun?“ Dann sah er, dass ich ein Handy in meiner Hand hielt. Er hat wohl vermutet, dass ich ihn fotografieren würde. Er riss es mir aus der Hand und warf es weg. Dann fing er an, mich zu stoßen, ein paar Meter weit, und dann ist er weggelaufen. ... Ich rief die jüdische Gemeinde an und teilte das mit. Sie sagten, ich solle bei der Polizei Anzeige erstatten. Dann brachte ich meine kleinen Kinder nach Hause und ging dann zur Polizei. Ich wollte die Polizei nicht vor dem Geschäft rufen, damit meine Kinder kein Trauma bekommen. Sie sind genug traumatisiert von diesem Vorfall.“



Jüdische Allgemeine, „Was habe ich dir getan?“

(<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/was-habe-ich-dir-getan/>).

Ein anderer Angriff ereignete sich, als die betroffene Person nachts auf dem Heimweg war und an einer Straßenbahnhaltestelle nachsehen wollte, wann die nächste passende Bahn käme. Außer der betroffenen Person war nur eine vierköpfige Gruppe vor Ort. Die Gruppe war laut und mit Kufiyas verummt, weshalb der Betroffene ihnen aus dem Weg gegangen war. Trotzdem wollte die Person nach dem Fahrplan sehen und wurde dabei von einer aus der Gruppe angepöbelt. Dann hielt die pöbelnde Person plötzlich inne und rief die anderen aus seiner Gruppe herbei, mit den Worten: „Ey, kommt her, ich kenn’ den hier. Das ist ein Zionisten-Schwein, ich kenne den, der war bei der Sache.“ Auch wurde die Person als „Judenschwein“ beschimpft. Der Betroffene hatte einige Tage zuvor eine Lesung mit Texten von Überlebenden des 7. Oktober

2025 wurden RIAS Hessen 27 Angriffe bekannt. Als Angriffe werden körperliche Attacken auf eine Person oder auch Gruppen aufgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der RIAS Hessen gemeldeten Angriffe leicht gesunken; 2024 wurden 33 Angriffe dokumentiert. Mit durchschnittlich einem körperlichen Angriff alle zwei Wochen, ist die Anzahl der RIAS Hessen bekannt gewordenen Angriffe jedoch auch für das Jahr 2025 weiterhin hoch.

Die meisten Angriffe ereigneten sich an Orten des alltäglichen Lebens, beispielsweise in der Gastronomie, dem Nahverkehr, an Sportstätten oder auf der Straße und geschahen für die Betroffenen unerwartet. So wurde ein Rabbiner, der in Begleitung seiner Kinder in einem Supermarkt war, verbal und körperlich angegangen. Dort wurde ihm von jemandem „Free Palestine“ entgegengerufen. Zudem schlug der Täter dem Betroffenen das Mobiltelefon aus der Hand, sodass es zu Boden fiel. Weiterhin wurde er vom Täter mehrfach gestoßen.

2023 besucht. Im nächsten Moment wurde dem Betroffenen von einer Person ins Gesicht geschlagen. Die drei Begleiter des Angreifers kamen herbei und der Betroffene wurde noch von zwei weiteren Schlägen getroffen. Einer der Angreifer sagte: „Du Schwein bist für den Völkermord, du warst bei dieser

1 Eine Beschreibung der unterschiedlichen Vorfällearten ist auf Seite 16 zu finden.

2 In der Definition von RIAS handelt es sich dabei um Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder zu schwersten Körperverletzungen führen (durch bspw. Messerangriffe oder Brandanschläge).

Schieß-Veranstaltung.“ Anschließend lief die Gruppe gemeinsam weg. Der Betroffene blieb mit einer blutenden Nase und Kopfschmerzen zurück und musste am nächsten Tag in einem Krankenhaus behandelt werden.

Als Tatorte, die bei Angriffen gehäuft auftraten, lassen sich Bildungseinrichtungen mit fünf dokumentierten Vorfällen benennen, wobei hier Schulen auffielen. Antisemitische Vorfälle in schulischen Bildungseinrichtungen betreffen oft Minderjährige und werden zumeist als sehr einschneidend wahrgenommen, da die Schule keinen sicheren Lernort mehr darstellt und doch weiterhin besucht werden muss. Ein Schulwechsel ist oft nicht ohne weiteres möglich und kann auch in einem Abbruch sozialer Beziehungen resultieren.

Als zweiter wiederkehrender Tatort von dokumentierten Angriffen zeigten sich Versammlungen mit zehn Vorfällen. Dabei handelte es sich insbesondere um Angriffe durch Teilnehmende von Versammlungen mit antisemitischen Inhalten auf Teilnehmende von Gegenkundgebungen oder auch unbeteiligte Personen. Ein solcher Vorfall ereignete sich in Frankfurt, als eine Person ein Plakat „Hamas is the Terrorist“ hochhielt. Das Plakat wurde von Versammlungsteilnehmern weggenommen und zerrissen. Als die Person ein zweites Plakat mit demselben Inhalt entfaltete, wurde sie körperlich bedrängt und schließlich von der Polizei von der Versammlung weg begleitet. Eine genaue Darstellung und Auswertung von Angriffen im Kontext von Versammlungen findet sich im Fokuskapitel I (Vgl. Fokuskapitel I, Demonstrationen und Kundgebungen).

RIAS Hessen erfasste im Jahr 2025 insgesamt 41 Bedrohungen. Hierunter fallen eindeutige und direkt adressierte schriftliche oder mündliche Androhungen von Gewalt. Über 80 Prozent der dokumentierten Bedrohungen richteten sich gegen Einzelpersonen als Betroffene. Ein solcher Fall ereignete sich auch an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag. Ein Rabbiner war auf dem Weg in die Synagoge, als ein Auto neben ihm hielt. Das Fenster ging herunter, ein Mann formte eine Hand zur „Pistole“, zielte auf den Rabbiner und „drückte ab“. Er rief dem Rabbiner noch etwas Unverständliches zu, beschleunigte und fuhr weiter.

3 Vgl. Bianca Loy, „Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023, RIAS Working Paper 02/24 ([https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18\\_RIAS\\_Working-Paper-3.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf)).

Etwa 20 Prozent der Bedrohungen beinhalteten explizit sexistische Inhalte oder Gewaltandrohungen. Insbesondere nach der systematischen sexualisierten Gewalt des 7. Oktober 2023 nahmen Vorfälle zu, die eine Verschränkung mit Sexismus aufweisen.<sup>3</sup> Die Anzahl dokumentierter antisemitischer Vorfälle, die im Jahr 2025 eine Verschränkung mit Sexismus (54 Vorfälle) oder Rassismus (51 Vorfälle) aufweisen, nahmen im Vergleich zum Vorjahr 2024 weiter zu. Im Fall von Rassismusverschränkung hat sich die Anzahl dokumentierter Vorfälle nahezu verdreifacht.

Die von RIAS Hessen dokumentierten gezielten Sachbeschädigungen sind von 2024 mit 32 Vorfällen auf 58 Vorfälle im Jahr 2025 angestiegen. Gezielte Sachbeschädigungen umfassen das absichtliche Beschmieren, Zerstören oder Beschädigen von jüdischem Eigentum sowie Institutionen und Gedenkorten.

2025 wurden von RIAS Hessen elf gezielte Sachbeschädigungen an Synagogen dokumentiert. Mit etwa 40 Prozent richtet sich der überwiegende Anteil der gezielten Sachbeschädigungen gegen

Gedenkstätten und andere Gedenkorte. Ein solcher Vorfall ereignete sich am 23. Juni 2025 in Bad Hersfeld. Die Gedenktafel für die ermordeten Bad Hersfelder Juden wurde gezielt beschädigt. Dabei wurden die Worte „Gedenktafel“ und „Juden“ herausgebrannt. Bereits im Oktober 2023 war die Gedenktafel entwendet worden.

Ein anderer Vorfall ereignete sich im Juli 2025 in Wiesbaden. An einer Infosteile am Denkmal für die während des Nationalsozialismus aus der Stadt deportierten Jüdinnen und Juden wurde das Glas eingeschlagen. Rund einen Monat später wurde dieselbe Infosteile mit grüner Farbe übergossen.

Häufig wurden auch 2025 im Rahmen der gezielten Beschädigungen NS-Symbole verwendet. Das Mahnmal für die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in Darmstadt wurde 2025 insgesamt dreimal beschmiert. Im Juni 2025 wurden zwei große Hakenkreuze auf die Gedenktafel gesprüht und die Parole



Bad Hersfeld, Juni 2025  
© RIAS Hessen



Wiesbaden, Juli 2025 – © RIAS Hessen

„Free Palestine“ in den Davidstern auf dem Boden geritzt. Im September wurde an den Bauzaun, der zu diesem Zeitpunkt das Denkmal umfasste, ein Hakenkreuz geschmiert. Am 7. Oktober 2025, dem bereits zweiten Jahrestag der Massaker der Hamas in Israel, wurden die nun mit Planen abgedichteten Bauzäune wieder mit Hakenkreuzen beschmiert.

Die Beschädigungen von Gedenkorten mit einer gleichzeitigen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus finden nicht immer über heimlich angebrachte Schmierereien statt. In Frankfurt am Main wurde am 1. Juli 2025 beobachtet, wie eine Person gegen ein Denkmal für die durch Kindertransporte geretteten Kinder trat und dabei „Bis bald in Auschwitz“ sagte.

Die Beschädigung von jüdischem Eigentum oder Gedenkorten in Hessen fanden auch durch das Beschmieren oder Bekleben der Orte mit Slogans und Aufklebern zum Thema Palästina und Israel statt. Jüdisches wird mit Israel gleichgesetzt und abgelehnt bzw. als störend für palästinensische Belange markiert. Am 2. März 2025 wurde die Außenmauer des jüdischen Friedhofs in Langenselbold mit dem Schriftzug „Palästina free Scheiße sind Juden“ und einem weiteren, unleserlichen Graffiti beschmiert.

RIAS Hessen wurden 2025 insgesamt 13 antisemitische Massenzuschriften bekannt. Diese werden jeweils als ein Vorfall aufgenommen, sofern zwischen den einzelnen Zuschriften mindestens zwölf Stunden liegen bzw. sich die Adressatinnen und Adressaten oder der Inhalt der Nachricht substantiell verändert haben. Die dokumentierten Massenzuschriften in Hes-



Darmstadt, November 2025 © RIAS Hessen

sen sind im Vergleich zum Vorjahr 2024, als 53 Fälle gemeldet wurden, um etwa 75 Prozent zurückgegangen. Allerdings gingen 2024 mehr als die Hälfte der Massenzuschriften (30 E-Mails) auf einen einzelnen Absender zurück. Bei den meisten dokumentierten Massenzuschriften handelt es sich um E-Mails, die zumeist an jüdische Einrichtungen in Hessen oder an Bildungseinrichtungen versendet wurden. Inhaltlich finden sich in etwa 50 Prozent der Massenzuschriften Topoi des Post-Shoah-Antisemitismus, beispielsweise positive Bezüge auf den Nationalsozialismus. Auch Verschwörungsnarrative, die der Erscheinungsform des modernen Antisemitismus zugeordnet werden, finden sich in etwa der Hälfte dieser Zusendungen, wobei beide Erscheinungsformen auch verschränkt auftreten können.

Der größte Anteil der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Hessen wurde der Kategorie verletzendes Verhalten zugeordnet. Für das Jahr 2025 wurden 960 dieser antisemitischen Vorfälle, die keine körperliche Gewalt, direkte Bedrohungen oder Massenzuschriften darstellen, dokumentiert. Als verletzendes Verhalten wird unter anderem das Beschmieren von nicht jüdischem Eigentum aufgenommen. So wurden am 16. Februar 2025 in Kelkheim neun Wahlplakate aller Parteien mit antisemitischen Parolen beschmiert. Die Parolen waren „Europa Erwache Jude vergasen“; „Jude verrecke Europa erwache“; „Europa erwache“; „Jude \*Hakenkreuz\*“; „\*Davidstern\* Jude“; „Jude Jude verrecke“; „Jude“. Am folgenden Tag wurde eine Bahnhaltestelle desselben Ortes an drei Stellen mit antisemitischen Parolen beschmiert.

In dem Jahr 2025 haben sich zudem auffällige Häufungen bestimmter Parolen gezeigt. Antisemitische Schmierereien prägen den öffentlichen Raum, indem Personen immer wieder derartige Aussagen in ihrem Alltag lesen müssen und der Anschein einer Akzeptanz bzw. Normalisierung solcher Aussagen entstehen kann. So wurden zwischen dem 6. April und dem 19. Dezember 2025 vor allem in Offenbach, aber auch in Frankfurt-Ost und Frankfurt-Süd 43-mal folgende antisemitische Schmierereien gemeldet: „Israel frisst Kinder“, in 38 Fällen zusätzlich versehen mit einem Davidstern. Der Schriftzug fand sich an Bahnhöfen, auf Fahrplantaafeln an Bushaltestellen, auf Wänden und Böden von S-Bahn-Stationen, Stromkästen, einmalig an einer Außenmauer einer Schule, zudem im Hof einer Kunsthochschule, auf Mauern, Wänden und Sitzbänken sowie öffentlichen Bücherkästen, in denen gebrauchte Bücher eingestellt werden können. Manche der Schriftzüge in Offenbach waren nahe der Synagoge aufgetaucht. Zwei Mal war der Spruch abgewandelt in „Israel frisst Kinder wieder“. Zwei Mal stand neben der „üblichen“ Parole zusätzlich „Juden essen Kinder“, ebenfalls versehen mit einem Davidstern, neben der bereits genannten Parole. Drei Mal wurde diese Parole einzeln geschmiert, d.h. wir haben es mit 47 Vorfällen in diesem Kontext der Dämonisierung Israels und der jüdischen Community

zu tun. Die Schmiererei bezog sich auf die antisemitische Ritualmord-Legende.

Vorfälle, die der Kategorie verletzendes Verhalten zugeordnet sind, umfassen auch antisemitische Aussagen, die Personen adressieren oder auch ohne direkten Adressaten bspw. in der Öffentlichkeit geäußert werden. Ein solcher Vorfall ereignete sich im März 2025. Eine Person lief an einem Park entlang. Dann brüllte diese Person aus dem Nichts mehrfach „Free Palestine“ und zeigte zugleich den „Hitler-Gruß“. Eine weitere Person stieg in die Situation ein und beteiligte sich an den „Free Palestine“-Rufen.

Die Kategorie verletzendes Verhalten schließt auch Versammlungen mit ein. Von RIAS Hessen wurden im Jahre 2025 insgesamt 303 Versammlungen, vor allem Demonstrationen und Kundgebungen, aber auch Infostände oder Vorträge, als antisemitische Vorfälle dokumentiert. Eine Versammlung wird als antisemitischer Vorfall erfasst, wenn im Aufruf zur Veranstaltung, in Redebeiträgen, auf Plakaten und Transparenten oder durch skandiierte Parolen antisemitische Inhalte verbreitet wurden. Bei mehreren antisemitischen Vorfällen im Laufe einer Versammlung wird dies dennoch nur als ein Vorfall in die

Die Bezeichnung des Staates Israel und der jüdischen Community als „Kindermörder“ bzw. „Baby-Mörder“ bezieht sich unmittelbar auf die antijudaistische Ritualmord-Legende, der zufolge Juden (christliche) Kinder angeblich umbrächten und ihr Blut für bestimmte Rituale verarbeiteten. „Kindermörder Israel“ ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antisemitischer Topoi auf den Staat Israel.

Es zeigt sich, dass zunächst der Staat Israel adressiert wird, aber letztlich das jüdische Kollektiv gemeint ist. Aufgrund der so offenkundigen Verbindung zu antijudaistischen Denkmustern wird von RIAS seit 2024 die Parole „Kindermörder Israel“ nicht nur als israelbezogener Antisemitismus, sondern zugleich als antijudaistischer Antisemitismus dokumentiert.



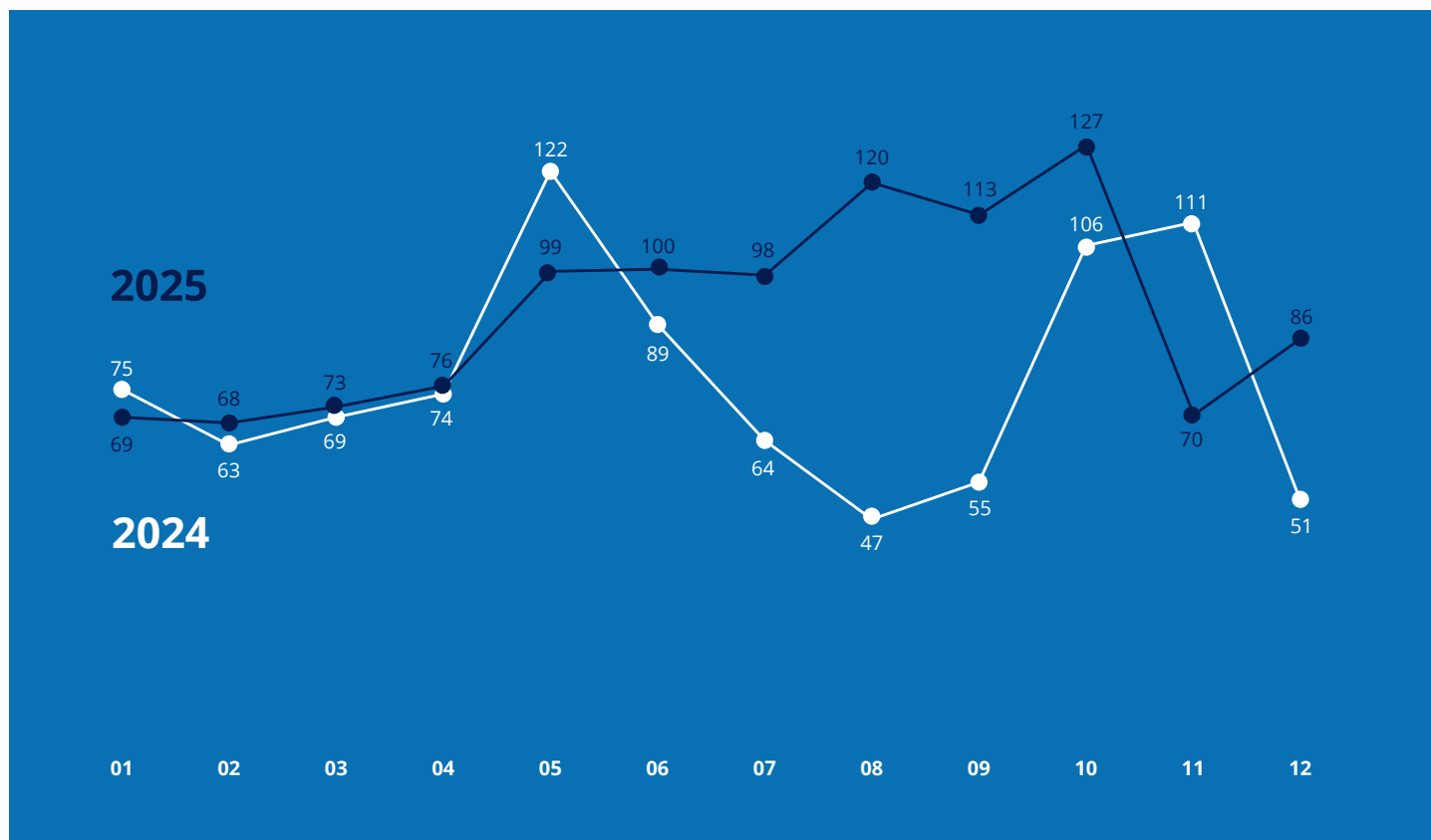
Offenbach am Main, 2025 © RIAS Hessen

Statistik aufgenommen. Dieser Kategorie ist in diesem Jahresbericht ein Sonderkapitel gewidmet (Vgl. [Fokuskapitel I, Demonstrationen und Kundgebungen](#)).

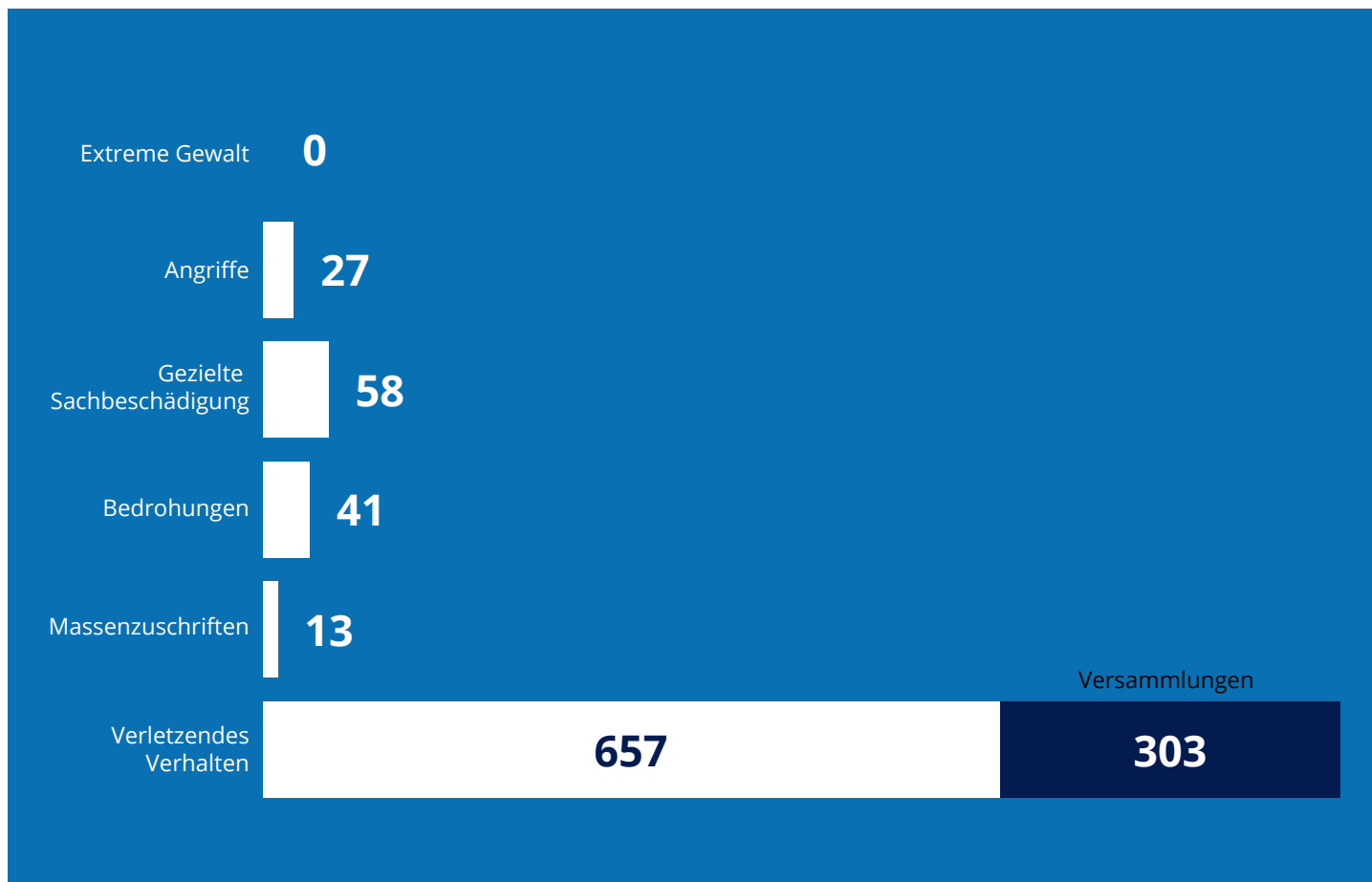
Bei 154 und damit etwa der Hälfte der antisemitischen Versammlungen wurde auf das islamistische Massaker des 7. Oktobers 2023 in Israel und den darauffolgenden Krieg Bezug genommen. Für eine Vielzahl der Versammlungen (286) wurde dabei auch die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus festgestellt. Bei fast 62 Prozent, also nahezu zwei Drittel der Versammlungen, konnte RIAS Hessen die Akteurinnen und Akteure dem politisch-weltanschaulichen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zuordnen. Für den antiisraelischen Aktivismus gilt, dass bei diesen Akteurinnen und Akteuren die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen im Vordergrund steht, während die politische Positionierung im linken, rechten oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Ein Beispiel für einen solchen Vorfall ereignete sich im Frühjahr 2025 in Frankfurt. Die meldende Person war in einer Fußgängerzone unterwegs, wo es einen Infostand zu Palästina gab. Die meldende Person suchte das Gespräch. Eine aktivistische Person entgegnete der Meldenden, es gebe keine Beweise, dass die Hamas am 7. Okto-

ber 2023 Frauen vergewaltigt oder Kinder ermordet habe.

Versammlungen mit antisemitischen Inhalten und Bezugnahmen auf den 7. Oktober 2023 finden sich auch im rechtsextremen/-populistischen Milieu. Eine solche Demonstration fand im ersten Halbjahr 2025 statt. Eine Gruppe der rechten Verschwörungsszene veranstaltete einen „Ostermarsch“, an dem etwa 200 Personen teilnahmen. Ein Redner sprach von dem „Kiewer Regime im Verbund mit der Nato“ als vermeintlichen Aggressoren im Ukraine-Krieg. An der Spitze der Nato-Aggression stünde unter Donald Trump nicht mehr die USA, sondern „Rothschild-Macron und Black Rock-Merz“. Der von der Hamas initiierte Angriff auf die israelische Bevölkerung am 7. Oktober 2023 war nach seinen Worten „kein Terrorangriff“, da die Hamas die gewählte Regierungspartei in Gaza stelle und die Kämpfer der Hamas die „einzige reguläre palästinensische Streitmacht“ im Krieg gegen Israel seien. In dieser Logik sei der Angriff des 7. Oktober 2023 eine „legitime Kriegshandlung“. Den Staat Israel dagegen bezeichnete der Redner als „zionistischen, genozidalen Siedlerkolonialismus“. Danach sprach ein früherer Vertreter der Partei Die Linke und erklärte, dass die Verwendung des \*N-Worts\* und \*Z-Worts\* nicht rassistisch sei. Auch war ein Redner einer rechtspopulistischen Partei vertreten.



Grafik 2: Von RIAS Hessen dokumentierte antisemitische Vorfälle 2024 und 2025 nach Monaten (in absoluten Zahlen).



**Grafik 3:** Von RIAS Hessen dokumentierte antisemitische Vorfälle 2025 nach Vorfallsart (in absoluten Zahlen).

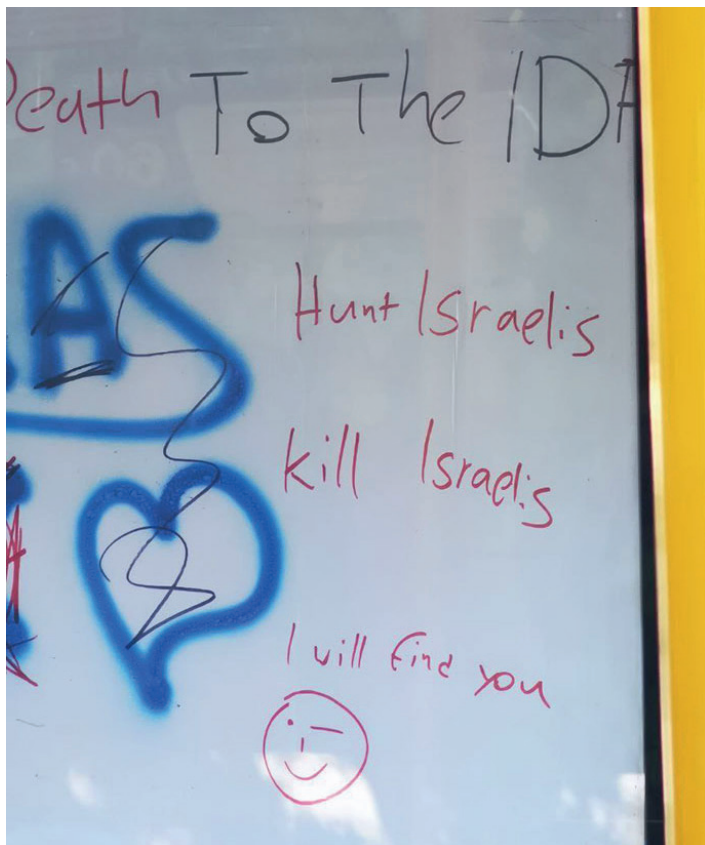
## Alltagsprägend für Betroffene

Insgesamt 36 Prozent der dokumentierten antisemitischen Vorfälle richteten sich gegen Personen und Einrichtungen und wiesen damit unmittelbar Betroffene auf. Vorfälle ohne Betroffene sind hingegen beispielsweise antisemitische Schmierereien oder Aufkleber im öffentlichen Raum. Diese werden zwar von vielen Personen gesehen, adressieren aber in der Regel keine bestimmten Personen. Von den 1099 dokumentierten Vorfällen für das Jahr 2025 wurden in 241 Fällen Einzelpersonen direkt adressiert; 159 Vorfälle richteten sich gegen Institutionen. Der überwiegende Anteil von betroffenen Einzelpersonen war jüdisch oder israelisch. Dies war bei 120 Vorfällen der Fall; in manchen Fällen waren von einem Vorfall mehrere Personen betroffen, sodass insgesamt 147 jüdische oder israelische Betroffene dokumentiert wurden. In weiteren 81 Vorfällen mit 84 Betroffenen waren die Betroffenen nicht oder unbekannt jüdisch oder israelisch, aber wurden als Jüdinnen und Juden oder Israelis gelesen bzw. adressiert. Zusammengekommen waren Jüdinnen und Juden und Israelis oder Personen, die dergestalt adressiert wurden, in rund 83 Prozent der 241 Vorfälle die betroffenen Einzelpersonen.

Ein solcher Vorfall ereignete sich in einem Schnellrestaurant. Die meldende Person sang leise für sich selbst, während sie auf die Bestellung wartete, das Lied „Hurricane“ in der Version „October Rain“ der israelischen Sängerin, die 2024 für den Eurovision Song Contest antrat. Plötzlich wurde die betroffene Person von einer ihr unbekannt Person geschubst und als „Kindermörderin“ tituiert. Danach verließ der Mann das Schnellrestaurant.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich auch 2025 häufig an Orten des alltäglichen Lebens oder an Orten, die von Betroffenen nicht ohne weiteres gemieden werden können, wie dem Arbeitsplatz, dem direkten Wohnumfeld oder auch Bildungseinrichtungen wie vor allem Schulen und Hochschulen. Mit 531 Vorfällen fanden rund 48 Prozent aller 1099 dokumentierten Vorfälle 2025 im öffentlichen Raum statt. Als Teil des öffentlichen Raums werden die Straße, öffentliche Verkehrsmittel oder öffentliche Gebäude und öffentliche Grünanlagen gewertet. 2025 wurden von RIAS Hessen 395 Vorfälle mit dem Tatort „Straße“ dokumentiert. Neben dokumentierten Versammlungen umfasste dies auch immer wieder Aufkleber und Schmierereien, aber auch antisemitische Ansprachen und An-

griffe auf der Straße. Zu einem solchen Vorfall kam es im ersten Halbjahr 2025. Die meldende Person trug ein sichtbares Tattoo, das einen Davidstern beinhaltete. Im Vorbeigehen wurde dies von Passanten mit den Worten „Sowas mögen wir aber nicht“ kommentiert. Die meldende Person stellte zunächst keinen Bezug zu sich her, aber als mit zunehmender Distanz laut „Drecksjude“ gerufen wurde, drehte die meldende Person sich um und wurde konkret angesprochen. Einer der Rufenden versuchte mehrfach erfolglos nach der Person mit



Marburg, August 2025 © RIAS Hessen

dem Tattoo zu treten, darunter gab es auch einen glücklicherweise verfehlten Tritt aus dem Stand nach dem Kopf des Meldenden.

Auch Schmierereien können sich negativ auf das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen und Juden auswirken. Im Zeitraum zwischen dem 11. Juni und dem 13. November 2025 wurden in Marburg neun Mal Schmierereien entdeckt, die nach RIAS-Kriterien der Kategorie „verletzendes Verhalten“ zuzuordnen sind, zugleich bei den in der Stadt lebenden Mitgliedern der jüdischen Community Angst auslösten und die sie als Bedrohung wahrnahmen. Auf Strom- und Verteilerkästen, an einer Fußgängerbrücke am Bahnhof, auf Parkbänken, Zigarettenautomaten, Litfaßsäulen und Bushaltstellen fanden sich Parolen, die zum Töten von Israelis aufriefen und Freude über

getötete Israelis ausdrückten. Der antisemitische Topoi des „Kinder Mörders“ fand sich ebenfalls in mehreren Schmierereien wieder.

Im öffentlichen Raum wurden RIAS Hessen neben Vorfällen auf der Straße auch 34 Vorfälle aus öffentlichen Grünanlagen bekannt, vor allem Schmierereien, die an Hinweisschildern oder Parkbänken angebracht wurden. So wurde beispielsweise in Eschborn ein Hinweisschild auf dem „Vorsicht Zeckengebiet“ steht, insgesamt drei Mal 2025 mit einem Davidstern beschmiert, wodurch jüdische Personen mit Zecken und dadurch mit Ungeziefer gleichgesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte sich die Anzahl an dokumentierten antisemitischen Vorfällen im ÖPNV im Jahr 2025 nahezu, von 44 (2024) auf 83 Vorfälle 2025. Ein solcher Vorfall ereignete sich im Sommer 2025. Eine Person sagte während der Vorbeifahrt in der Straßenbahn an einem Jüdischen Friedhof gegenüber Freunden: „Was ist das hier eigentlich für eine Vergasungsanstalt?!“ Es schritt niemand ein. Ein anderer Vorfall ereignete sich im Bereich eines Busbahnhofs. Zwei Personen riefen in der Öffentlichkeit „Vergast jeden Juden“. Derartige antisemitische Vorfälle begegnen Personen ohne Vorwarnung im Alltag und an Orten, die allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein sollten. Durch wiederkehrende antisemitische Vorfälle werden die Räume, in denen sich Menschen bewegen können, ohne Antisemitismus ausgesetzt zu sein, immer begrenzter.

In der Dokumentation von RIAS Hessen sind Bildungseinrichtungen – wie bereits in den letzten beiden Jahresberichten – die zweithäufigsten Tatorte. Diese hohe Fallzahl der von RIAS Hessen dokumentierten Vorfälle an Bildungseinrichtungen ist auch im bundesweiten Vergleich der RIAS-Stellen auffällig. Unter Bildungseinrichtungen werden Kitas, Schulen und Hochschulen sowie Jugendeinrichtungen zusammengefasst. Dem durch RIAS Hessen dokumentierten Vorfallsgeschehen an Bildungseinrichtungen ist auch in diesem Jahresbericht ein Sonderkapitel gewidmet, um Veränderungen und Trends auch über die letzten drei Jahre hinweg abzubilden (Vgl. [Fokuskapitel II, Bildungseinrichtungen](#)).

Besonders starke Auswirkungen auf Betroffene haben antisemitische Vorfälle, die sich im direkten Wohnumfeld ereignen. Solche Vorfälle können das Sicherheitsempfinden stark beeinträchtigen, da die eigene Wohnung, das Wohnhaus oder die direkte Nachbarschaft nicht mehr als privater Rückzugsort, sondern als unsichere Räume wahrgenommen werden. RIAS

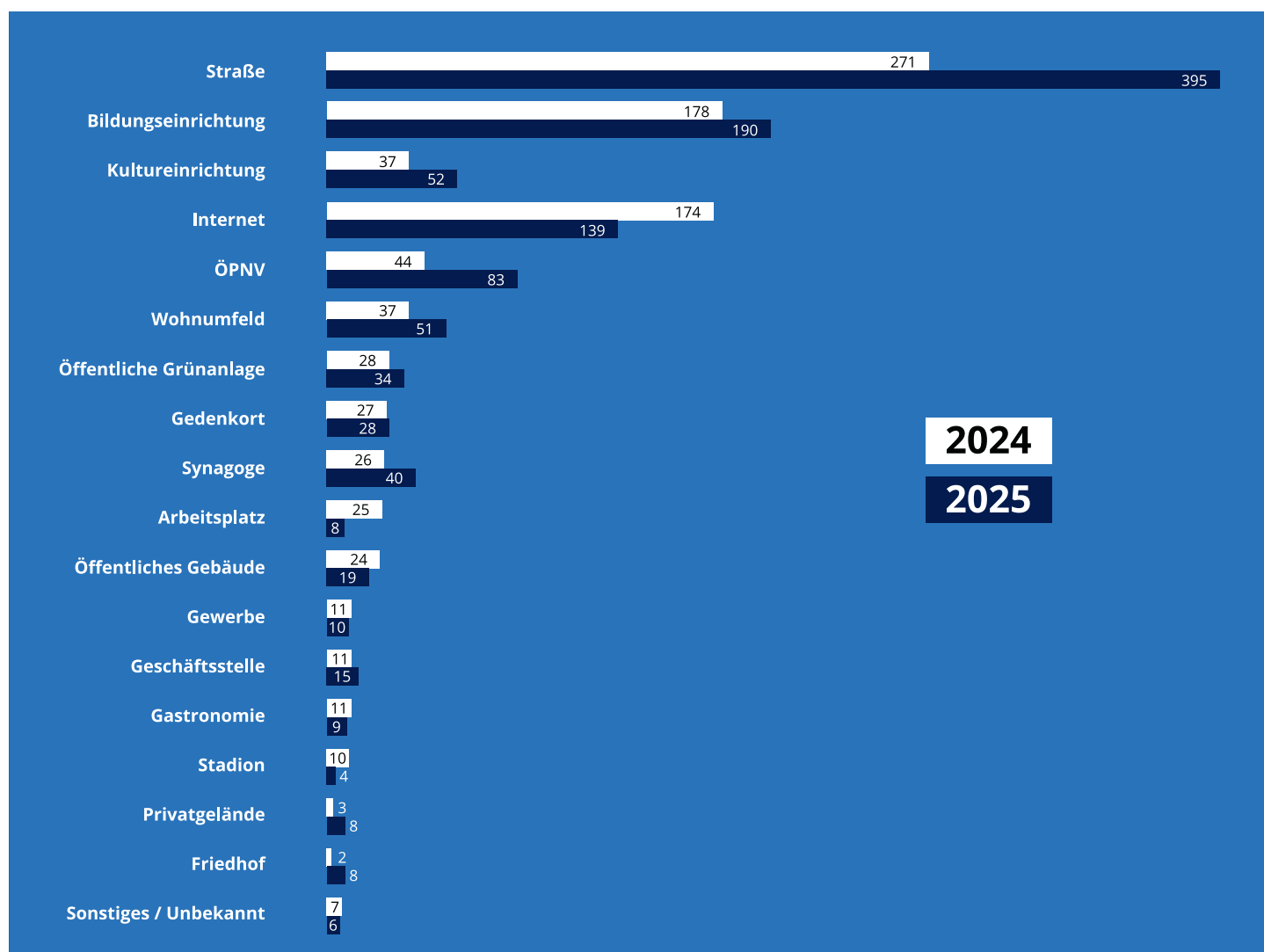
Hessen sind 2025 insgesamt 51 Vorfälle im direkten Wohnumfeld bekannt geworden. Somit kam es nahezu jede Woche zu einem antisemitischen Vorfall im Wohnumfeld von Betroffenen. Dazu gehörte ein Vorfall, bei dem Unbekannte einen Davidstern auf mehrere Klingelschilder eines Mehrfamilienhauses schmierten. Vor dem Haus befinden sich Stolpersteine.

Das Anbringen von Davidsternen an Wohnhäusern, in denen vermutet wird, dass dort jüdische Personen leben, wurde direkt nach dem 7. Oktober 2023 insbesondere aus Berlin mehrfach bekannt. Derartige Schmierereien lösen bei Betroffenen mitunter starke Ängste aus.

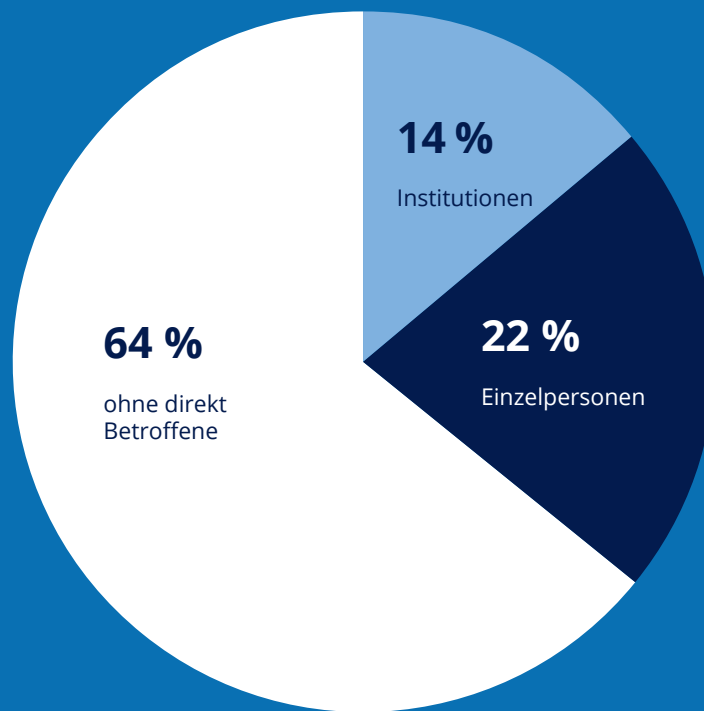
Auffallend ist bei den 2025 dokumentierten Vorfällen auch eine Zunahme von antisemitischen Geschehnissen in direkter Nähe von bzw. auch an und sogar in Synagogen. 2025 wurden RIAS Hessen 40 derartige Vorfälle bekannt, 2024 waren bereits 26 solcher Vorfälle dokumentiert worden.

Synagogen sind Räume und Orte, an denen Jüdinnen und Juden zusammenkommen und auf einen antisemitismusfreien Ort hoffen. Dass Synagogen trotz der hohen Sicherheitsmaßnahmen Ziel von antisemitischen Vorfällen sind, bedeutet einen enormen Sicherheitsverlust.

Die Anzahl der dokumentierten antisemitischen Vorfälle, die sich im Internet ereigneten, ist im Jahr 2025 mit 139 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr mit 174 Vorfällen etwas zurückgegangen. Antisemitische Aussagen, die sich online ereignen, werden von RIAS Hessen nur dann als Vorfall aufgenommen, wenn sie sich direkt an und gegen Personen oder Institutionen in Hessen richten. Viele dieser dokumentierten antisemitischen Kommentare sind äußerst vulgär und beleidigend. Sie wenden sich insbesondere gegen Personen, die sich online als erkennbar jüdisch zeigen bzw. Solidarität mit Israel und der jüdischen Community ausdrückten.



Grafik 4: Von RIAS Hessen 2025 dokumentierte antisemitische Vorfälle nach Tatorten.



**Grafik 5:** 2025 von antisemitischen Vorfällen direkt betroffene Individuen und Institutionen (in absoluten Zahlen).

Die Auflistung der von RIAS Hessen dokumentierten Orte, an denen sich die bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle ereignet haben, zeigt, dass sich Antisemitismus nicht auf bestimmte Orte eingrenzen lässt.

## Erscheinungsformen des Antisemitismus in Hessen 2025

Antisemitische Vorfälle können verschiedene antisemitische Stereotype beinhalten. RIAS Hessen unterscheidet dabei fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Ein Vorfall kann dabei auch mehr als eine Erscheinungsform beinhalten. Beispielsweise, wenn die Politik Israels mit der des Nationalsozialismus gleichgesetzt wird. Damit wird einerseits Israel dämonisiert, was dem israelbezogenen Antisemitismus zugerechnet wird; zugleich findet eine Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Shoah statt, was unter Post-Shoah-Antisemitismus gefasst wird.

2025 gab es bei insgesamt 1099 dokumentierten antisemitischen Vorfällen 1822 Zuordnungen zu antisemitischen Erscheinungsformen, womit ein Vorfall durchschnittlich rund 1,66 Erscheinungsformen aufwies. Insbesondere auf Ver-

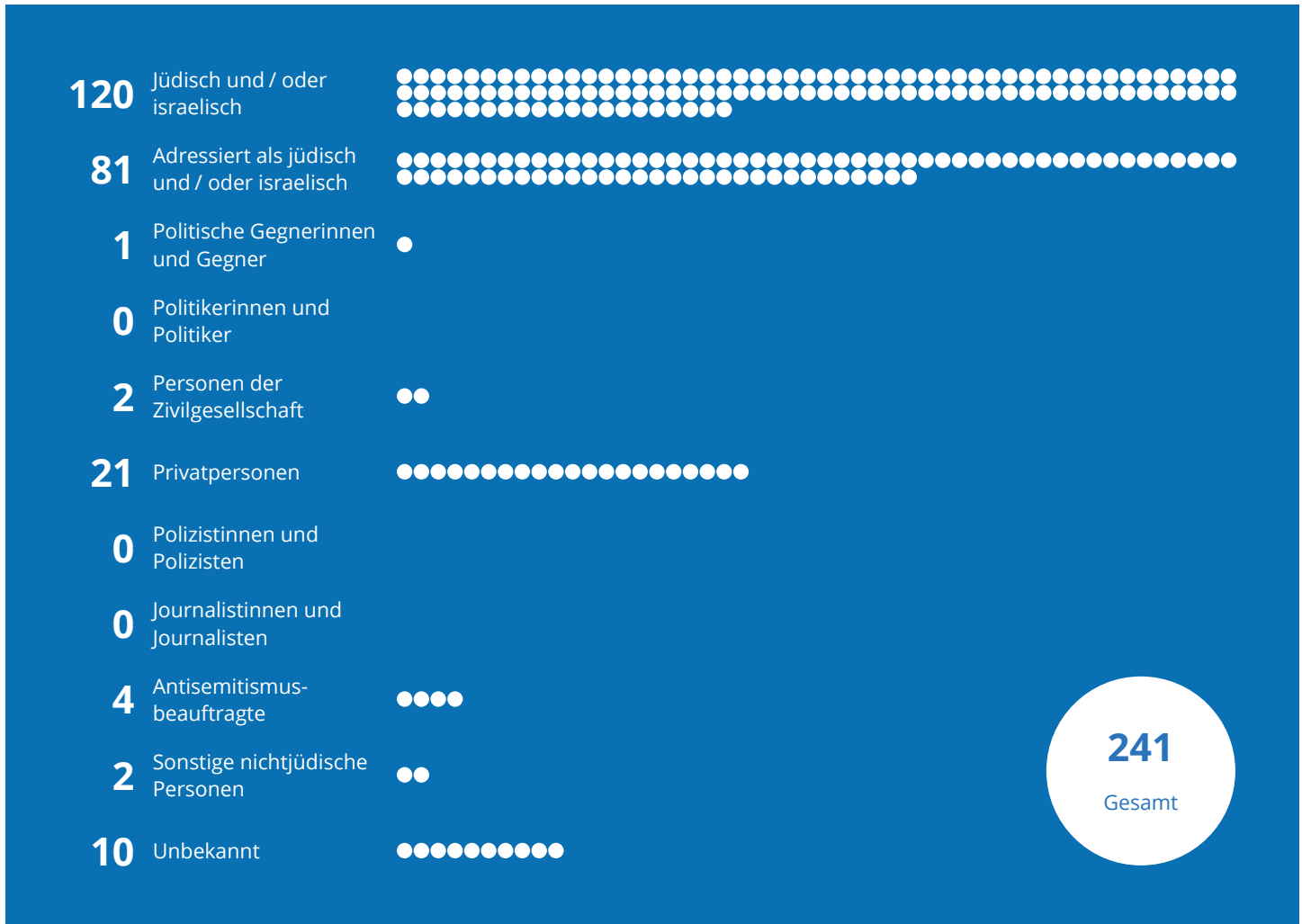
sammlungen, auf denen antisemitische Parolen skandiert, Reden gehalten und Plakate gezeigt wurden, verschränkten sich nicht selten drei oder vier antisemitische Erscheinungsformen.

Die 2025 am häufigsten verzeichnete Erscheinungsform war, wie bereits 2024, der israelbezogene Antisemitismus. In 61 Prozent aller Vorfälle wurden auch antisemitische Stereotype formuliert, die dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden. Am zweit- und dritthäufigsten wurden antisemitisches Othering (49 Prozent aller Vorfälle) und Post-Shoah-Antisemitismus (31 Prozent aller Vorfälle) dokumentiert.

Ein antisemitischer Vorfall, der alle drei Erscheinungsformen miteinander verschränkte, wurde RIAS Hessen am letzten Tag des Jahres 2025 gemeldet.

In dieser Schmiererei wurde der Staat Israel nicht nur dämonisiert und mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt; mit der Darstellung eines Hakenkreuzes in einem Davidstern geschah zugleich antisemitisches Othering.

Vorfälle mit der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus finden sich in allen Vorfallstypen: von verletzendem Verhalten über gezielte Sachbeschädigung und Bedro-



Grafik 6: 2025 von RIAS Hessen dokumentierte Vorfälle, die Einzelpersonen betrafen.



Witzenhausen, Dezember 2025 © RIAS Hessen



**Grafik 7:** 2025 von RIAS Hessen dokumentierte Vorfälle, die Institutionen betrafen.

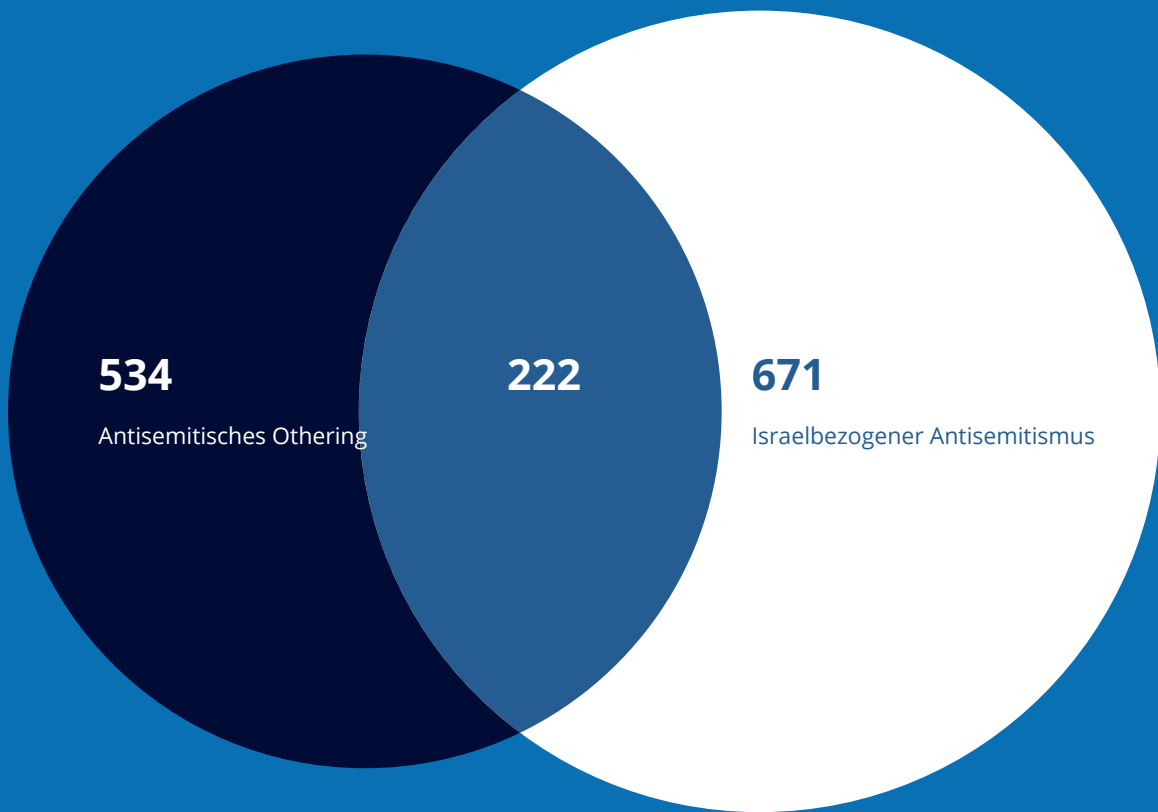
hungen bis hin zu Angriffen. Zugleich konnten Vorfälle, in denen israelbezogener Antisemitismus geäußert wird, allen von RIAS unterschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren zugeordnet werden. Die Funktion der Brückenideologie, mit der Antisemitismus unterschiedlichste politische Spektren zusammenführt, tritt bei israelbezogenem Antisemitismus besonders stark in Erscheinung. Ein Beispiel für israelbezogenen Antisemitismus, der einem islamistischen politischen Hintergrund zugeordnet werden konnte, war eine Schmiererei im Bereich des ÖPNV mit dem Inhalt: „Black = Love of Death Green = Universal Umma! = Free Palestine from Jews“.

Insgesamt 398 der 671 Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus verschränkten sich mit anderen Erscheinungsformen. Für 2025 wurden RIAS Hessen 196 Vorfälle bekannt, bei denen israelbezogener Antisemitismus zusammen mit antisemitischem Otherring auftrat. Ein solcher Fall ereignete sich im Sommer 2025, als ein Tor an einem städtischen Wald mit dem Schriftzug „Kill Jews \*Davidstern\* F\*uck Israel“ und darunter „Free Palistine“ (sic!) beschmiert wurde. Der antisemitische

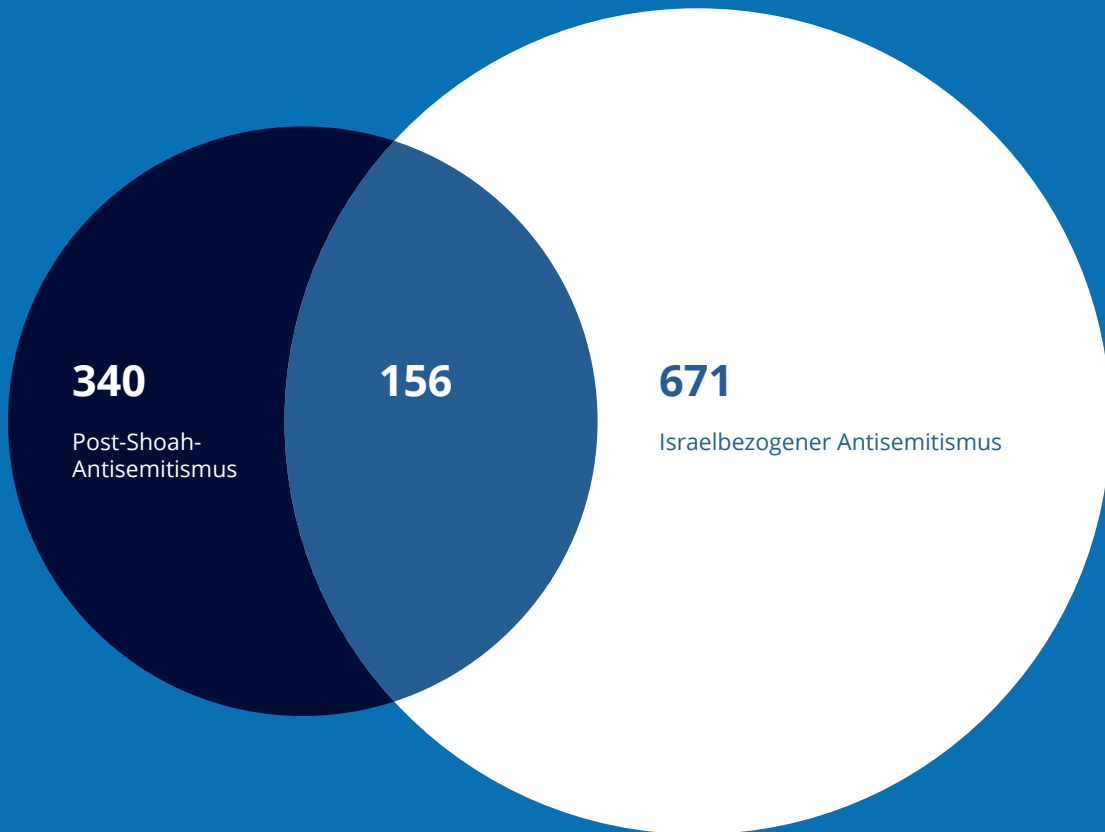
Mordaufruf, verbunden mit dem Davidstern, wird dem antisemitischen Otherring zugeordnet. Zugleich bezog sich die Schmiererei auf Israel und setzte den Mordaufruf in diesen Kontext.

Ein Drittel der 2025 in Hessen dokumentierten Vorfälle wurden dem Post-Shoah-Antisemitismus zugeordnet. Diese Erscheinungsform beinhaltet positive Bezugnahmen auf die Shoah und den Nationalsozialismus oder die Abwehr der Erinnerung an die Shoah. Dies geschieht neben verbalen Äußerungen immer wieder durch die gezielte Sachbeschädigung von Erinnerungsorten. So wurden im Dezember 2025 in schwarzer Sprühfarbe die Worte „Erbschulden – Herrschaftstechnik“ mittels vorgefertigter Schablone unmittelbar neben einen Stolperstein für eine in der Shoah ermordete jüdische Person geschmiert.

Post-Shoah-Antisemitismus trat in 156 Fällen verschränkt mit israelbezogenen Antisemitismus auf. So auch bei einem Vorfall im Januar 2025 in Frankfurt. Ein Ausstellungsplakat der



**Grafik 8:** Überschneidung von israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering im Jahr 2025.



**Grafik 9:** Überschneidung von israelbezogenem Antisemitismus und Post-Shoah-Antisemitismus im Jahr 2025.

	2024		2025	
Antisemitisches Othering	414	44,7 %	534	48,6 %
Antijudaistischer Antisemitismus	135	14,6 %	166	15,1 %
Moderner Antisemitismus	94	10,2 %	111	10,1 %
Israelbezogener Antisemitismus	541	58,4 %	671	61,1 %
Post-Shoah-Antisemitismus	282	30,5 %	340	30,9 %

Grafik 10: Erscheinungsformen von Antisemitismus 2024 und 2025.

2025	Antisemitisches Othering	Antijudaistischer Antisemitismus	Moderner Antisemitismus	Israelbezogener Antisemitismus	Post-Shoah-Antisemitismus
Antisemitisches Othering	<b>196</b>	80	52	222	138
Antijudaistischer Antisemitismus	80	<b>9</b>	23	135	37
Moderner Antisemitismus	52	23	<b>10</b>	68	44
Israelbezogener Antisemitismus	222	135	68	<b>237</b>	156
Post-Shoah-Antisemitismus	138	37	44	156	<b>83</b>

Grafik 11: Absolute Zahlen der jeweils zu den Erscheinungsformen zugeordneten Vorfälle 2025.

Die farblich unterlegten Zahlen zeigen jeweils die Zahl der Vorfälle, die nur einer Erscheinungsform zugeordnet wurden.



Frankfurt am Main, Sommer 2025 © RIAS Hessen

Ausstellung „Zeitzeugenschaft? Ein Erinnerungslabor“, auf dem ein Überlebender der NS-Verfolgung abgebildet war, wurde mit folgenden Worten beschmiert: „Genozid in Gaza Israel Massenmörder typische zionistische Täter-Opfer-Umkehr“. Dasselbe war bereits im Dezember 2024 an anderer Stelle mit diesem Plakat geschehen. Auf einer großen Plakatwand im ÖPNV war gezielt dieses Plakat vollgeschmiert worden; die anderen Plakate blieben unbeschädigt.

Die Verschränkung von antisemitischen Erscheinungsformen zeigt, wie anpassungsfähig Antisemitismus als Projektion in unterschiedliche Diskurse eingewoben werden kann. Die Erinnerungsabwehr, die Marginalisierung der Shoah oder die Täter-Opfer-Umkehr im Post-Shoah-Antisemitismus haben insbesondere in Deutschland eine entlastende Funktion. Auch bei antisemitischen Gleichsetzungen des Staates Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland ist die Entlastungsfunktion relevant. Die absolute Gewalt und der absolute Vernichtungswillen des Nationalsozialismus und die Täterschaft von Deutschen und ihren Kollaborateuren werden auf Israel projiziert.

## Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Der Großteil der von RIAS Hessen dokumentierten Vorfälle konnten keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden. Dies liegt insbesondere daran, dass die RIAS-Stellen den politischen Hintergrund nur dann erfassen, wenn sich dieser eindeutig ergibt. Beispielsweise, wenn sich eine antisemitisch äussernde Person selbst einem entsprechenden Milieu zuordnet oder eindeutige Symboliken erkennbar waren. Die zurückhaltende Zuordnung des politisch-weltanschaulichen Hinter-

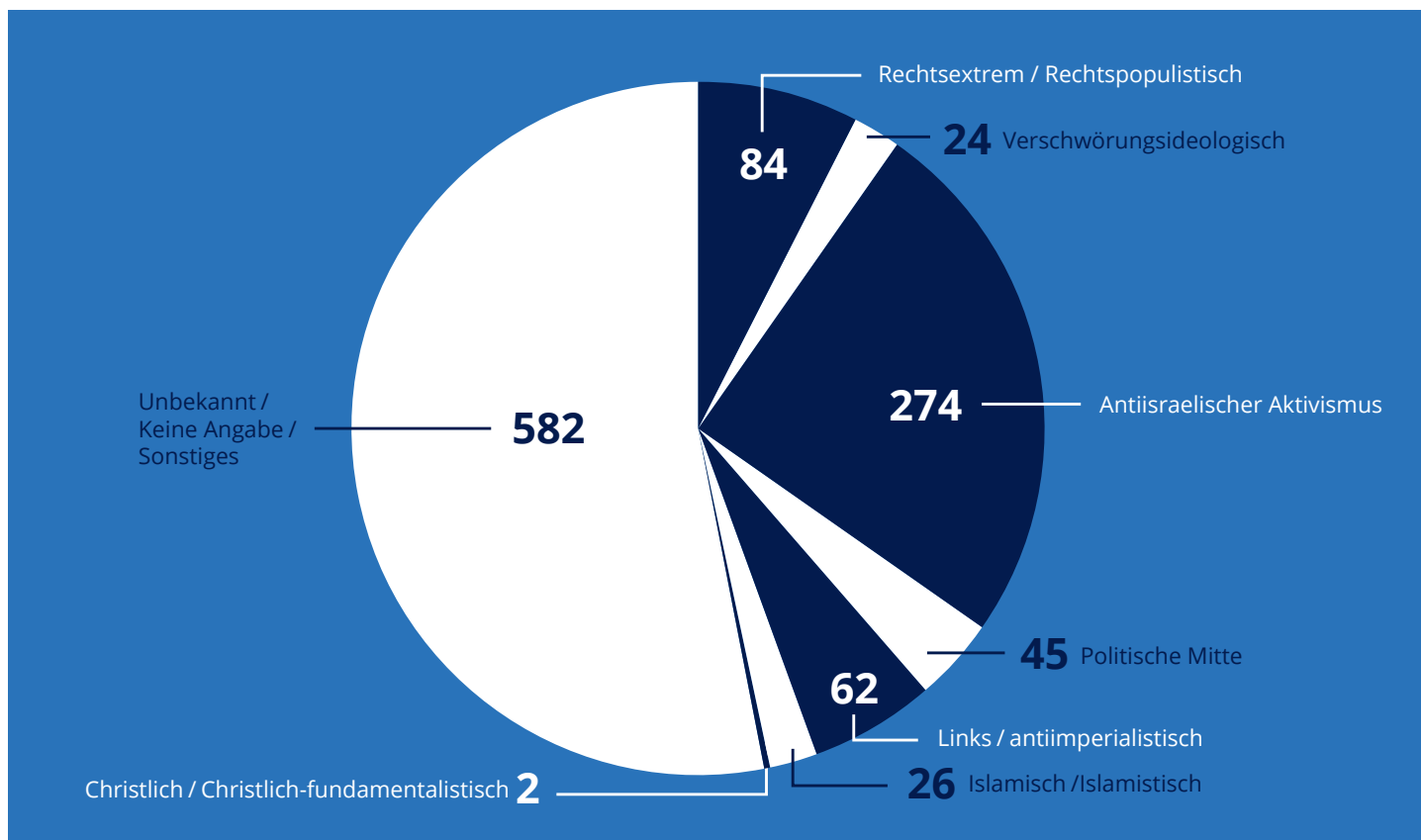
grunds begründet sich darin, dass viele der an RIAS Hessen gemeldeten antisemitischen Vorfälle zwar mitunter in einem politisch-weltanschaulichen Milieu besonders verbreitet erscheinen, aber auch in anderen Milieus anzutreffen sind. Wie bereits die Auswertung der dokumentierten Tatorte nahelegt, zeigt sich Antisemitismus in Hessen als alltagsprägendes Phänomen insoweit, dass Antisemitismus nicht durch das Vermeiden von bestimmten Orten oder dem Fernhalten von spezifischen Personengruppen entgangen werden kann. Antisemitismus ist ein Grundrauschen des Alltags. Dies kann sowohl negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl potenziell Betroffener haben als auch den offenen Umgang mit der eigenen jüdischen Identität einschränken.

Von den antisemitischen Vorfällen, die eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden konnten, war der antiisraelische Aktivismus 2025 mit Abstand die häufigste zugewiesene Kategorie. Für den antiisraelischen Aktivismus gilt, dass bei diesen Akteurinnen und Akteuren die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen im Vordergrund steht, während die politische Positionierung im linken, rechtsextremen oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Äußerungen des antiisraelischen Aktivismus müssen klare antisemitische Topoi aufweisen, damit RIAS sie als Vorfall dokumentiert. Allein für sich genommen ist die Parole „Free Palestine“ ohne Bezüge bspw. zur Delegitimierung Israels kein Vorfall.

RIAS Hessen ordnete 2025 insgesamt 274 Vorfälle dem antiisraelischen Aktivismus zu. Acht der Vorfälle, die eindeutig zugeordnet werden konnten, waren Angriffe. 204 der Vorfälle, die dem politischen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden, waren Versammlungen.

Dem linken oder antiimperialistischen Hintergrund ordnete RIAS Hessen 2025 insgesamt 62 Vorfälle zu. Auch bei den diesem Hintergrund zugeordneten Geschehnissen waren ein Großteil Versammlungen (39 Vorfälle). Es wurden zudem drei Angriffe dokumentiert, bei denen die Angreifer einem linken oder antiimperialistischen Hintergrund zugeordnet werden konnten.

Ein rechtsextremer politischer Hintergrund wurde 2025 in 84 Vorfällen von RIAS Hessen dokumentiert. 2024 waren es noch 55 Vorfälle, die solchermaßen klar zugeordnet werden konnten. Auffallend ist, dass es sich bei den so zugeordneten Vorfällen um sechs direkte Bedrohungen handelte. Bei weiteren 23 Vorfällen handelte es sich um Schmierereien, wobei vier Vorfäl-



**Grafik 12:** Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle in Hessen 2025.

le gezielte Sachbeschädigungen z.B. von Gedenkortern darstellen. 26 Vorfälle und damit fast 31 Prozent der Vorfälle, die einem rechtsextremen politischen Hintergrund zugeordnet werden konnten, ereigneten sich an Bildungseinrichtungen.

RIAS Hessen erfasst einen islamischen oder islamistischen Hintergrund, wenn Vorfälle sich antisemitisch und zugleich positiv auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken beziehen und kein anderer politischer Hintergrund dominiert. Auch bei Vorfällen, die diesem Hintergrund klar zugeordnet werden konnten, fällt die verhältnismäßig hohe Anzahl an Versammlungen auf. Insgesamt wurden 26 Vorfälle diesem Hintergrund zugeordnet; davon stellten drei Bedrohungen dar und 13 Versammlungen.

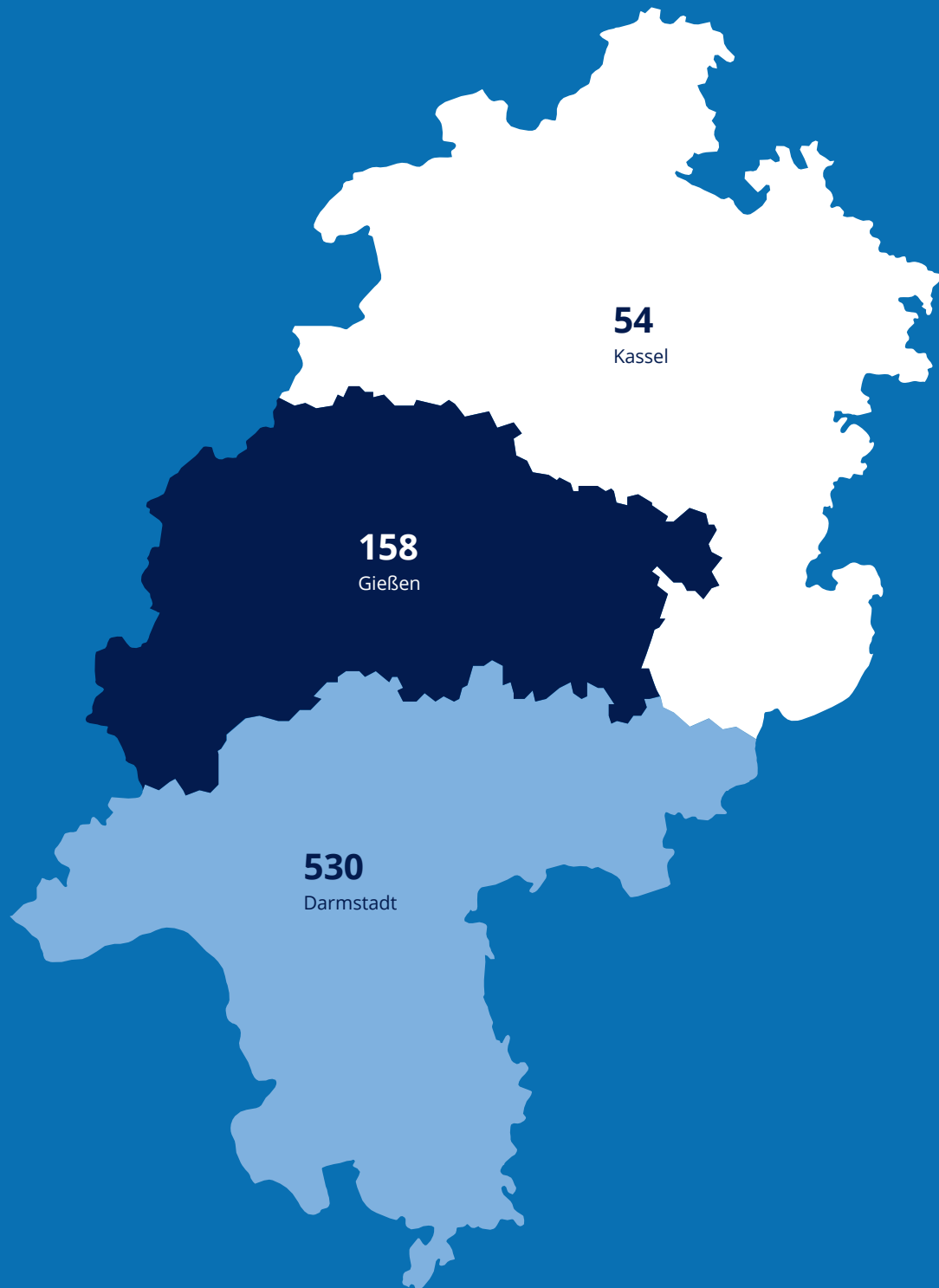
RIAS Hessen ordnete für 2025 24 Vorfälle einem verschwörungsideologischen Hintergrund zu. Nach wie vor finden in Hessen regelmäßig Versammlungen dieses Milieus statt. Antisemitische Vorfälle auf solchen Veranstaltungen wurden RIAS Hessen bei 17 Versammlungen bekannt.

Dem politisch-weltanschaulichen Hintergrund der politischen Mitte ordnete RIAS Hessen 2025 insgesamt 45 Vorfälle zu. Eine solche Zuordnung findet statt, wenn Personen, die sich antise-

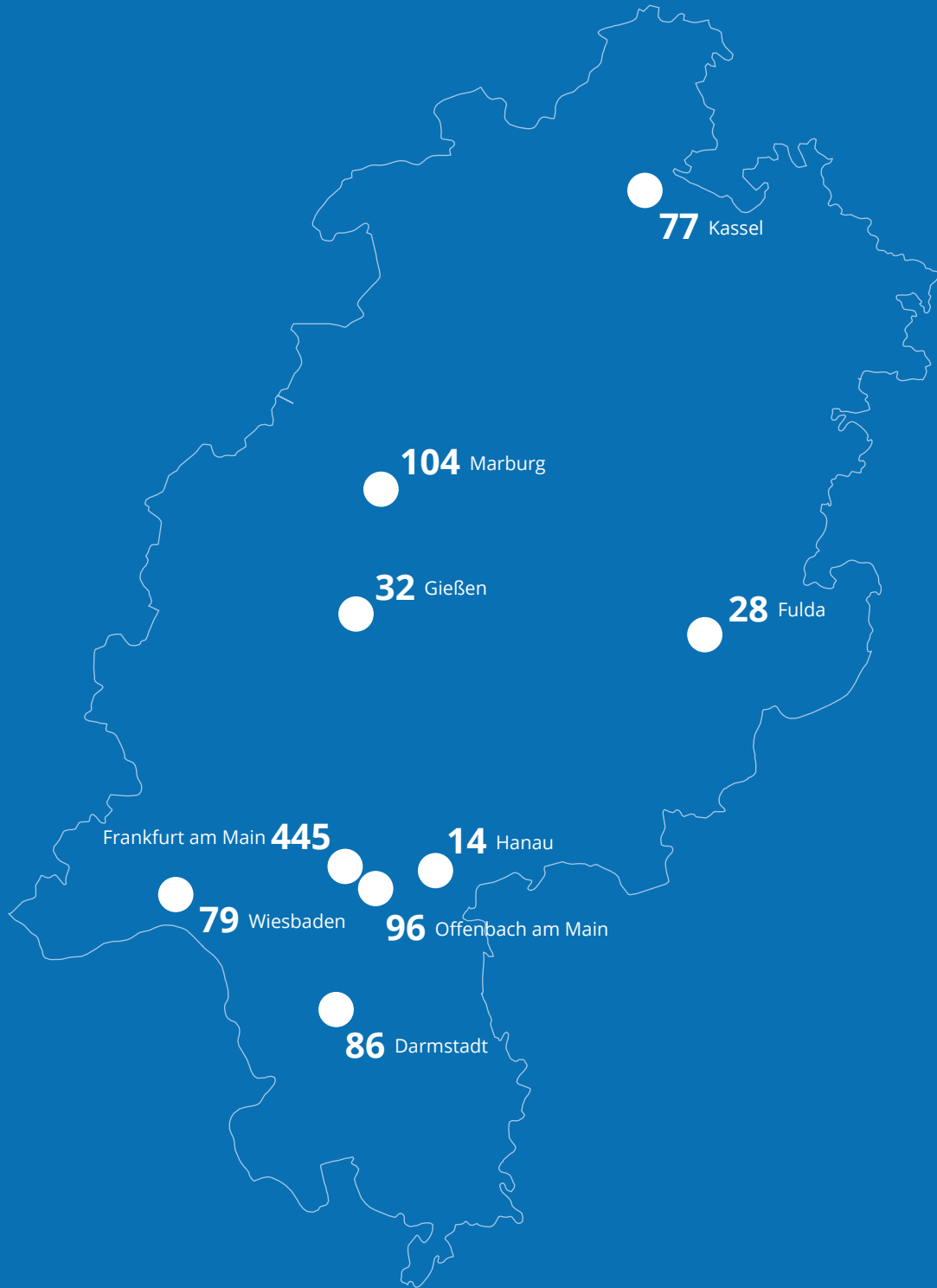
mitisch äußern, explizit für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Weitere zwei Vorfälle konnten dem christlichen/christlich-fundamentalistischen Hintergrund zugeordnet werden.

Es kann weiterhin von einer höheren Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle ausgegangen werden. Diese Vorfälle können nur dokumentiert werden, wenn sie an RIAS Hessen gemeldet werden, wofür die Bekanntheit von RIAS Hessen entscheidend ist. Zugleich berichten Personen davon, dass aufgrund der Häufigkeit von antisemitischen Vorfällen das Melden jedes Vorfalls nicht mehr geleistet werden kann und nur noch „besonders einschneidende“ Vorfälle an RIAS Hessen gemeldet werden.



Grafik 13 & 14: Karten mit den Vorfallszahlen 2025 in den Regierungsbezirken und in ausgewählten Städten Hessens.



# Ein Blick ins Jahr 2025

Ein Kommentar von Dani Kranz

Der Bundesverband RIAS e.V. wurde im Herbst 2018 gegründet. Seitdem können über die Webseite <https://report-antisemitism.de> antisemitische Vorfälle bei RIAS online und damit sehr niedrigschwellig gemeldet werden; der Meldemechanismus steht auf Deutsch, Englisch und Russisch zur Verfügung. Somit gibt es seither eine Stelle, die es ermöglicht, das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle bundesweit zu kartieren und Betroffene zugleich fragt, ob sie weitere Beratung benötigen.

Gemeldet werden Vorfälle, die Menschen als antisemitisch erleben. Dies stellt einen Unterschied zur Einstellungsforschung dar, die über Fragenkataloge antisemitische Einstellungen empirisch erhebt und damit ein anderes Feld erschließt: Jemand, der antisemitische Einstellungen hegt, kann antisemitisch handeln, muss es aber nicht. Über das Erleben von Antisemitismus im Alltag kann die Einstellungsforschung keine Aussagen treffen; sie weist auf Einstellungen hin und kann – sofern sie regelmäßig erhoben wird – Trends in diesen Einstellungen abbilden.

Ein weiteres Forschungsfeld erschließt das Erleben von Antisemitismus bei Juden als lebensweltliches Phänomen, als konstante, gewaltvolle Struktur, die sie dauerhaft trifft und nicht nur in Form von Extremgewalt. Die erste Veröffentlichung, die dieses jüdische Erleben systematisch aufgreift, erschien erst ein Jahr vor der Gründung von RIAS (Zick et al. 2017). Im selben Jahr wurde der Dokumentarfilm „Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“ ausgestrahlt – und zwar über bild.de, da die Sender, die ihn in Auftrag gegeben hatten, ihn mit dem Verweis auf angebliche Qualitätsmängel nicht senden wollten. Nachdem der Film die Öffentlichkeit dennoch erreicht hatte, wurde er – verspätet – doch noch in der ARD ausgestrahlt, allerdings gefolgt von einer Diskussion in der Talkshow „Maischberger“. Antisemitismus, so schien es, konnte nicht als Tatsache, als empirische Realität und als lebensweltlich für Juden angenommen werden. In der Talkrunde durfte ein „israelkritischer“ Jude nicht fehlen – man mag dies als Multiperspektivität sehen oder auch als Abwehrmechanismus, denn der Film konfrontierte, unumwunden, Europäer aller Couleur mit einem Antisemitismus, der nicht nur an den Rändern ihrer Gesellschaften existiert, sondern auch in der Mitte Zuspruch findet und unter Christen wie unter Musli-

men vorhanden ist. Es wurden alle antisemitischen Erscheinungsformen deutlich. Ebenso zeigte sich, welche gesellschaftlichen Akteure dazu beitragen, den Hass gegen Juden in Europa eben nicht zu durchbrechen. Weder für empirische Forscher – stellvertretend sei hier Monika Schwarz-Friesel genannt – noch für Juden selbst brachte der Film neue Erkenntnisse über Antisemitismus in Europa. Er lieferte – oder eher: bestätigte – wie ausgeprägt die Abwehrhaltungen sind, Antisemitismus zu erkennen, zu benennen und zu bekämpfen.

Somit konterkarierten empirische Erhebungen und der Dokumentarfilm die Vorstellung, dass das, was nicht sein durfte, tatsächlich nicht existiere. Vielmehr zeigte sich, dass Antisemitismus fort dauerte, auch nach 1945. Gerade politische Akteure wurden nie müde zu betonen, dass es keinen Platz für Antisemitismus geben dürfe und dass jüdische Präsenz in Deutschland ein Geschenk sei. Ein Geschenk, wohlgemerkt, das dem Beschenkten wohl nicht unbedingt zusagte und das zudem vom Umtausch ausgeschlossen war, zumal die Weiterexistenz von Juden in Deutschland von den USA an die „Wiedergutwerdung“ des neuen (West-)Deutschlands gekoppelt wurde. An dieser Stelle muss allerdings auch bemerkt werden – auch das weist die Einstellungsforschung nach –, dass nicht alle Befragten in repräsentativen Umfragen antisemitische Einstellungen hegten.

Die Erfassung und Erforschung sagt indes einiges darüber aus, wie Antisemitismus nach 1945 in der Wissenschaft Konzeptualisiert wurde, aber auch, welche Leerstellen in der Forschung selbst existierten: Antisemitismus blieb lange auf Geschichte, Einstellungen und Extremgewalt beschränkt. Antisemitismus wurde jedoch kaum als etwas wahrgenommen, das Juden permanent begleitet, und auch nicht als etwas, das Menschen – Juden wie Nichtjuden – in ihrem Alltag als verletzend, verstörend, verängstigend und erniedrigend erleben und das ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nachhaltig negativ beeinflusst, wenn nicht einschränkt.

85 Prozent aller Juden, die im Deutschen Reich überlebt hatten, hatten durch „Mischehen“ überlebt, stellt der Historiker Maximilian Strnad (2015) fest. Wie jedoch diese Juden und ihre nichtjüdischen Ehepartner sowie ihre Kinder die Zeit danach

erlebten, ist bis heute kaum erforscht. Die sozialwissenschaftliche Studie von Sonja Grabowski (2012) untersucht dieses Feld und stellt eine lebenslange, schmerzhaft zerrissene bei den sogenannten „Mischlingen“ fest. Antisemitismus hinterlässt tiefe Spuren, die lebensweltliche Folgen haben und Individuen nachhaltig prägen.

Gerade wegen dieses lebensweltlichen Erlebens und individuellen Wahrnehmens wird die Art der Vorfälle kategorisiert, die über die Webseite bei RIAS eingehen. RIAS folgt der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA und verwendet ein entsprechendes Kategoriensystem. Folglich wird zwar jede Meldung angenommen und ernst genommen, aber nicht jede Meldung stellt einen antisemitischen Vorfall dar, der durch die IHRA abgedeckt ist. So ist – auch wenn dies von Kritikern der IHRA immer wieder bezweifelt wird – Kritik, die sich gegen den Staat Israel richtet und mit Kritik an anderen Staaten vergleichbar ist, nicht antisemitisch und sie findet keinen Eingang in das Vorfallesgeschehen, das RIAS aufzeichnet. Das Kategoriensystem sowie die Jahresberichte sind online einsehbar und abrufbar. RIAS arbeitet transparent.

Dennoch nehmen die Angriffe auf RIAS zu – und dies nicht nur von extremistischer Seite. Zweifel an der Redlichkeit der Kategorisierung kommen auch aus der Wissenschaft. So hörte ich von einem Kollegen in einem Gespräch, dass er „Free Gaza“ nicht als Antisemitismus lese, RIAS dies jedoch so kategorisiere. Dies stimmt in der Tat nicht: „Free Gaza“ erfüllt nicht das Kriterium eines antisemitischen Vorfalls, was wiederum nicht bedeutet, dass Menschen – Juden wie Nichtjuden – es nicht als antisemitisch lesen können.

Auch, so erklärte er mir weiter, führe die IHRA dazu, dass sich Kolleginnen und Kollegen zensierten oder dass sich Kolleginnen aus dem Globalen Süden, die noch kein Tenure hätten, nicht mehr wohlfühlten. Da ich in dem Gespräch primär zuhörte, weil mich die Aussagen überraschten – mitunter überanrannten –, habe ich nicht nachgefragt, was es mit den Kolleginnen aus dem Globalen Süden auf sich habe und warum Geschlecht in diesem Zusammenhang relevant sei. Dies bedaure ich, da ich eine Zwangskollektivierung von Menschen aus dem Globalen Süden ebenso ablehne wie von Menschen aus dem Globalen Norden.

Ebenso habe ich leider nicht gefragt, in welchem Fachbereich diese Kolleginnen verortet sind, zumal manche Fachbereiche stärker von Aktivismus und potenziell problematischen Einstellungen und Handlungen betroffen sind als andere, wie die

Flaggenstudie der Sozialwissenschaftler Mark Lutter, Naomi Pech und Marc Grimm (2025) darlegte. Sie hatten verschiedene Nationalflaggen sowie die Regenbogenflagge an schwarzen Brettern in Hochschulen aufgehängt. Dabei fiel auf, dass die israelische Flagge die geringste Chance hatte, 14 Tage unbeschadet zu überstehen, während die palästinensische Flagge bessere Chancen hatte und die Regenbogenflagge am seltensten entstellt oder entfernt wurde. Zudem stellten die drei fest, dass es Unterschiede zwischen Fachbereichen gab: Gerade die israelische Flagge wurde am häufigsten in Gebäudeteilen entfernt oder entstellt, in denen sich die Geistes- und Sozialwissenschaften befinden.

Meine Reflexionen basieren auf ethnographischen Beobachtungen in wissenschaftlichen Zusammenhängen, aber auch darüber hinaus. Ich selbst bin Anthropologin und beobachte meine Umgebung entsprechend. Die Wissenschaft im weitesten Sinne – also Universitäten, Hochschulen, Konferenzen und wissenschaftliche Institutionen – ist eine Umgebung, mit der ich bestens vertraut bin. In dieser Umgebung gibt es immer viel zu entdecken, und damit meine ich nicht nur neue Bücher in der Bibliothek: Die Wissenschaft ist ein lebendes Biotop.

Wissenschaftliche Zusammenhänge sind keineswegs antisemitismusfreie Zonen – leider –, und mitunter immer noch zu meinem Erschrecken. Aus meinen Feldforschungsnotizen geht hervor, dass Antisemitismus in der Wissenschaft nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 existiert, sondern bereits zuvor präsent war. Ebenso lässt sich beobachten, dass mitunter eine Verweigerungshaltung besteht, sich mit lebensweltlichem Antisemitismus auseinanderzusetzen, den Juden in dieser Umgebung erleben – oder diesen überhaupt zu erkennen. Wie oben erwähnt: Die Reaktionen auf die Doku „Auserwählt und ausgegrenzt“ (2017) sind aussagekräftig.

Ich gehe spezifisch auf den wissenschaftlichen Raum ein, da wissenschaftliche Institutionen und Strukturen Legitimationszonen darstellen: Sie beeinflussen Diskurse, setzen Deutungen und besitzen Strahlkraft, Normalität zu definieren. Das kann man TikTok-Influencern wohl kaum zusprechen, auch wenn diese eine größere Reichweite haben. Das soll nicht heißen, dass TikTok und andere soziale Medien keinen Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse haben; sie verfügen jedoch nicht über das Legitimationsvermögen wissenschaftlicher Institutionen und Wissenschaftler. Influencer haben keine Berufsvereinigungen und fungieren in der Regel auch nicht als Politikberater – wenngleich spezifische, anti-intellektuelle und anti-wissenschaftliche Regierungen ihnen offenbar zunehmend offen

gegenüberstehen. In Deutschland ist dies bislang jedoch weniger der Fall.

Nicht umsonst sind Professoren staatliche Akteure, und Forschung und Lehre werden durch das Grundgesetz geschützt. Wissenschaftliche Akteure – nicht nur Professoren – haben Funktionen, die Influencer nicht besitzen. Das Infragestellen der Redlichkeit der RIAS-Daten sowie die fixe Idee, dass die IHRA „den Mund verbiete“, entfalten daher eine andere Wirkung, wenn diese Aussagen von Akteuren kommen, die als legitim wahrgenommen werden.

Die Delegitimierung von RIAS aus der Wissenschaft heraus führt zur Relativierung von Antisemitismus, der eben weder ein Randphänomen extremistischer Gruppierungen ist noch lediglich eine Einstellung unter „ewig Gestrigen“ oder radikalisierten, jugendlichen Social-Media-Nutzern. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, eine Tiefenstruktur, die als Brückenideologie funktioniert wie kaum eine andere Ausprägung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

So wäre es fatal, die stark gestiegenen Vorfälle lediglich auf die höhere Bekanntheit und damit größere Durchdringung von RIAS und die daraus resultierende höhere Wahrscheinlichkeit von Meldungen zurückzuführen. Ebenso fatal wäre es, Antisemitismus – in Hochschulen, auf der Straße, in Kulturinstitutionen, im Fußballstadion und in der Gesellschaft insgesamt – ausschließlich auf den 7. Oktober 2023 und seine Folgen zu fokussieren. Der Schwarze Schabbat hat vielmehr eine Möglichkeitsstruktur geschaffen. Bemerkenswert ist hierbei, dass diese Möglichkeitsstruktur bereits am 7. Oktober 2023, also ohne Zeitverzögerung, eintrat. Die Soziologen Heiko Beyer und Bjarne Goldkuhle (2024) arbeiteten heraus, dass der Nahostkonflikt eine Möglichkeitsstruktur darstellt, antisemitische Einstellungen – gefiltert durch das Chiffre Israel – bei einem Aufflammen des Konflikts auszudrücken. Dieses Phänomen haben auch andere Sozialwissenschaftler identifiziert.

Historische Forschung zeigt zudem, dass antijüdische Gewalt – Pogrome – sich häufig von Ort zu Ort ausbreitete, sodass ein Pogrom weitere Pogrome nach sich zog. Ein bekanntes Beispiel sind die Hep-Hep-Krawalle des Jahres 1819, die sich von Würzburg nach Frankfurt und von dort weiter bis nach Hamburg, Kopenhagen und Danzig ausbreiteten. Bemerkenswert, aber nicht überraschend, ist, dass sich diese Gewalt mit der Zeit von Süden nach Norden und Osten bewegte.

Am und nach dem 7. Oktober 2023 war dies anders. Begüns-

tigt durch soziale Medien und direktes Livestreaming – die Hamas und andere Terroristen filmten und übertrugen ihre Verbrechen live – wurden die Gräueltaten, die in Südisrael verübt wurden, ohne Zeitverzögerung global zugänglich. Das bedeutet, dass die Chance, die historische jüdische Gemeinschaften teilweise hatten – nämlich eine zeitliche Distanz zur Gewalt –, den heutigen Juden verwehrt blieb. Sie waren unmittelbar betroffen: sowohl durch den medialen Horror als auch durch die Reaktionen ihrer unmittelbaren Umgebung, die ebenfalls ohne zeitliche Verzögerung einsetzten.

Empathielosigkeit und Entsolidarisierung wurden in der inzwischen wachsenden Zahl von Studien durchweg belegt. Hinzu kamen antiisraelisches Gerede und Proteste gegen einen potentiellen militärischen Einsatz der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen. Juden sollten – so schien es – Opfer sein und Opfer bleiben. Metaphorisch zeigte sich dies darin, dass wehrhafte Juden, in Form von Israelis und insbesondere israelischen Soldaten, offenbar starke Trigger darstellten. Sie wurden im Idiom des antiisraelischen Siedlerkolonialismus- und Apartheidsdiskurses als „weißgemachte Unterdrückte“ dargestellt. Dieses Begriffspaar wurde rasch um den Kampfbegriff „Genozid“ erweitert, den Israel angeblich im Gazastreifen begehe, nachdem die IDF militärisch gegen die Hamas vorging.

Dieses Begriffstriumvirat war nicht nur bei Straßenprotesten zu hören und in sozialen sowie anderen Medien zu lesen; auch die pro-palästinensischen Camps an Universitäten, die die Soziologin Karin Stögner als „antiisraelische Volksfeste“ charakterisierte, trugen zur gesamtgesellschaftlichen Stimmung bei. Sie trugen dazu bei, dass Antisemitismus im Allgemeinen und israelbezogener Antisemitismus im Besonderen normalisiert wurden.

Diese Normalisierung wurde dadurch erleichtert, dass faktenbasiertes Wissen über lebende Juden allgemein sowie über Israel und Israelis im Besonderen gering ist. Ideologie und Emotion füllten dort auf, wo Wissen sein sollte. Da das Wissensangebot über lebende Juden, über Israel in Geschichte und Gegenwart sowie über Israelis an deutschen Hochschulen und Universitäten begrenzt ist – zumal es bis heute keine einzige Professur mit der Widmung jüdische Gegenwartsforschung und Israelstudien an einer deutschen Universität gibt –, konnten die antiisraelischen Camps diese Wissenslücke teilweise füllen.

Die Konstanzer Soziologen Thomas Hinz, Anna Marczuk und Frank Multrus (2025) konnten nachweisen, dass unter Studie-

renden das Anzweifeln des Existenzrechts Israels von 25 Prozent im Jahr 2024 auf 43 Prozent im Jahr 2025 anstieg. Studierende, die die Autoren zuvor als weniger antisemitisch und weniger israelfeindlich als die Gesamtbevölkerung charakterisiert hatten, näherten sich damit deutlich der Gesamtbevölkerung an. Es gibt also – wie die drei sowie auch der Soziologe und Historiker Günther Jikeli und der Antisemitismusforscher Daniel Miehl (2025) für die USA feststellten – einen Zusammenhang zwischen pro-palästinensischen beziehungsweise antiisraelischen Camps und der negativen Wahrnehmung beziehungsweise dem Anzweifeln des Existenzrechts des Staates Israel. Gerade an Universitäten und Hochschulen ist Antisemitismus mit Israelbezug verbreitet, da er an linken Antisemitismus und seine besondere Fokussierung auf Globalisierung, Kapitalismus und Imperialismus anschlussfähig ist, während moderner Antisemitismus und religiösmotivierter Antijudaismus viel weniger Zustimmung finden.

Wie dem auch sei, es begann eine Enthemmung, die weiterhin anhält, wie die Vorfälle dieses Jahresberichts für das Bundesland Hessen zeigen. Antisemitismus – mit und ohne Israelbezug – wird zunehmend sichtbar und hörbar, wobei Antisemitismus mit Israelbezug die dominierende Form darstellt. Die drei Konstanzer Soziologen Hinz, Marczuk und Multrus befürchten indes, dass israelbezogener Antisemitismus weiter zunehmen wird.

Hier bietet sich eine Parallele zur historischen antijüdischen Gewalt an: Auch ein modernes, gegenwärtiges Pogrom erzeugt weitere Gewalt – allerdings nun in Echtzeit und ohne zeitliche Verzögerung. Antisemitismus ist dadurch noch gefährlicher geworden; das Stresserleben der jüdischen Bevölkerung ist weiter gestiegen.

Die Fragen, die sich nun stellen, betreffen nicht nur Juden – mit oder ohne israelische Staatsbürgerschaft – in Deutschland, die zu direkten Feindbildern geworden sind. Sie betreffen auch die Gesamtgesellschaft und werfen die Frage auf, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und welchen Minimalkonsens wir für den Umgang miteinander finden können – und wie.

Von den 1099 antisemitischen Vorfällen im Bundesland Hessen, die in die Statistik eingegangen sind, fanden 190 in Schulen und Hochschulen statt. Dies ist ein Zustand, den die Jüdische Studierendenunion Deutschlands (JSUD) in ihrem Forderungskatalog gegen Antisemitismus an Hochschulen (2025) nachdrücklich kritisiert und mit klaren Forderungen verbunden hat.

Jüdische Schüler verfügen über keine vergleichbare Union. Wie jüdische Kinder Schule erleben, lässt sich jedoch aus der Schulforschung erschließen: Die Daten und Analysen von Julia Bernstein sowie von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai belegen seit Jahren einen alarmierenden Zustand. Dass sich dieser in Universitäten und Hochschulen fortsetzt, ist daher nicht überraschend, weist jedoch darauf hin, dass Antisemitismus in Schulen offenbar nicht mit dem notwendigen Nachdruck bekämpft wird.

Ein weiteres Merkmal der Enthemmung ist der Antisemitismus im öffentlichen Raum. Mit über 500 Vorfällen sticht er besonders hervor. Es herrscht ein antisemitisches Klima im öffentlichen Raum, denn auch Grünanlagen und der öffentliche Personennahverkehr sind betroffen. Sich entspannt im Park zu sonnen scheint mitunter ein öffentliches Gut zu sein, das nicht mehr allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist. Ebenso kann der Genuss von Kunst und Kultur für manche ins Gegenteil umschlagen, wobei Diskussionen über antiisraelischen Antisemitismus im Kunst- und Kultursektor bereits lange vor dem 7. Oktober 2023 geführt wurden.

Der Schwarze Schabbat hat allerdings nur teilweise dazu geführt, dass sich Kunst- und Kulturbetrieb kritisch mit Antisemitismus auseinandersetzen. Der 7. Oktober 2023 hat ihm vielmehr zusätzlichen Aufwind verliehen, wie die bitter geführten Debatten um die Berlinale der Jahre 2025 und 2026 zeigen. Gegen Israel zu sein ist Teil eines neuen Chics geworden; differenzierte Auseinandersetzungen sind es weit weniger.

Kunst und Kultur bleiben jedoch ebenso begrenzte Räume wie die Wissenschaft. Nicht alle Juden nehmen daran teil. Juden bewegen sich jedoch alle im öffentlichen Raum – auf der Straße, im Park, in ihrem Wohnumfeld. Die Verschiebung und Normalisierung von Antisemitismus in diese Sphären trägt dazu bei, dass sich Antisemitismus in Alltagssituationen ausbreitet. Vorfälle im direkten Wohnumfeld sind von 37 im Jahr 2024 auf 51 im Jahr 2025 gestiegen.

Antisemitismus ist damit allgegenwärtig, lebensweltlich und ebbt nicht ab. Es ist keine steile These anzunehmen, dass die erneute Eskalation der Kriegshandlungen im Nahen und Mittleren Osten im März 2026 zu weiteren antisemitischen Vorfällen führen wird.

Allerdings scheint dieser neue Krieg zugleich zu Schulterschlüssen zu führen, die Antisemitismus eindämmen könnten, zumal israelisch-kurdische sowie iranisch-israelische Symbolik

auf Protesten sichtbar wird. Es könnte somit zu gravierenden Machtverschiebungen im Nahen und Mittleren Osten kommen. Dass diese Auswirkungen auf Deutschland haben werden, ist zweifelsohne der Fall; offen bleibt lediglich, welche genau und ob sie sich in weniger antisemitischen Vorfällen niederschlagen werden.

Dies ist allerdings Zukunftsmusik. Dennoch sollten all jene, die Antisemitismus entgegentreten wollen, beginnen, einen zukunftsfähigen Minimalkonsens zu entwickeln. Ein weiterer Anstieg antisemitischer Vorfälle ist Juden nicht zuzumuten und zudem verheerend toxisch für die Gesamtgesellschaft.

Vielleicht sollten wir als Wissenschaftler den Anfang machen, anstatt mehr Zeit darauf zu verwenden, über Antisemitismusdefinitionen zu streiten oder, im schlimmsten Fall, Antisemitismus zu negieren und durch einseitige Veranstaltungen gar zu befeuern. Diese gibt es, wie der Friedensforscher Johannes Sosada (2025) in seiner Studie über Antisemitismus an Universitäten belegt. Stattdessen sollten wir der empirischen Realität zu begegnen und faktenbasierte, positive Entwicklungen für die Gesamtgesellschaft voranzutreiben – und Antisemitismus in all seinen Formen und auch in unseren Kreisen anerkennen und bekämpfen.



Dani Kranz © Boris Bocheinski

**Dani Kranz** ist Forschungsdirektorin des Tikvah Instituts, Berlin, Direktorin von Two Foxes Consulting, Deutschland und Israel sowie erste Vorsitzenden von Präsenzen – Netzwerk jüdische Gegenwartsforschung e. V. Sie ist im Vorstand der Association for the Social Scientific Jewry (ASSJ) und eines der Gründungsmitglieder im Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH). Ihre Expertise umfasst Migrations- und Ethnizitätsforschung, Anthropologie von Recht, Politik und Staat, intergenerationaler Tradierung, Erinnerungskultur- und politik sowie Antisemitismus und Philosemitismus und Kulturerbe.

## Quellen

- Beyer, Heiko, und Bjarne Goldkuhle. 2024. „Möglichkeitsräume für Antisemitismus? Zur Öffnung politisch-kultureller Gelegenheitsstrukturen während der Eskalationsphasen des ‚Nahostkonflikts‘.“ Politische Vierteljahresschrift 65: 691–710. <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00542-1>.
- Grabowsky, Sonja. 2012. Meine Identität ist die Zerrissenheit: „Halbjüdinnen“ und „Halbjuden“ im Nationalsozialismus. Gießen.
- Hinz, Thomas, Anna Marczuk und Frank Multrus. 2024. Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen. Working Paper Series 43. Konstanz: Universität Konstanz. <https://doi.org/10.48787/kops/352-2-tr9zst47z02p6>.
- Jikeli, Günther, und Daniel Miehling. 2025. Anti-Israel Campus Groups: Online Networks & Narratives. Bloomington, IN: Institute for the Study of Contemporary Antisemitism, Indiana University. <https://doi.org/10.17613/yb6ze-q9881>.
- JSUD (Jüdische Studierendenunion Deutschland). 2025. „Förderungskatalog gegen Antisemitismus an Hochschulen.“ <https://www.jsud.de/post/forderungskatalog-gegen-antisemitismus-an-hochschulen>.
- Lutter, Mark, Naomi Pech und Marc Grimm. 2025. „The Limits of Tolerance: A Field Experiment at a German University on Bias against the Israeli Flag.“ [https://doi.org/10.31235/osf.io/hcr4y\\_v1](https://doi.org/10.31235/osf.io/hcr4y_v1).
- Schroeder, Joachim, und Sophie Hafner. 2017. Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa. Dokumentarfilm. Deutschland: WDR/ARTE.
- Sosada, Johannes. 2025. Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland: Orte der Toleranz? Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748952886>.
- Strnad, Maximilian. 2015. „The Fortune of Survival – Intermarried German Jews in the Dying Breath of the ‘Thousand-Year Reich‘.“ Dapim: Studies on the Holocaust 29 (3): 173–196.
- Zick, Andreas, Andreas Hövermann, Silke Jensen, Julia Bernstein und Nathalie Perl. 2017. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland: Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld.

# Fokuskapitel I

## Demonstrationen und Kundgebungen

### Antisemitische Raumnahmen und Gegenstrategien

„ Erneut müssen wir die Ankündigung einer antisemitischen Hass-Demo in unserer Stadt zur Kenntnis nehmen. Und dies an einem so symbolträchtigen Gedenktag für die jüdische Gemeinschaft: Ausgerechnet am zweiten Jahrestag der Massaker vom 7. Oktober 2023 soll eine Demonstration stattfinden, die unmissverständlich deutlich macht, dass hier nicht für Frieden eingetreten wird, sondern für den Kampf gegen Israel und für die Legitimierung von Terrorismus. „

(Statement des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main K.d.ö.R., 30. September 2025)

Dieses einleitende Zitat verweist auf zentrale Punkte, die in diesem Kapitel dargestellt werden sollen. So bildeten die am 7. Oktober 2023 von der Hamas und anderen Terrororganisationen verübten Massaker in Israel und der darauffolgende Krieg weiterhin die zentrale Gelegenheitsstruktur für antisemitische Mobilisierungen in Hessen im Jahr 2025 (126 Vorfälle). Demonstrationen und Kundgebungen bilden einen großen Teil des allgemeinen Versammlungsgeschehens ab, das RIAS Hessen im Rahmen von Meldungen und einem proaktiven Monitoring bekannt und dokumentiert wird. Während Demonstrationen durch eine besondere räumliche Dynamik gekennzeichnet sind, bleiben Kundgebungen, zu denen etwa Mahnwachen und Infostände gezählt werden, stationär an einen Ort gebunden.

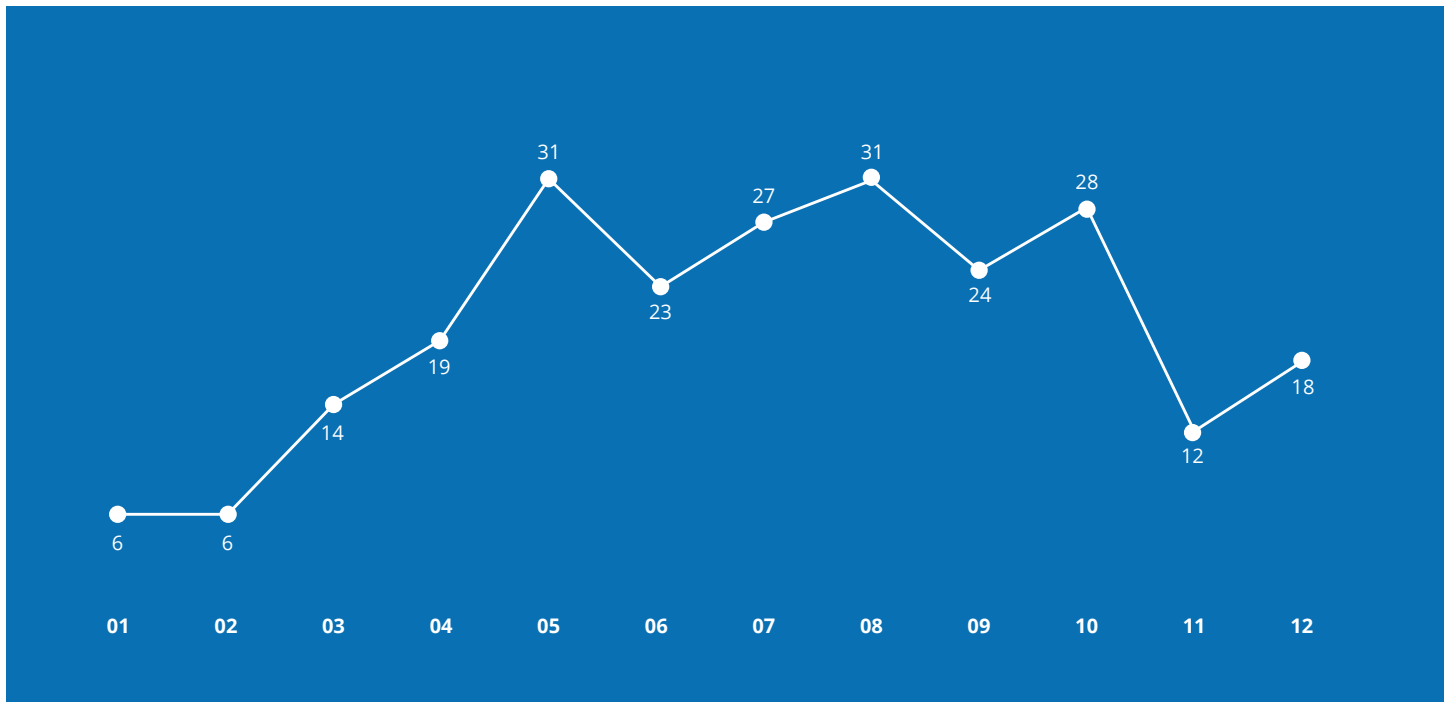
Kundgebungen und Demonstrationen lassen sich von anderen Versamlungsformen wie etwa Vorträgen, Konferenzen, Messen oder Kulturveranstaltungen unter anderem dadurch abgrenzen, dass sie von der sonstigen Öffentlichkeit nicht räumlich getrennt stattfinden. Daraus ergeben sich Besonderheiten für das Sicherheitsgefühl von Betroffenen und antisemitismuskritischen Personen im öffentlichen Raum. Es besteht theoretisch die Möglichkeit, sich dem Geschehen durch die Wahrnehmung von Ankündigungen und /oder das Ausweichen auf nicht von diesen Gruppen belegten Straßen und Plätze zu entziehen. Faktisch ist dies jedoch insbesondere bei großen Demonstrationen, bei denen auch die Zu- und Abwege zu

unübersichtlichen Lagen führen, zum Teil nur unter erheblichem Aufwand möglich. Ein solches Ausweichen unterstreicht außerdem, wie sehr diese Kundgebungen und Demonstrationen als Raumnahmen fungieren, die das Agieren potenziell Betroffener bzw. jener, die diese Anliegen eben nicht teilen, in der Öffentlichkeit einengen.

Im Rahmen der öffentlichen Meinungsbildung führt die ständige Wiederholung antisemitischer Parolen und die Verbreitung entsprechender Inhalte in Redebeiträgen und auf Transparenten sowie Schildern, nebenher aufgeklebten Stickern etc. zu einer Normalisierung von Antisemitismus.

Versammlungen werden als antisemitische Vorfälle erfasst, wenn im Aufruf zur Veranstaltung, in Redebeiträgen, auf Plakaten und Transparenten oder durch skandiierte Parolen antisemitische Inhalte verbreitet werden. Das betrifft insbesondere Demonstrationen und Kundgebungen. Versammlungen werden von RIAS jedoch stets nur als ein Vorfall gewertet, gleich, wie viele antisemitische Parolen, Transparente etc. gesichtet wurden.

Antisemitische Versammlungen nahmen in Hessen im Vergleich zu den Vorjahren erneut deutlich zu. So wurden im Jahr 2025 insgesamt 303 Versammlungen als antisemitische Vorfälle



**Grafik 1:** Das Versammlungsgeschehen in Hessen 2025 nach Monaten.

le erfasst, was einem Anstieg von etwa 45 Prozent zum Vorjahr entspricht. Dabei machen Demonstrationen und Kundgebungen mit 239 Fällen ca. 79 Prozent dieser Vorfälle aus. Hinzu kommen Vorfälle, die im Rahmen dieser Versammlungen stattfanden, jedoch aufgrund ihrer Struktur eigenständig erfasst wurden. Dazu zählen etwa Bedrohungen und Angriffe, die aus den Demonstrationen und Kundgebungen heraus stattfanden. Zehn der 27 für das Jahr 2025 erfassten Angriffe fanden im Rahmen von Versammlungsgeschehen statt.

175 der 239 als Vorfälle erfassten Demonstrationen und Kundgebungen konnten dem politischen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden, was 73, 2 Prozent entspricht. 23 Vorfälle (9, 6 Prozent) entfielen auf Proteste aus dem linken/antiimperialistischen Milieu, in 17 Fällen (7, 1 Prozent) konnte ein verschwörungsideologischer Hintergrund klar zugeordnet werden. Elf antisemitische Demonstrationen und Kundgebungen wiesen einen islamischen/islamistischen Hintergrund auf (4, 6 Prozent), in fünf Fällen (2, 1 Prozent), in denen es zu antisemitischen Vorfällen kam, handelte es sich um Versammlungen aus der politischen Mitte. Auf rechtsextreme/-populistische Mobilisierungen entfielen ebenfalls fünf Vorfälle (2, 1 Prozent).

Im Gegensatz zu den meisten anderen Vorfallsarten, lassen sich Demonstrationen und Kundgebungen fast immer einem konkreten politischen Hintergrund zuordnen, da die aufrufenden und teilnehmenden Gruppen mit ihren Logos und Eigennamen werben und auf den Versammlungen präsent sind. So lag die

Anzahl der Fälle, in denen dies nicht der Fall war, hier bei lediglich 1, 3 Prozent, während sie am Gesamtgeschehen 53 Prozent betrug. Auf Kundgebungen und Demonstrationen, die von Redebeiträgen, Transparenten, Plakaten und zur Schau gestellten Symboliken der beteiligten Gruppen oder auch nur einer Vereinigung geprägt sind, und an denen sich häufig viele Menschen beteiligen, zeigen sich regelmäßig mehrere antisemitische Erscheinungsformen miteinander verschränkt oder nebeneinander. Der israelbezogene Antisemitismus war mit 231 Zuordnungen die am häufigsten erhobene Form. 71-mal wurde Post-Shoah-Antisemitismus dokumentiert, 52-mal Antijudaismus und 35-mal moderner Antisemitismus. Zudem wurde 23-mal antisemitisches Othering verzeichnet.

Im Jahresverlauf zeigt sich ein klarer und starker Anstieg des Vorfallaufkommens im Rahmen des Demonstrationsgeschehens in den Frühjahrs- und Sommermonaten, das bis in den Oktober anhielt und anschließend wieder auf ein deutlich niedrigeres Niveau absank, wobei für den Dezember 2025 ein erneuter Anstieg verzeichnet wurde. Spitzen sind insbesondere für die Monate Mai, August und Oktober dokumentiert, in denen statistisch fast täglich eine Demonstration bzw. Kundgebung in Hessen als antisemitischer Vorfall aufgenommen wurde. Dies resultiert u.a. aus bestimmten Jahrestagen, was im Folgenden erläutert wird.

Am 25. Januar 2025 fand eine Demonstration im Rahmen des antiisraelischen Aktivismus in Frankfurt statt, die nahtlos an

das von RIAS Hessen für das Jahr 2024 gezogene Fazit einer „Radikalisierung und Normalisierung“ im verletzenden Verhalten anschloss. Über die Parolen „From the River to the Sea, Palestine will be free“ und „Huriya, huriya, Falastin Arabiya“ („Freiheit, Freiheit, Palästina ist arabisch“) wurde Israel das Existenzrecht abgesprochen. In einer weiteren Parole wurde Einigkeit gegenüber „Zionisten“ beschworen, um diese generalisierend als „Siedler, Mörder und Faschisten“ zu diffamieren. Diese delegitimierenden und dämonisierenden Narrative wurden durch einen Redebeitrag bestärkt, in dem Israel pauschal als Besatzungsmacht sowie als „moralisch verkommene, menschenverachtende – das Leben verachtende Entität, die ihre Verbrechen feiert“ bezeichnet wurde. Über den Begriff der „Entität“ wird der Staat Israel auch auf sprachlicher Ebene delegitimiert, indem die Staatlichkeit in Abrede gestellt und die Verwendung des Landnamens generell vermieden wird. Die Demonstration fungierte unter der Forderung nach einem Ende des von den organisierenden Gruppen als Genozid bezeichneten Kriegs in Gaza. Bereits wenige Tage nach den Massakern des siebten Oktobers 2023 begannen antiisraelische Akteure, den Genozidvorwurf im öffentlichen Diskurs zu implementieren. Seitdem hat sich der Vorwurf in der entsprechenden Protestszene in Hessen durchgesetzt, normalisiert und bildet die diskursive Grundlage auch für Angriffe auf das Erinnern an die Shoah, auf die noch eingegangen wird.

Ebenfalls Ende Januar 2025 fand eine Versammlung aus dem verschwörungsideologischen Milieu statt. Die Kundgebung, die in ähnlicher Form im Jahresverlauf insgesamt neun Mal in Frankfurt dokumentiert wurde, verbindet eine Romantisierung und Verkitschung indigener Geschichte („Von den Indianern lernen“) mit einer verschwörungsideologisch und antisemitisch begründeten Ablehnung der Gegenwart: „Was ist sustainable development? Die Indigenen haben Jahrtausende sustainable gelebt. Was heute von der globalen Macht als sustainable verkauft wird, ist die tiefste Sklaverei [...] Wir haben es mit einer gigantischen Manipulationsmaschine zu tun, z.B. durch gleichgeschaltete Medien [...] Die Protestbewegungen werden durch die Herrschenden gesteuert, in Kleingruppen gespalten, zielgerichtet eingeschläfert und auf Nichtigkeiten umgelenkt.“ Diese für Verschwörungsideologien und den modernen Antisemitismus typischen Vorstellungen allumfassender Macht wurden auch auf Israel projiziert, das als übermächtig und hinterhältig bezeichnet wurde. So hieß es auf derselben Kundgebung: „Seit 70 Jahren führt die stärkste und reichste Macht der westlichen Welt, angeführt von den Zionisten, einen imperialistischen Landraub durch, um greater Israel zu schaffen. [...] Sie zelebrierten in aller Öffentlichkeit den Ab-

grund ihrer Menschenverachtung in den Gräueltaten an den Palästinensern.“

Demonstrationen und Kundgebungen fanden in Hessen auch im Jahr 2025 in verschiedensten Gelegenheitsstrukturen statt und waren dementsprechend inhaltlich breit aufgestellt. Am 22. Februar 2025 gab es in Frankfurt eine Demonstration im Gedenken an die rassistischen Morde in Hanau im Jahr 2020, zu der vor allem linke und dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugerechnete Akteure aufriefen. Auf dieser Demonstration, die eigentlich dem Gedenken an die Ermordeten und der Kritik an rassistischen Strukturen der deutschen Gesellschaft vorbehalten sein sollte, wurden Parolen gerufen, die das Existenzrecht Israels negierten. In einem Redebeitrag wurde Israel als „Terrorstaat“ dämonisiert. Zudem wurde von einem Redner ein Narrativ gezeichnet, dass eine ahistorische, definitorisch und faktisch falsche Verbindung zwischen der Tat in Hanau, der Situation in Israel und Gaza sowie der Shoah herstellte: „Der Rassismus, der in Hanau und Palästina tötet, ist derselbe, der auch unsere Vorfahren auf dem Gewissen hat [...] wie wir wissen, begann es nicht am siebten Oktober. Die Besatzung ist im Rahmen einer imperialistischen Kolonisierung Westasiens entstanden.“

Neben der die einzelnen Geschehen nivellierenden Darstellung wurde Israel auch hier delegitimiert, indem es pauschal als Besatzung und koloniales Projekt beschrieben wird. Zudem wurde im Sinne einer Täter-Opfer Umkehr die Bedeutung des 7. Oktobers 2023 für den Krieg in Gaza und die Verantwortlichkeit der Hamas für eben diesen Krieg geleugnet. Schließlich wurde behauptet: „Der deutsche Staat tötet von Hanau bis an die EU-Außengrenzen und bis nach Palästina [...] Deutschland exportiert seinen Faschismus, damals und heute.“ Diese Aussage macht deutlich, wie sehr analytische Kategorien und historische Fakten absichtlich übergangen werden, um das gewünschte Bild produzieren und verbreiten zu können. Bereits im Jahr 2024 hatte es Konflikte um Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die bis heute nachwirkenden rassistischen Morde von Hanau vom 19. Februar 2020 gegeben, die auch gegen den expliziten Wunsch der Angehörigeninitiative politisch von verschiedenen Seiten instrumentalisiert wurden.<sup>1</sup>

1 <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/palaestina-aktivisten-planen-demo-zu-attentat-in-hanau-19517182.html>

Insofern knüpft dieses Demonstrationsgeschehen des Jahres 2025 an Entwicklungen an, die bereits im Jahr zuvor sichtbar wurden.

Die Raumnahmen bezüglich der Erinnerung an die Shoah beschränkten sich 2025 in Hessen nicht auf sprachliche Vereinnahmungs- und Umdeutungsversuche und die daraus resultierenden Relativierungen. Auch physische Orte des Gedenkens an z.B. deportierte Jüdinnen und Juden wurden im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen für antiisraelische Agitation genutzt.

Während einer Demonstration in Wiesbaden Ende März 2025, für die bundesweit mobilisiert wurde und die sich im Aufruf gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland richtete, verlief die Route durch die Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten Jüdinnen und Juden der Stadt. Als die Demonstration die Gedenkstätte passierte, wurde von dem Lautsprecherwagen die Parole „Free Palestine“ angestimmt und von Demonstrierenden aufgegriffen. Das war der einzig bekannte Moment, in dem diese Parole auf dieser Demonstration skandiert wurde.

Die Jüdische Gemeinde in Wiesbaden griff den Vorfall öffentlich auf und machte deutlich, weshalb dies ein Angriff auf die Erinnerung war: „Mit großer Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen, dass eine sogenannte Friedensdemonstration bewusst durch die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden – mitten durch die 1938 zerstörte Synagoge – geführt wurde. Dass dabei über Lautsprecher ‚Free Palestine‘ gerufen wurde, ist nicht nur eine Missachtung des Gedenkens an die Opfer der Shoah, sondern auch eine gezielte Provokation gegenüber der jüdischen Gemeinschaft. Es ist an Perversion kaum zu überbieten, in einer Gedenkstätte für ermordete Jüdinnen und Juden eine Parole zu rufen, die den einzigen jüdischen Staat delegitimieren soll, in dem viele Überlebende der Shoah – nicht zuletzt auch aus Wiesbaden – Zuflucht gefunden

haben. Die Lehre aus der Shoah ist nicht Pazifismus um jeden Preis, sondern dass Wehrhaftigkeit überlebensnotwendig ist.“<sup>2</sup>

Auch islamistische Akteure organisierten im Jahr 2025 Demonstrationen, auf denen es antisemitische Vorfälle gab. Beispielfähig kann hier auf den sogenannten Al-Quds Tag verwiesen werden, der seit Jahren in der Kritik steht und am 29. März 2025 in Frankfurt am Main unter dem Titel „Stoppt die Massaker an unschuldigen Menschen! Großdemo für Gaza, Libanon und Alawiten in Syrien“ stattfand. Die vom iranischen Regime propagierten Demonstrationen, die weltweit organisiert werden, zielen in ihrer gesamten Ausrichtung gegen das Existenzrecht Israels, indem bereits der Titel die Forderung einer „Befreiung Jerusalems“ beinhaltet. Auf der Demonstration in Frankfurt wurden Israel delegitimierende und dämonisierende Parolen skandiert. Die Stadt Frankfurt hatte im Vorfeld versucht, die Demonstration behördlich zu verhindern, scheiterte mit diesem Vorhaben jedoch an einem Beschluss des zuständigen Verwaltungsgerichts.<sup>3</sup>

Die für den Mai 2025 verzeichnete Spitze im Vorfallesgeschehen, das im Zusammenhang mit Demonstrationen und Kundgebungen stattfand, erklärt sich zum Teil aus Versammlungen, die jährlich rund um das Datum der Staatsgründung Israels herum organisiert werden. So wurde eine Versammlung am 15. Mai 2025, die sich positiv auf die Staatsgründung Israels bezog, zum Ziel antiisraelischer und antisemitischer Agitationen. In einem Redebeitrag hieß es: „Heute ist etwas in Frankfurt, was wir nicht ertragen können, nämlich, dass alle Kriegsverbrecher und Genozidbefürworter und Ziofaschisten sich [...] versammeln und unsere Stadt unsicher machen [...] Wir wollen nicht, dass unsere Straßen von diesen schrecklichen faschistischen Organisationen sowie zionistischen Organisationen benutzt werden [...] Die, die anerkannt waren als Terrorgruppen, waren die, die erst einmal einen riesengroßen Massenmord begehen mussten, damit dieser sogenannte Staat in die Welt kommen konnte.“ Hier wurde das Existenzrecht Israels geleugnet und der Begriff des Faschismus als Chiffre für das politische Übel zur Dämonisierung des Zionismus missbraucht und Faschismus wie er bspw. in Italien herrschte, damit zugleich sogar relativiert. Der Redebeitrag machte zudem deutlich, dass die Organisationen, die zu diesem „Gegenprotest“ einberufen hatten, die öffentliche Sichtbarkeit einer jüdischen und israelsolidarischen Position „nicht ertragen können“, was sich auch in Bezug auf das Gedenken an die Ermordeten und als Geiseln verschleppten vom 7. Oktober 2023 zeigte. Als deren Namen im Rahmen der solchermaßen angefeindeten Kundgebung verlesen wurden, störte der antiisraeli-

2 <https://www.instagram.com/p/DH3pSCds-Z7/>

3 <https://www.hessenschau.de/panorama/verwaltungsgericht-frankfurt—al-quds-marsch-darf-stattfinden-v2,kurz-versammlung-102.html>



17. Mai 2025 „Nakba-Tag“ Wiesbaden © EmWe

sche Gegenprotest dies sehr laut durch das Skandieren von Parolen wie „Palästina ist arabisch, Palästina bleibt arabisch“ und „From the River to the Sea, Palestine will be free.“ Während die Gegenkundgebung darauf abzielte, israelsolidarische Positionen im öffentlichen Raum unsichtbar und unhörbar zu machen und eine Erinnerung an die Toten des 7. Oktober 2023 mit der eigenen Propaganda zu überschreiben, fanden in mehreren hessischen Städten im selben Zeitraum Demonstrationen und Kundgebungen zum sogenannten Nakba-Tag statt.

Am 17. Mai 2025 wurde auf einer solchen Demonstration in Wiesbaden die antisemitische Parole „Kindermörder Israel“ skandiert, die die antijudaistische Ritualmordlegende auf den israelischen Staat projiziert. Über mitgeführte Plakate wurde die Shoah relativiert. In einem Redebeitrag wurde außerdem der Terror gegen Israel als „Widerstand“ gefeiert. Am Rand der Demonstration wurde eine Person, die sich argumentativ gegen die Parolen wandte, mehrere Male aus einer kleinen Gruppe junger Männer heraus antisemitisch als „Scheiß-Jude“ beschimpft.

Der Großteil der Vorfälle auf Demonstrationen und Kundgebungen, die einem rechtsextremen/-populistischen politischen Hintergrund zugeordnet werden konnten, ereigneten sich im Rahmen einer von einer rechtsextremen Partei und ihrer Jugendorganisation organisierten Kampagne gegen die Demonstrationen anlässlich des Christopher Street Days (CSD) des Jahres 2025.

**HEIMAT FAMILIE**  
**& NATION**  
**STATT CSD!**

**23.08.2025**  
**13:00 Uhr in Friedberg/ Hessen**

Sommer 2025: Rechtsextremer Protest gegen den CSD

Das Motto der Gegnerschaft lautete: „Heimat, Familie & Nation statt CSD!“ In der dazu veröffentlichten Grafik waren die Worte „Heimat, Familie & Nation“ in den Farben der Flagge Deutschlands koloriert, wohingegen der Begriff CSD in vermeintlich hebräisch anmutenden Buchstaben und in den Regenbogenfarben eingefärbt worden war. Die Verwendung angeblich hebräisch aussehender Buchstaben gab es auch in der Zeit des Nationalsozialismus, bspw. auf dem „Judenstern“ im Deutschen Reich ab September 1941. In der Grafik verschränkten sich antisemitisches Othering und LGBTQ+-feindliche Stereotype, indem der CSD bildlich von der vermeintlichen Normalität aus „Heimat, Familie und Nation“ ausgegrenzt wird.

Das der Grafik zugrundeliegende, verschwörungsideologische Weltbild wurde in einem Redebeitrag auf einer der Demonstrationen im Juli 2025 ausformuliert: „Diese Ideologie ist auch kein Zufall, sondern sie ist das Ergebnis des Marsches zerstörerischer Kräfte durch die Institutionen dieser Bundesrepublik Deutschland [...] In Deutschland geht die kranke Ideologie oder die Ansätze dafür auf die sogenannte Frankfurter Schule, eine neomarxistische Denkrichtung, zurück. Hervorgehoben oder hervorgebracht von solchen Denkern in Führungsstichen wie Herbert Marcuse oder Max Horkheimer oder dem schönen Namen Theodor Wiesengrund Adorno. Das sind so diese Gesellschaftszerersetzer, deren einziges Ziel es war, alle gewachsenen Strukturen zu zerstören, zu dekonstruieren.“ Die phonetische, sarkastische Hervorhebung des bis zum Exil getragenen Nachnamens väterlicherseits von Theodor W. Adorno in der Rede diente als antisemitische Dogwhistle, die dem Publikum unter Vermeidung eines direkten Bezuges auf Jüdinnen und Juden klar machen sollte, gegen wen sich das Gesagte im Kern richtete.

Vom 14. bis zum 26. August 2025 fand im Grüneburgpark in Frankfurt, das vierte „System Change Camp“ statt. Das Camp, das bis zuletzt durch die Stadt geduldet wurde, bot auf einer zentralen Fläche des Parks Platz für rund 1000 Teilnehmende. Neben Info- und Awarenesszelten, wurden 15 Programmzelte aufgebaut. Ziel des Camps war es, nach Eigenaussage, einen

Raum für Vernetzung, Weiterbildung, strategische Diskussionen und ein kulturelles Programm zu schaffen. So entstand eine Zeltstadt im historisch sensiblen Park, der im Eigentum der jüdischen Familie Rothschild gewesen war und nach 1933 nach und nach durch die Stadt „arisiert“ wurde.

Das Camp verstand sich als antikapitalistisch, antikolonial, antiautoritär, antiableistisch und antipatriarchal. In einem Statement wurde sich auch zum Krieg in Gaza positioniert: „Wir wünschen uns, dass das Camp auch ein Raum für die Solidarität mit Palästinenser\*innen sein kann und verurteilen die Kriminalisierung der Palästina-solidarischen Bewegung in Deutschland. Für uns ist klar, dass ein Ende des aktuellen Völkermords nur ein Anfang sein kann und nicht das Unrecht der schon lange andauernden und immer wieder tödlichen Besatzung, Vertreibung und Diskriminierung beendet, der Palästinenser\*innen ausgesetzt sind.“<sup>4</sup> Täglich kamen bis zu 1500 Personen im Camp zusammen. Antiimperialistische Zelte waren mit Transparenten wie „No Climate Justice on Occupied Land“ behangen und es fanden insgesamt 12 Veranstaltungen statt, die sich dezidiert mit Palästina, dem Krieg in Gaza etc. beschäftigten. Dort wurden u.a. die Massaker vom 7. Oktober 2023 als „Widerstand gegen Unterdrückung“ bezeichnet und ein „Rückkehrrecht zwischen Fluss und Meer“ gefordert.

Die im Rahmen der Vorfälle, die am Rand des Camps stattfanden, relevante Frage nach dem Zeigen von Nationalflaggen wurde innerhalb des Camps dahingehend aufgelöst, dass diese ein „Symbol des antikolonialen Widerstandes“ sein könnten, wodurch jedoch das Zeigen der palästinensischen Flagge gerechtfertigt wurde. Am 17. August 2025 brachte eine jüdische bzw. israelsolidarische Gruppe Plakate mit den Gesichtern deutsch-israelischer Geiseln an einem Bauzaun an, der durch die Ordnungsbehörden rund um das Camp errichtet worden war und der weder zum Camp gehörte noch in dessen Gelände positioniert war. Auf den Plakaten war die deutsche und die israelische Flagge abgebildet, was als Vorwand genommen wurde, diese Plakate in der Nacht zum 18. August herunterzureißen, weil Nationalflaggen nicht geduldet würden. Am 21. August 2025 wiederholte sich dieses Vorgehen, wobei Teilnehmende des Camps die Plakate bereits abrisen, während diese angebracht wurden und eine Medienvertreterin bedrängten, die über die Aktion berichtete. Am 22. August fand sich erneut eine Gruppe ein, um neue Geisel-Plakate am Bauzaun zu befestigen. Sie bestand aus Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde aus Frankfurt und israelischen Gästen und wurde von teils vermummten Teilnehmenden des Camps aggressiv bedrängt und behindert, sowie antisemitisch als „Kin-

4 <https://www.system-change-camp.org/camp-leben/rote-linien-der-camporga/>

5 <https://www.instagram.com/p/DNy3VfaXvL5/>



Frankfurt am Main, 30. August 2025 © EmWe

dermörder“ beschimpft. Zudem kam es zu einem Angriff mit Farbe, den der direkt Betroffene folgendermaßen beschrieb: „Ich hatte überall rote Farbe, an Hemd, Hose, Brille, sogar im Mund ... Die Farbe ergoss sich auch über meine Brille, ich konnte deshalb die Täterin nur schwer erkennen [...] Ich habe immer gesagt, dass ein Tsunami des Antisemitismus auf uns zukommt. Er kam viel schneller, als ich befürchtete.“

Am 30. August 2025 fand in Frankfurt eine Demonstration statt, die als negativer Höhepunkt der antisemitischen Mobilisierungen durch antiisraelische Akteure für das Jahr 2025 betrachtet werden kann. Dahinter stand eine bundesweite Kampagne; die Demonstration wurde durch regionale und lokale Akteure aus Hessen stark beworben. Es kamen nach Polizeiangaben etwa 11.000 Menschen. Ein Teil der Kampagne, sich in Frankfurt zu sammeln, bezog sich darauf, dass die juristisch umstrittene antisemitische Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free“ in Hessen zu diesem Zeitpunkt anders als in anderen Bundesländern nicht gerichtlich sanktioniert oder durch die Sicherheitsbehörden untersagt wurde. Der Beauftragte gegen Antisemitismus des Landes Hessen, Uwe Becker, forderte in einem Statement u.a. auf der Social-Media Plattform X ein Verbot durch die Stadt. Die Jüdische Gemeinde in Frankfurt forderte in einem Statement ebenfalls ein Verbot:

„Wir erwarten ein Verbot dieser Demonstration, die bereits im Aufruf offen antisemitische und anti-israelische Hetze betreibt und die Auslöschung Israels fordert. Angesichts der jüngsten Ereignisse, insbesondere des unsäglichen Angriffs auf ein Mitglied unserer Gemeinde durch Teilnehmende des „System Change Camps“, ist es dringend notwendig zu handeln. [...] Wenn Politiker immer behaupten, Antisemitismus dürfe keinen Platz auf unseren Straßen haben, ist jetzt der Zeitpunkt, dafür zu sorgen.“<sup>45</sup>

Die Stadt Frankfurt verbot die Demonstration zunächst mit Verfügung vom 27. August 2025. Das Verbot wurde zwei Tage später durch den Verwaltungsgerichtshof in Kassel endgültig aufgehoben. Die durch den Beauftragten gegen Antisemitismus und die Jüdische Gemeinde geäußerten Einwände gegen die Demonstration bestätigten sich anschließend vollumfänglich.

So kam es auch zu Angriffen auf dieser Demonstration entgegenstehenden Personen. Zum Zeitpunkt, als der Lautsprecherwagen an der Kreuzung am Museum Judengasse vorbeifuhr, wurde eine als Jude erkennbare Person am Rande der Demo von einem Demoteilnehmer bedrängt und mit „Fuck Israel“ angeschrien. Gestisch wurde auf die Kippa gezeigt und die Person aufgefordert, diese abzulegen. Dieser für das anti-

semitische Othring typische Vorfälle, die eine Gleichsetzung von Jüdinnen und Juden mit Israel vornimmt, und zugleich das Unsichtbarmachen der jüdischen Identität einfordert, blieb nicht der einzige Übergriff, der von dieser Demonstration ausging. Wie schon anhand der Demonstration vom 17. Mai 2025 in Wiesbaden aufgezeigt werden konnte, wenden sich Anfeindungen, die von Teilnehmenden solcher Versammlungen ausgehen können, auch gegen Menschen, die der dort verbreiteten Propaganda widersprechen und versuchen, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen.

So wurde in Frankfurt eine Person bedrängt, die am Rand der Demoroute stand und ein Plakat mit der Aufschrift „*Hamas is the Terrorist*“ hochhielt. Das Plakat wurde entwendet und zerrissen. Nachdem die Person ein unbeschädigtes weiteres Plakat mit dem gleichen Inhalt zeigte, schlossen weitere Demonsteilnehmende auf, sodass die Polizei die solchermaßen angegangene Person von der Versammlung wegbegleitete. Ebenso wurde eine Frau an der Straße, die ein Schild mit der Aufschrift „*We Believe Israeli Women*“ zeigte, von Personen und mit Fahnenstangen bedrängt. Auch sie musste durch die Polizei geschützt werden.

Im Nachgang wurde öffentlich bekannt, dass eine weitere Person am Rand der Demonstration beleidigt und durch Tritte und Schläge verletzt wurde.

All diese Beispiele zeigen, dass die antisemitische Raumnahmen auf Demonstrationen und Kundgebungen auch unter Gewalt und mithilfe von Bedrohungen erfolgt.

Bereits während der Startkundgebung im Ostend in Frankfurt wurden in kämpferisch anmutender Weise antisemitische Parolen von der Bühne aus vorgegeben, die anschließend von der Masse skandiert wurden. Darunter „*Kindermörder Israel*“ und „*From the River to the Sea*.“ Abseits der Hörweite des Lautsprecherwagens (der Hafepark im Ostend als Versammlungspunkt war quasi zweigeteilt) wurde aus der Versammlung heraus auf Arabisch die Parole gerufen „*O Palästina. Eine Hand reißt die Spione heraus. Palästina ist arabisch. O Palästina. Und mit Zwang bleibt es arabisch. Israel ist ein Dieb! O Palästina, Deutschland ist zionistisch. O Palästina, Israel ist terroristisch. O Palästina.*“ Während die Demonstration sich fortbewegte, wurde eine Rede gehalten, in der die Shoah mit der Situation in Gaza gleichgesetzt und dadurch relativiert wurde: „*Statt den Juden sind heute Palästinenser bedroht. Es muss nicht das Gleiche auch exakt gleich geschehen, um zu sagen, was alle mit ihren Augen können, sehen. Holocaust war es da-*

*mals, und das ist es auch heute.*“ Diese Relativierung und Instrumentalisierung der Shoah durch die Demonstration wurde dadurch verstärkt, dass einzelne Demonstrantinnen unter Polizeibegleitung Blumen am Mahnmal für die ermordeten Frankfurter Jüdinnen und Juden an der Battonstraße ablegten, was zudem per Social-Media verbreitet wurde. Die weitere Verbreitung solcher Relativierungen auch auf Plakaten innerhalb der Demonstration zeigte zudem, dass diese nicht bloß durch die organisierenden Teile der Demonstration im Sinne einer Top-Down-Dynamik vorgegeben waren.

Es wurden beispielsweise Plakate mit den Slogans „*Nach Hitler – schon wieder Völkermord und sie schweigen?*“, „*Free Palestine from German Guilt*“, „*From Auschwitz to Gaza. The silence is the same*“ oder „*Beihilfe zum Mord tilgt keine alte Schuld*“ gezeigt. Auffallend war auch das Transparent „*Never again means Never again for anyone*“ mit einer Zeichnung von Anne Frank, die in Bergen-Belsen ermordet wurde, und dem palästinensischen Mädchen Hind Rajab, jeweils mit Geburts- und Todesjahr. Dieses Transparent ist mittlerweile sehr weit verbreitet und setzt über die weltweit bekannte Anne Frank den systematischen Mord an den Jüdinnen und Juden Europas mit dem Tod des Mädchens im Gaza-Krieg gleich.

Zudem wurde sowohl auf Plakaten als auch in Sprechchören



Frankfurt am Main, 30. August 2025 © EmWe

die antijudaistische Kindermordlegende, bezogen auf Israel, verbreitet. Auch wurde Israel mehrfach als „IsraHell“ dämonisiert und wieder einmal über die Darstellungen von Landkarten, die Palästina ohne Israel zeigen, delegitimiert.

Ein Plakat zeigte den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als Puppenspieler, der sowohl Friedrich Merz als auch Donald Trump von oben herab befiehlt. Auf seiner Stirn stand das Wort Satan, sodass sich moderner Antisemitismus und Antijudaismus verschränkten. Die dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnete Demonstration vereinte unterschiedlichste Milieus, von der Linken bis hin zu türkischen Nationalisten, was auf die hohe Anschlussfähigkeit antisemitischer Mobilisierungen verweist.

Nachdem für das gesamte Jahr Relativierungen und Rechtfertigungen für den 7. Oktober 2023 dokumentiert wurden, meldeten linke, islamische und antiisraelische Akteure in mehreren hessischen Städten Demonstrationen und Kundgebungen zum zweiten Jahrestag an. Eine dieser Demonstrationen fand unter dem Titel „77 Jahre Widerstand – kein Frieden ohne Freiheit“ in Frankfurt statt und war der Anlass für die eingangszitierte Stellungnahme der dortigen Jüdischen Gemeinde. Sie kritisierte die zu erwartenden Relativierungen und die Verherrlichung des Terrors der Hamas und forderte auch in diesem Fall ein Verbot durch die Stadt sowie ein Umdenken der Verwaltungsgerichte. In ihrer Kritik machte sie zudem deutlich, dass neben der Sicherheit der Gemeinde auch die Würde der Stadt durch derartige Mobilisierungen betroffen ist. Die juristische Auseinandersetzung folgte dem aus vorherigen Fällen bekannten Muster. Die Verbotserfügung der Stadt wurde durch das zuständige Verwaltungsgericht aufgehoben und die Demonstration konnte unter Auflagen stattfinden. Auf der Demonstration wurden Parolen skandiert, die den Terror gegen Israel verherrlichten „Ich war, ich bin, ich werde sein, die Intifada wird Gaza befreien“, „Es lebe das Gewehr“, „Palästina darf sich wehren – mit Steinen und Gewehren.“ Auch kam es zu antisemitischen Aussagen wie „Kindermörder Israel“. Israelisolidarische Akteure organisierten Gegenveranstaltungen und stellten sich so der antisemitischen Demonstration mit einem eigenen Demonstrationszug durch die Stadt entgegen.

## Fazit

Demonstrationen und Kundgebungen hatten einen erheblichen Anteil am für das Jahr 2025 dokumentierten antisemitischen Versammlungsgeschehen und prägten weiterhin die Proteststruktur in Hessen im Jahr 2025. Die Mobilisierungen folgten vielfältigen Gelegenheitsstrukturen und konnten einem breiten Spektrum politischer Hintergründe zugeordnet werden, was erneut die Notwendigkeit betont, Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu begreifen und so auch darauf zu reagieren. Antisemitismus äußerte sich in all seinen Erscheinungsformen und wurde in Wort, Bild, Schrift und Tat, über Reden, Parolen, Plakate und Transparente, aber auch durch Angriffe und Bedrohungen, die von Demonstrationen und Kundgebungen ausgingen, in den öffentlichen Raum transportiert. Der öffentliche Raum wurde dadurch für Betroffene und mit ihnen solidarischen Personen weiter eingengt und ihr Sicherheitsgefühl beeinträchtigt. Die RIAS Hessen bekannt gewordenen Angriffe, die im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen stattfanden, machen deutlich, dass die Bedrohung real ist.

Die antisemitischen Raumnahmen blieben nicht unwidersprochen. Jüdische Gemeinden und solidarische Akteure konfrontierten den Antisemitismus immer wieder auf der Straße sowie in der medialen Öffentlichkeit und formulierten aus ihren Erfahrungen heraus klare Forderungen an Politik und Justiz. Auch in der Politik wurde all dies aufmerksam beobachtet.

Der Innenminister des Landes Hessen, Dr. Poseck, sagte auf einer Solidaritätskundgebung, die einen Tag nach der „United 4 Gaza“-Demonstration auf dem Opernplatz in Frankfurt stattfand: „Ich habe den Eindruck, dass die Stimme der Jüdinnen und Juden oft viel leiser ist als die, die offen Israelhass und Antisemitismus verbreiten. Das bestätigt sich heute leider auch in der Anzahl der Teilnehmer, die weit hinter der gestrigen zurückbleibt. Dabei ist es auch ein Gebot der Menschenwürde, die Grundpfeiler unseres Landes ist, gegen jede Form des Antisemitismus einzutreten und an der Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürgern zu stehen.“<sup>6</sup>

6 <https://innen.hessen.de/presse/minister-poseck-setzt-zeichen-gegen-antisemitismus>

# Schlaglichter der Straße

## Antisemitische Mobilisierung im Rhein-Main-Gebiet seit dem 7. Oktober 2023

Kommentar von Matteo Alba

Seit dem 7. Oktober 2023 ist keine Woche ohne antisemitische Mobilisierung im Rhein-Main-Gebiet vergangen. Als Teil des Monitoring-Teams von RIAS Hessen habe ich etliche dieser Veranstaltungen aufgesucht und dokumentiert.

Zahlreiche „pro-palästinensische“ Gruppierungen haben sich in verschiedenen Städten Südhessens neu gegründet, an jeder Universität entstand eine Hochschulinitiative mit Bezug zu dem Krieg zwischen der Hamas und Israel und etliche Akteure aus dem linken wie auch aus dem religiösen Spektrum haben sich seitdem auf das Thema fokussiert.

Neben Kulturveranstaltungen wie Filmvorführungen, Vorträgen und Benefizveranstaltungen hat sich die vermeintlich pro-palästinensische Bewegung maßgeblich auf der Straße manifestiert. RIAS Hessen hat einen Großteil dieser Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen vor Ort dokumentiert und ausgewertet.

Die allermeisten dieser Manifestationen in der Öffentlichkeit waren von einer aggressiven Grundstimmung geprägt und interessierten sich eher sekundär für das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, die unter dem von der Hamas initiierten Krieg gelitten haben. Die gemeinsame Feindmarkierung gegen den jüdischen Staat Israel war viel eher das verbindende Element dieser Proteste als eine Forderung nach einer politischen Lösung für das Ende des Krieges; etwa durch die Forderung gegenüber der palästinensischen Hamas zu der Freilassung israelischer Geiseln und damit Möglichkeit eines Waffenstillstands.

Zwar wurden auf den Demonstrationen oftmals Parolen für einen solchen Waffenstillstand gerufen, jedoch richtete sich diese Forderung ausschließlich an Israel, das seine Kriegshandlungen ohne politische Zugeständnisse beenden solle. Dass dieses friedenspolitische Vokabular nicht auf Koexistenz zielt, sondern letztlich eine politische Scharade darstellt, wird deutlich, wenn man die Parolen und Plakate unter die Lupe nimmt, die zur gleichen Zeit unwidersprochen auf den Demonstrationen gezeigt werden konnten.

So wurde Israel sowohl durch Slogans als auch durch Plakate in seiner Existenz delegitimiert. In einer Eröffnungsrede während einer Kundgebung gegen die Teilnahme israelischer Universitäten an einem gemeinsamen Austauschprogramm wurde auf dem IG-Farben Campus der Goethe Universität im Frankfurter Westend schlicht postuliert, dass Israel kein Existenzrecht habe. Der Staat sei auf Rassismus und Kolonisierung gegründet und alle Aspekte seiner Gesellschaft – und damit auch alle israelischen Universitäten – seien Teil eines großen Systems, das einen vermeintlichen Genozid in Gaza ermögliche.

Diese moralische Selbstlegitimierung ist eine Grundlage für die verrohete Sprache. Mittlerweile ist es Usus, dass auf „pro-palästinensischen“ Protesten zu einer weltweiten Intifada aufgerufen wird, die von der jeweiligen Stadt bis nach Gaza reichen sollte. Ganz so, als würde Intifada historisch nicht das unterschiedslose Morden von Juden und Israelis bedeuten. Eine Demonstration Ende Januar 2026 in Frankfurt gab sich sogar ganz unverhohlen den Titel „Globalize the Intifada“.

Dieser traurigen Logik folgend, bezogen sich viele der Veranstaltungen auch 2025 positiv auf genau diejenigen palästinensischen Kräfte, die jeglichen Friedensbestrebungen zwischen Israel und Palästinensern erklärtermaßen entgegenstehen. Oftmals verklausuliert durch Begriffe wie „Gegenwehr“ und „palästinensischer Widerstand“ wurde sich, noch im Rahmen des Gesetzes bewegend, mit den verschiedenen antisemitischen Milizen in Palästina identifiziert.

Das von der Hamas genutzte rote Dreieck zur Feindmarkierung wurde auch schon gegenüber Monitoren von RIAS Hessen verwendet, in dem aus einem Demonstrationzug heraus eine palästinensische Flagge so gehalten wurde, dass das rote Dreieck wie in den Propagandavideos auf dessen Kopf zeigte. Die dazugehörige Mimik und Gestik waren unmissverständlich.

Auf arabisch war die Agenda noch um einiges unverhohlener. Während eine Parole auf Deutsch etwa ein „freies Palästina vom Fluss bis zum Wasser“ fordert, impliziert ihr arabisches Äquivalent ethnische Säuberung: „Von Wasser zu Wasser – Palästina ist arabisch“ heißt es dort. Diese Parole wird mittlerweile auch von Nicht-Muttersprachlern verstanden. Im Gegensatz dazu wurde am Jahrestag des Hamas Massakers, dem 7. Oktober 2025, in Frankfurt vom Lautsprecherwagen auf Arabisch zur Aufopferung für Gaza, gegen Frieden und für den bewaffneten Kampf gegen „die Zionisten“ aufgerufen. Die Parolen fanden Wiederhall bei den arabischsprachigen Teilnehmern der Demonstration.

Seit Beginn des offiziellen Waffenstillstands zwischen der Hamas und Israel im Oktober 2025 hat die „pro-palästinensische“ Bewegung einiges an Momentum verloren. Auch die Frequenz der Demonstrationen hat abgenommen. Ein Kern an Personen, die sich über die Phase des nach dem 7. Oktober 2023 folgenden Kriegs radikalisiert hat, ist weiterhin aktiv. Es könnte sein, dass eben jene Szene versucht, sich durch radikalere Aktionen in Wort und Tat neues Gehör zu verschaffen und die fehlende Aufmerksamkeit auszugleichen. Ein Ausdruck hierfür war eine Kundgebung linker Gruppierungen am 1. Februar 2026 in Frankfurt unter dem Titel „Hands off Iran!“. Linke Studierende hatten sich dort offen mit der Islamischen Republik Iran solidarisiert, die einzige relevante Schutzmacht des palästinensischen Widerstands sei.

Diese politische Bewegung ist nur eine vorgeblich pro-palästinensische. Ihr Kern besteht in der Delegitimierung und Dämonisierung des jüdischen Staates Israel.

**Matteo Alba**

## Fokuskapitel II:

# Antisemitismuserfahrungen in Bildungseinrichtungen in Hessen 2025

### Zwei Bemerkungen vorab zum besseren Verständnis der qualitativen Analyse.

Bundesweit dokumentieren RIAS-Stellen Vorfälle unter dem Tatort „Internet“, wenn es sich um Äußerungen per E-Mail, Messengerdienst oder einen direkt gegen eine Einrichtung oder Person gerichteten Kommentar auf Social Media (Facebook, X, Instagram etc.) handelt. Dies kann auch eine Direktnachricht an eine jüdische Gemeinde oder ein Museum sein.

Kunst- und Kultureinrichtungen, also Museen, Theater oder auch Festivals werden separat von Bildungseinrichtungen erfasst. 2025 wurden RIAS Hessen bereits 52 Vorfälle aus Kunst- und Kultureinrichtungen bekannt (2024: 37). Zehn Vorfälle betrafen online jüdische Kunst- und Kultureinrichtungen oder die dort tätigen Personen.

### Bildungseinrichtungen in Hessen: leichter Anstieg der Vorfälle 2025 im Vergleich zu 2024

Die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Bildungseinrichtungen stieg 2025 im Vergleich zu 2024 um rund sechs Prozent, von 178 auf 190 Vorfälle.

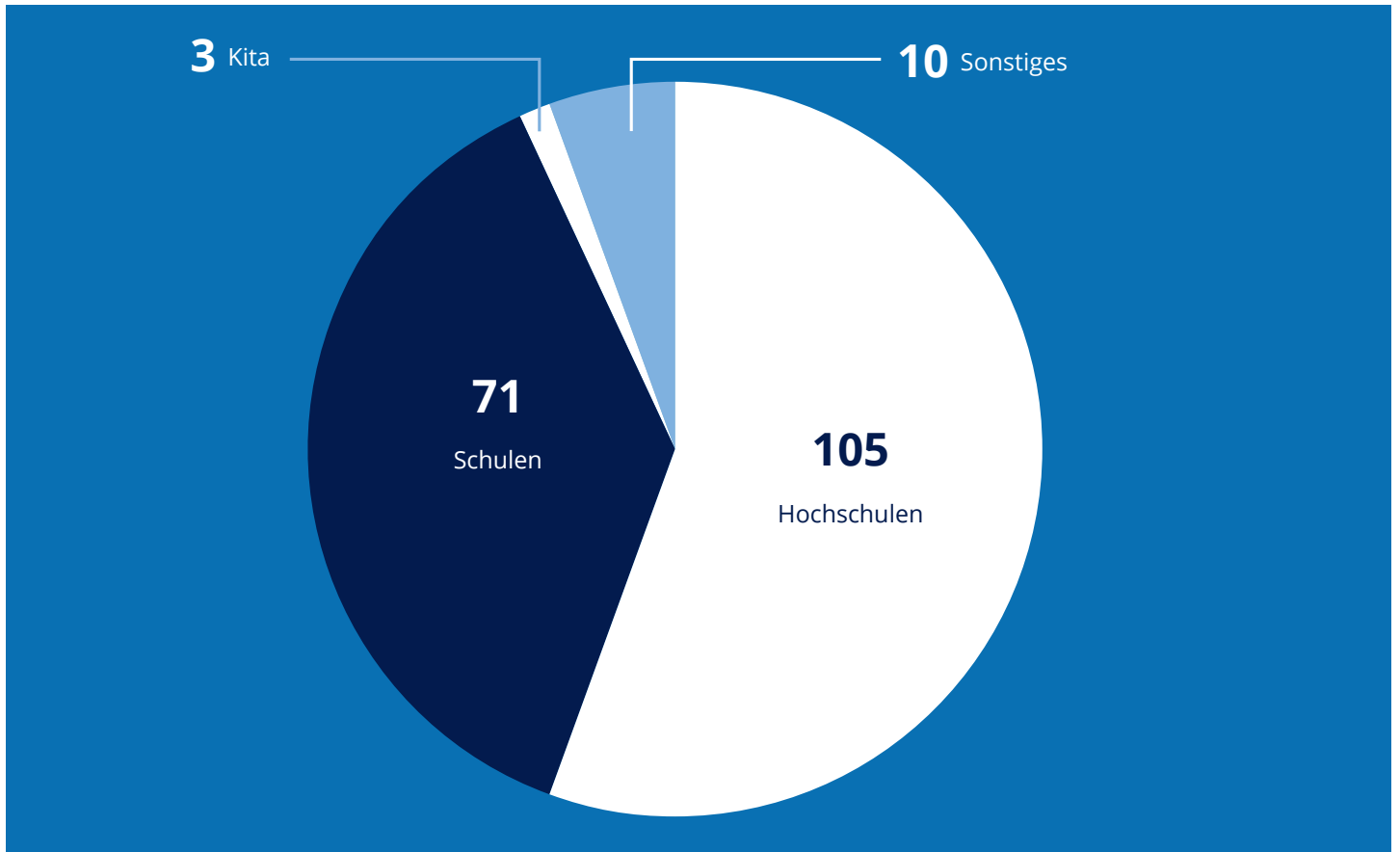
Aus Schulen wurden 2025 insgesamt 71 Vorfälle bekannt (2024: 48 Vorfälle), aus Hochschulen 105 Vorfälle (2024: 121 Vorfälle) gemeldet. Aus sonstigen Einrichtungen, bspw. Jugendeinrichtungen, sind zehn Vorfälle bekannt geworden (2024: acht Vorfälle). Kitas waren drei Mal Orte antisemitischen Geschehens (2024: ein Vorfall).

An Hochschulen zeigten sich Peaks zwischen Mai und Juli sowie im Oktober und November 2025. Im Mai liegt der Jahrestag der Staatsgründung Israels 1948. Dies wird z.B. zum Anlass genommen, sich gegen Israel zu positionieren. Hinzu kommt

der ebenfalls im Mai begangene sogenannte Nakba-Tag. Seit 2004 wird an diesem Tag an Flucht und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina zwischen 1948 und 1949 erinnert. An diesem Tag gibt es oft Aufrufe zum „Widerstand gegen Kolonialismus“ oder es werden Delegitimierungen der Existenz des Staates Israel vorgenommen. Zu Semesterbeginn im Frühjahr 2025 begann, wie bereits 2024, eine Mobilisierungsphase an den Hochschulen. Im Oktober 2025 wurde der nunmehr zweite Jahrestag des terroristischen Überfalls auf Israel wieder zur Gelegenheitsstruktur für antisemitische Versammlungen und andere Vorfälle. Encampments gab es 2025 in Hessen an keiner Hochschule, was noch 2024 zu etlichen Vorfällen geführt hatte. Vorlesungsfreie Zeiten wie im August und September zeigen ebenfalls einen Rückgang der Vorfälle an und in Hochschulen.

An Schulen blieb die Anzahl der Vorfälle zwischen Januar und Juni auf einem relativ stabilen Niveau, mit einem Rückgang im April, was auf die Osterferien zurückzuführen ist. Im Juli und August waren Sommerferien. Im September und Dezember wurden jedoch deutlich mehr Vorfälle an den hessischen Schulen als im sonstigen Verlauf des Jahres gemeldet (jeweils 13 Vorfälle).<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Um die Betroffenen zu schützen, werden zu Vorfällen aus Schulen in den meisten Fällen keine Details veröffentlicht, die eine Reidentifizierung ermöglichen. Dies gilt nicht für Vorfälle, die medial begleitet wurden. Vergleichbare Kriterien gelten für Vorfälle an Hochschulen.



**Grafik 1:** 2025: Vorfälle an Bildungseinrichtungen

Antisemitismus und Rassismus traten in Bildungseinrichtungen im Jahr 2025 14-mal miteinander verschränkt auf, 12-mal kam es zu Vorfällen, in denen Antisemitismus und Sexismus gemeinsam auftraten, zwei Vorfälle in Schulen wiesen neben Antisemitismus zugleich Antiziganismus auf. Die meisten intersektionalen Vorfälle tauchten an Schulen auf.

## Antisemitische Vorfälle an Schulen in Hessen 2025

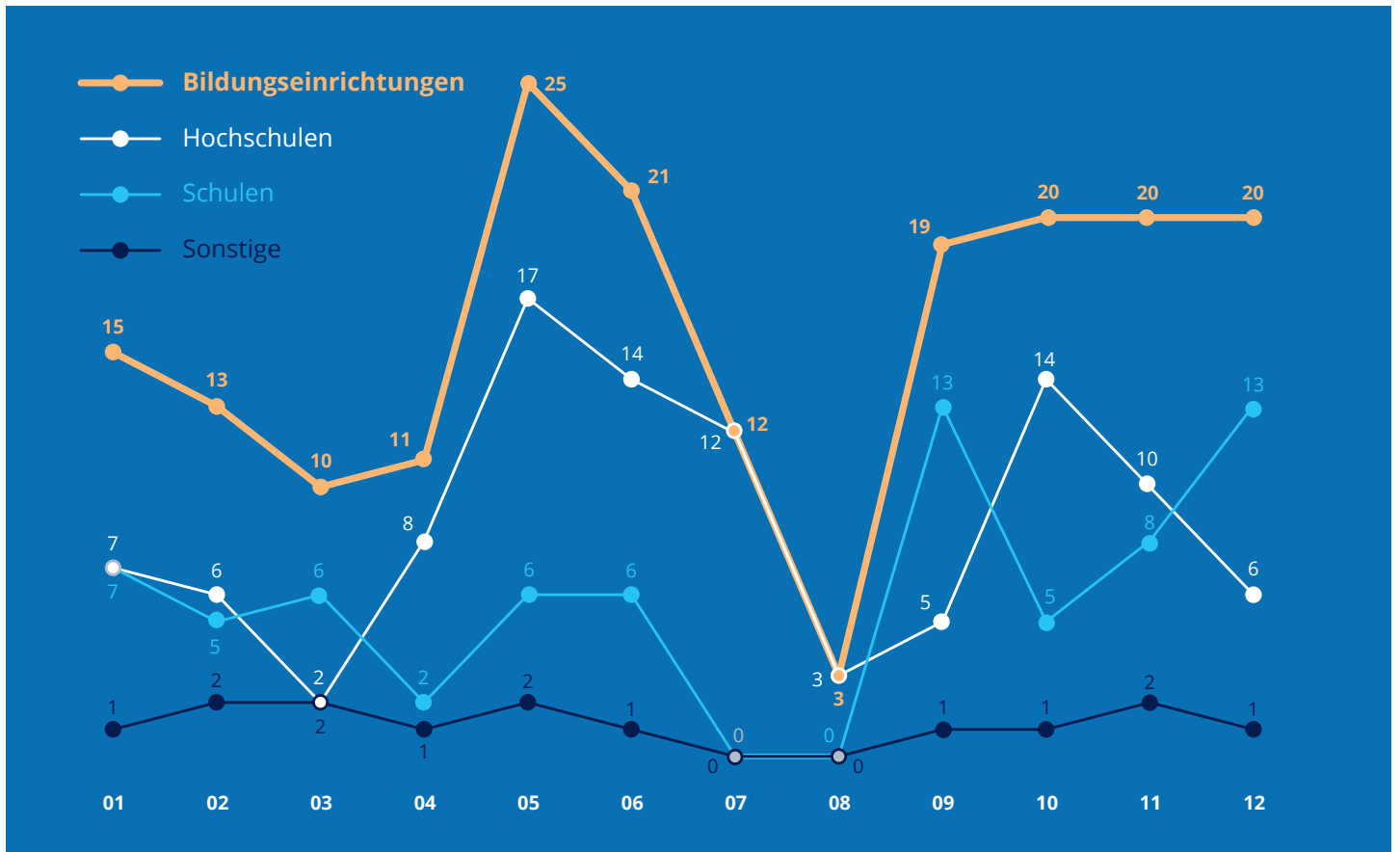
An den unterschiedlichen Schulformen in Hessen kam es 2025 mit 71 bekannt gewordenen Vorfällen im Vergleich zu 2024 zu einem sichtbaren Anstieg um rund 47 Prozent. Zugleich dokumentierte RIAS Hessen neun Vorfälle, die über Online-Medien stattfanden, aber direkt an Schulen geschahen, womit insgesamt 80 Vorfälle den schulischen Bereich betrafen.

Im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Bildungseinrichtungen wie der pädagogischen Abteilung des Jüdischen Museums der Stadt Frankfurt, Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden, der Bildungsstätte Anne Frank oder auch den jüdischen Gemeinden, die Schulklassen empfangen, wird deutlich, dass RIAS Hessen keineswegs alle Vorfälle in schuli-

schen Kontexten abbildet, weil bspw. während Workshops oder im Austausch mit Lehrpersonal weitere Vorfälle geschahen oder bekannt geworden sind. Bei Schülerinnen und Schülern ist eine sich radikalierende Bildsprache festzustellen. Dies wird u.a. mit Blick auf Vorfälle deutlich, in denen die Shoah verherrlicht oder befürwortet wurde.

In Gesprächen mit Schulpersonal zeigte sich, dass eine Affinität von Eltern zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus von diesen nur selten verschleiert, sondern teils offen formuliert wird. RIAS Hessen wurden Erfahrungen bekannt, in denen Lehrpersonal und in der Schule tätige Personen sich antisemitisch äußerten oder Antisemitismus bagatellisierten. In solchen Fällen verlieren Lehr- und Leitungspersonen den Status der sicheren Ansprechpersonen für Betroffene und der Alltagsort Schule wird zum Angstraum.

„Um hier wirksam und nachhaltig etwas entgegengesetzt zu können, kann es nicht ausschließlich um das Selbstbild der Lehrkräfte gehen, um den Ruf der Schule, um das Gespräch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, die in den Anderen den Antisemiten sehen – sondern es geht um jüdische Menschen in Deutschland, die sich in der Praxis, in der Schule und im Alltag als erwünscht und anerkannt erleben sol-



Grafik 2: Antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen 2025 im monatlichen Verlauf.

len. Es geht um ihre gleichwertige Teilhabe am schulischen und gesellschaftlichen Leben, für die das Erkennen, Benennen und effektive Handeln gegen Antisemitismen wegweisend ist.<sup>2</sup>

Bekannt wurden an Schulen in Hessen eine Bedrohung und drei Angriffe. Hinzu kamen 68 Fälle verletzenden Verhaltens.

Dem antisemitischen Othering wurden 47 Vorfälle zugeordnet, 36 dem Post-Shoah-Antisemitismus, bspw. der Leugnung oder Bagatellisierung des Holocaust. Israelbezogener Antisemitismus wurde 19-mal dokumentiert, in acht Fällen gab es direkte Bezüge zum 7. Oktober 2023. Sieben Mal wurden antijudaistischer und sechs Mal moderner Antisemitismus klassifiziert.<sup>3</sup>

Erschreckend ist, dass in Schulen sieben Mal ein Bezug zum Töten durch Gas formuliert und sieben Mal die Shoah gutgeheißen wurde. 14-mal kam es zu einer abwertenden Bezeichnung in Zusammenhang mit dem Wort Jude. Sieben Mal wurden jüdische Personen mit Israel gleichgesetzt und sollten sich u.a. zum Staat Israel erklären; sechs Mal wurde der Staat Israel delegitimiert.

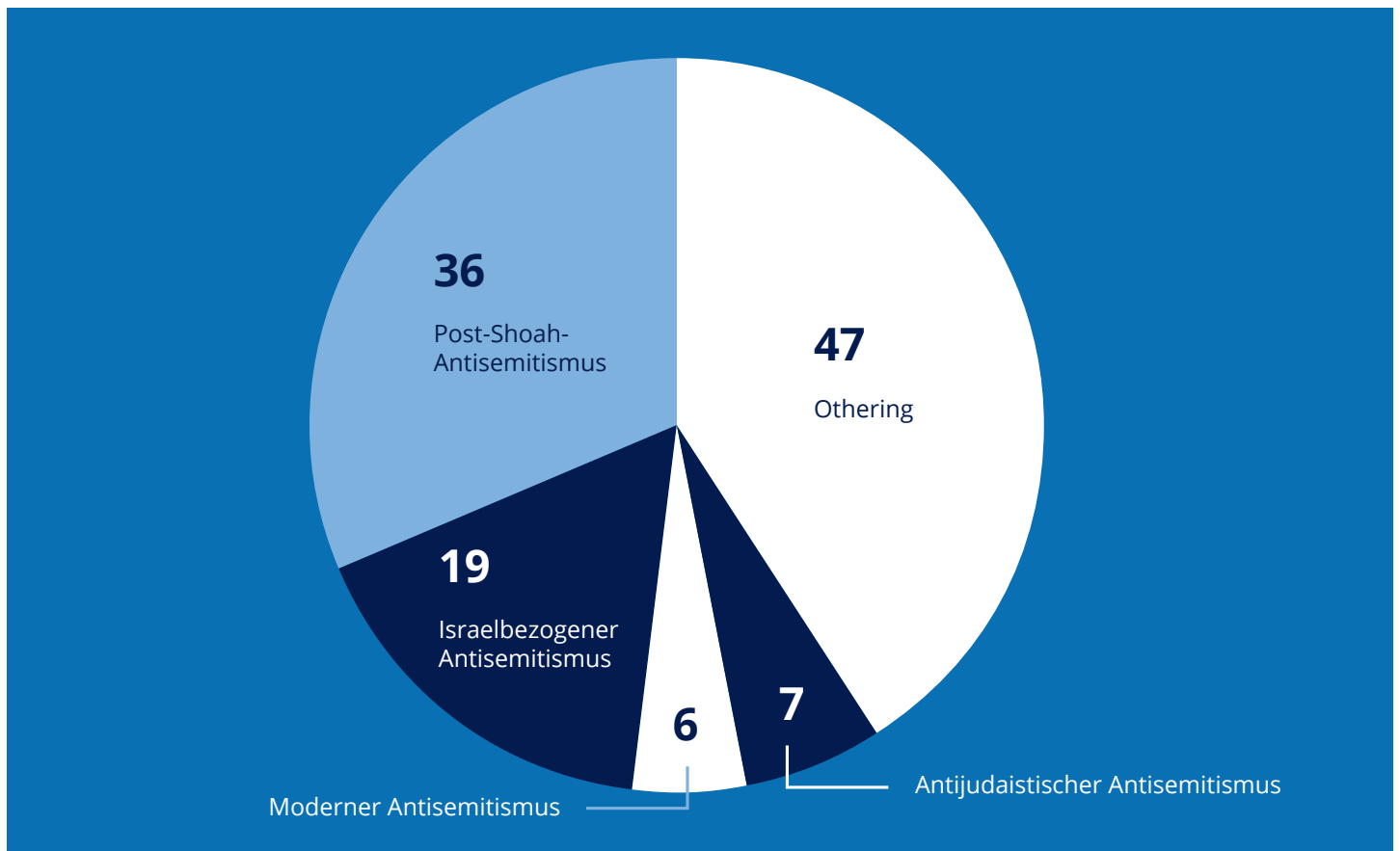
**Frühjahr 2025:** An einem Aufsteller mit Abiturplakaten wurde zeitgleich zu einer Feier der Jüdischen Gemeinde in der Stadt

ein Israel delegitimierendes Transparent befestigt: „Wir hätten auch gerne einen Abschluss #FreePalestine“. „F\*ckt euch ihr Genozidkomplizen! Palestine will rise again, abolish Israel, end Imperialism! Gruß XX“.

**Mai 2025:** Ein Abiturjahrgang sammelte auf einem anonymen Portal Vorschläge für Abimottos. Dabei kamen antisemitische, rassistische und diskriminierende Ideen auf, die anonym mehrfach positiv bewertet wurden. Ein Vorschlag lautete: „NSDABI – Verbrennt den Duden“. Ein weiterer Vorschlag hieß:

2 Julia Bernstein/Marc Grimm und Stefan Müller: *Jüdinnen und Juden als Objekte oder als Subjekte? Überlegungen zu einem Paradigmenwechsel*, in: dies. (Hrsg.): *Schule als Spiegel der Gesellschaft: Antisemitismen erkennen und handeln*, Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main 2022, S. 20

3 Durch Verschränkungen verschiedener Erscheinungsformen kann die Gesamtzahl höher als 73 sein.



Grafik 3: Antisemitische Erscheinungsformen an Schulen im Jahr 2025.

„Abi macht frei“, in Anlehnung an die an Eingangstoren mancher nationalsozialistischen Konzentrationslagern angebrachte zynische Parole „Arbeit macht frei“. Weitere Vorschläge spielten mit rechtsextremen völkischen Fantasien oder wiesen islamistische Motive auf. Es hieß aber auch: „AbIsrael – das auserwählte Volk zieht weiter“ oder „Unser Stoff war härter als Cyklon B“ (sic!). Der Abiturjahrgang distanzierte sich in einer Stellungnahme von den Vorschlägen und stellte klar, dass der Link zu der Website nur für die Komitee-Mitglieder vorgesehen war, diesen Link aber hatte weitergeben können.

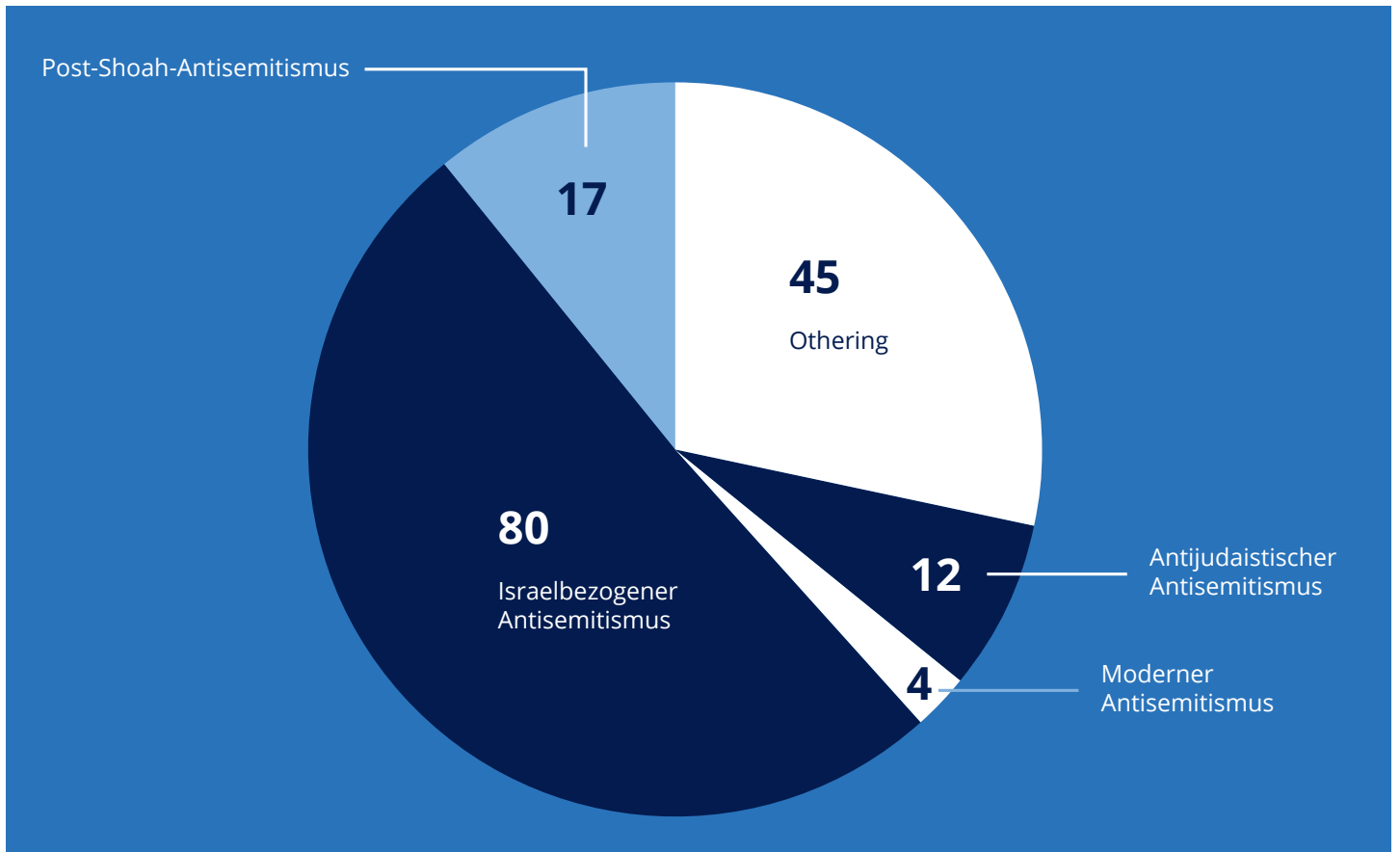
**Ende 2025:** Auf einem von einer Klasse erarbeiteten Plakat zum Vergleich der Religionen wurde von Unbekannten der Davidstern überkritzelt. Das Plakat wurde wieder hergestellt. Der Stern wurde abgerissen, der neue nochmals abgedeckt und ein weiterer Davidstern verunstaltet.

Schmierereien wurden 20-mal gemeldet, in 38 Fällen wurde Antisemitismus Face-to-Face geäußert, was in Betroffenen tiefe Erschütterungen und verschiedenste Reaktionen auslöst. Eine betroffene Person arbeitete in der Betreuung für jüdische Kinder. Die dafür genutzten Räumlichkeiten befinden sich innerhalb einer jüdischen Bildungseinrichtung. Der Vorfall geschah im Zimmer für das Lehr- und Betreuungspersonal. Aus

dem Kollegium wurde jemand aus Sachgründen entlassen. Als diese Person auf dem Weg nach draußen war, sagte er zu der Betroffenen: „Nachdem ich dich ... kennengelernt habe, verstehe ich, warum alle Juden auf der Welt gehasst werden“. Die Enttäuschung über die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses resultierte in einer antisemitischen Projektion. Es war deshalb ein besonders schockierendes Erlebnis für die Betroffene, weil selbst jüdische Räume nicht mehr sicher sind. Auch Menschen, die mit Personen aus der jüdischen Community zusammenarbeiten, äußern offen Antisemitismus.

RIAS Hessen wurden 21 Fälle bekannt, in denen in Schulen Personen direkt von Antisemitismus betroffen waren. Dies kann zum Wunsch eines Schulwechsels oder der Auswanderung und physischen, wie psychischen Reaktionen führen. Antisemitismus kann die Gesundheit Betroffener beeinträchtigen. Aus solchen Erfahrungen resultiert demnach ein Vertrauensverlust in den Lern- oder Arbeitsort Schule. Auch das Hinnehmen antisemitischer Vorfälle durch Betroffene wurde festgestellt, d.h. es kommt zu einer Normalisierung dieses Zustandes, weil „man eh nichts ändern kann“.

„Jüdische Schüler/-innen und Lehrer/-innen sind mit der Judenfeindschaft in all ihren Facetten konfrontiert, wie sie sich



**Grafik 4:** Antisemitische Erscheinungsformen an Hochschulen im Jahr 2025.

als Vorurteil, Ressentiment oder Weltbild in Stereotypen, negativen Gefühlen, Feindbildern und Legenden über Juden strukturiert und sich im Handlungsspektrum von Abwertungen, Benachteiligungen, Ausgrenzungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und Gewalt abbildet ... Während Antisemitismus von vielen mitunter engagierten Lehrkräften erst dann als Problem wahrgenommen wird, wenn es längst zu spät ist und jüdische Schüler/-innen bereits physisch angegriffen wurden, stellt er sich für jüdische Schüler/-innen als Bestandteil ihres Schulalltags und Normalität dar.“<sup>4</sup>

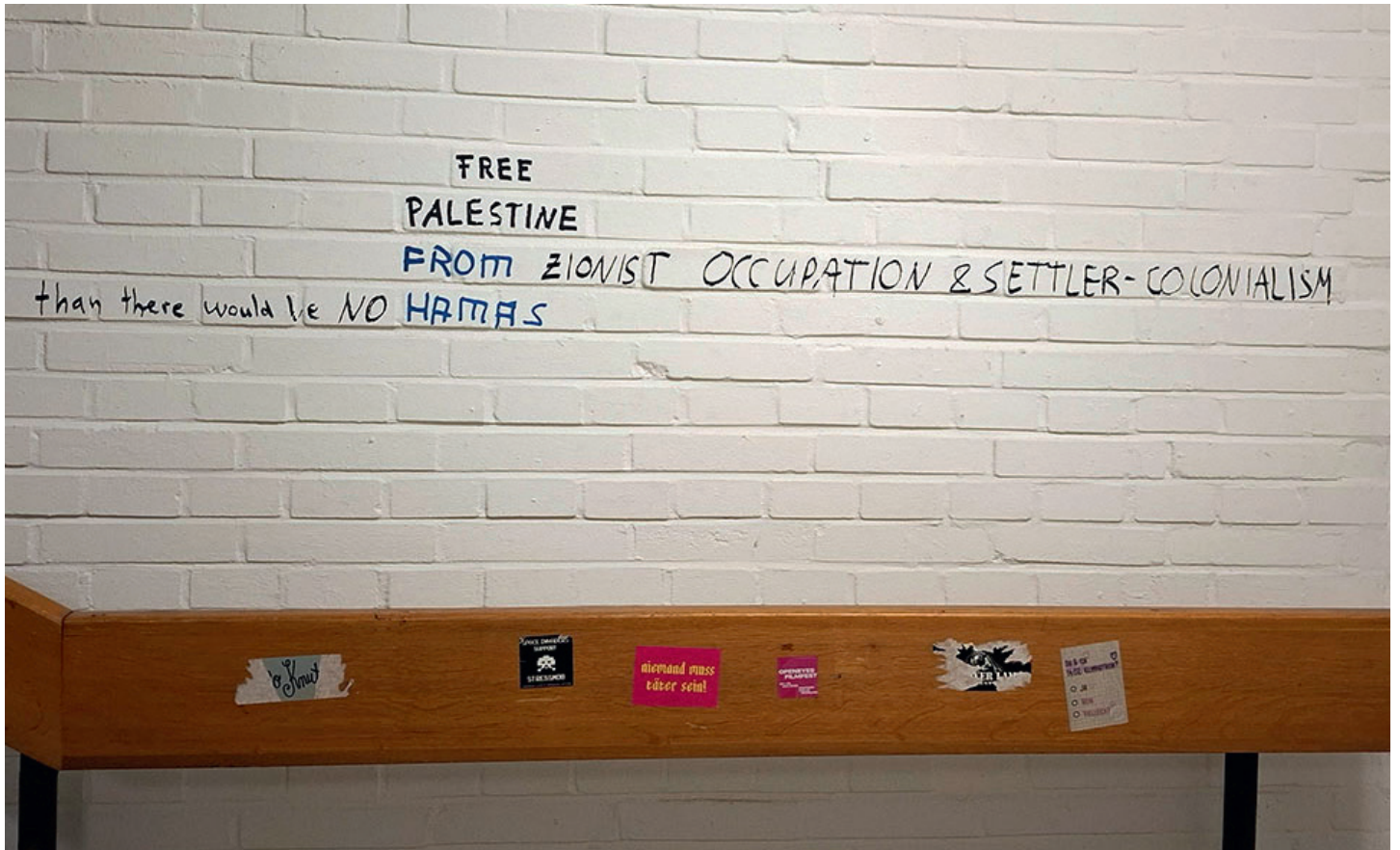
### Antisemitismus an Hochschulen in Hessen<sup>5</sup>

An Hochschulen in Hessen gab es 2025 einen Angriff auf Menschen (2024: drei), drei Bedrohungen (2024: eine), eine Diskriminierung und 102 Fälle verletzenden Verhaltens (2024: 115), worunter auch 34 Versammlungen auf den Campi der Hochschulen zählten. Zu den 105 offline stattfindenden Vorfällen an hessischen Hochschulen sind neun Vorfälle in die qualitative Betrachtung hinzuzuziehen, die über das Medium Internet direkt Hochschulangehörige trafen und, genauso wie die nicht online geschehenen Vorfälle, Verunsicherung oder Angst bei den Betroffenen auslösten.

**Beginn Sommersemester 2025:** An einem Infostand einer „Students for Palestine“-Gruppe gab es Flyer, Taschen und andere Giveaways mit u.a. Intifada-Aufrufen. Ein Plakat am Stand trug die Aufschrift: „Zionism is Racism is Fascism“; ein anderes rief über Illustrationen von bluttriefenden Abbildern bestimmter Produkte zur Unterstützung der BDS-Bewegung auf.



Mai 2025 © RIAS Hessen



27. Januar 2025 © RIAS Hessen

45 Vorfälle wurden dem antisemitischen Othering zugeordnet (2024: 29), 17 dem Post-Shoah-Antisemitismus (2024: 14). Letzteres waren vor allem Relativierungen und Bagatellisierungen der Shoah. Israelbezogener Antisemitismus wurde 80-mal dokumentiert (2024: 108), in 32 Fällen gab es direkte Bezüge zum 7. Oktober 2023. Zwölf Mal wurden antijudaistischer und vier Mal moderner Antisemitismus verzeichnet.<sup>6</sup> Zwei Mal wurde an Hochschulen die Shoah explizit gutgeheißen, elf Mal der Topos „Kinderermörder“ verwendet, neun Mal antisemitische Gewalt legitimiert, fünf Mal antisemitischer Terror verherrlicht, drei Mal kam es zu einer abwertenden Bezeichnung im Zusammenhang mit dem Begriff Jude. Israelbezogener Antisemitismus äußerte sich u.a. in Apartheid- und Kolonialismuskritik (24-mal bzw. zwölf Mal), 31-mal kam es zur Delegitimierung des Staates Israel. Neun Mal wurde die BDS-Bewegung in Hochschulen gutgeheißen.

**Vortrag an einer Universität in Hessen:** In einem Vortrag zur Hamas wurde diese an keinem Punkt eindeutig als Terrororganisation benannt. Die Tunnelsysteme unter Gaza, in denen israelische Geiseln festgehalten und ermordet wurden, wurden als Schmuggelzonen und als „Schutzräume gegen israelische Angriffe, und ja, auch, um Angriffe auf Israel durchzuführen“, bezeichnet. Es fiel der Satz: „Nach Änderung der

Hamas-Charta will die Hamas nur die Vernichtung des Staates Israels, nicht der Bevölkerung“. Am Ende zeigte der Referent ein Bild des israelischen Präsidenten Netanjahu und des US-Präsidenten Trump, inmitten eines goldenen Interieurs, wobei

4 Julia Bernstein/Florian Diddens: „Man muss da schon ganz schön auf Durchzug schalten, um nichts mitzubekommen“. In: Julia Bernstein, Marc Grimm, Stefan Müller (Hg.): Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln Antisemitismus und Bildung, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2022, S. 71 und 79.

5 Gemeint sind alle Hochschulformen (Universitäten, Universities of Applied Sciences, Kunsthochschulen etc.)

6 Durch Verschränkungen verschiedener Erscheinungsformen kann die Gesamtzahl höher als 106 sein.

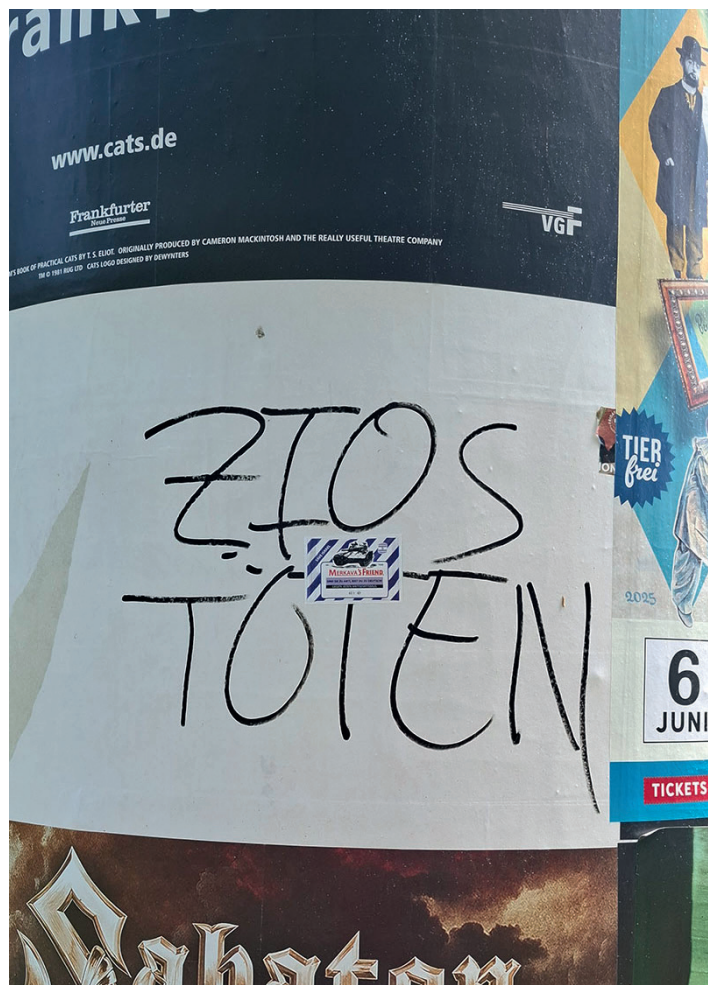
mittig ein Hinterkopf mit Kippa zu sehen war; dieses antisemitische Projektionen auslösende Foto Bild blieb die ganze restliche Zeit (30 Minuten) stehen. Kritik aus dem Publikum zur Darstellung der Hamas wurde entgegnet: „Sie sprechen aus einer bestimmten ideologischen Ecke, sie machen israelische Staatspropaganda, Hasbara!“ Der 7. Oktober 2023 wurde verharmlosend als „Operation der Hamas“ bezeichnet; auch hieß es: „Die Qassam-Brigaden wollten niemanden anrühren und niemanden töten, sie haben halt nur einige Zivilisten entführt.“ (Die weltweit bekannt gewordene, ermordete, Geisel Shiri Bibas mit ihren zwei Babys im Arm wurde von diesen Brigaden verschleppt.) Der Vortrag endete mit dem Kommentar: „Ja, die Hamas, die einen sagen politische Partei, die anderen Widerstandsorganisation, andere sprechen von einer Terrororganisation. Das werden wir heute nicht klären.“ Jüdische und mit ihnen solidarisch Zuhörende waren zutiefst verstört.

**14. Januar 2025, Kassel:** In der Frauentoilette des Campuscenters stand groß „From the River to the Sea – Palestine will be free“, darüber „BDS“. An dem Tag wurde in diesem Gebäude die Ausstellung von RIAS Hessen zu antisemitischen Erfah-

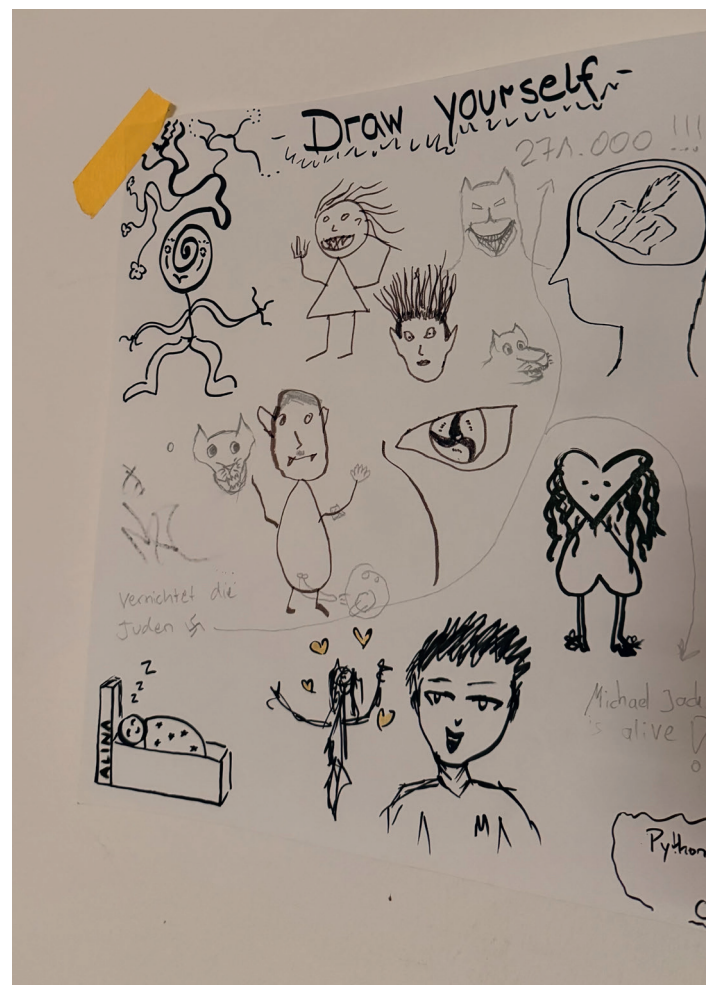
rungen eröffnet. Weitere Graffiti oder Schmierereien waren nicht zu finden.

**27. Januar 2025:** Am Holocaust-Gedenktag fand sich in einem Universitäts-Gebäude eine Schmiererei: „Free Palestine from Zionist Occupation and Settler Colonialism then there would be no Hamas“. Zunächst hatte es nur geheißen: „Free Palestine from Hamas“. Durch die Erweiterung wurde ganz Palästina als zionistisch besetzt dargestellt und suggeriert, dass sich ohne Zionismus nie die Terrorgruppe Hamas gebildet hätte. Damit wurde nicht eine Zwei-Staaten-Lösung, sondern eine Kein-Staaten-Lösung für Israel formuliert.

An hessischen Hochschulen gab es 27 Vorfälle, die Face-to-Face stattfanden (2024: 25): Jüdinnen und Juden, jüdisch gelesene oder solidarische Personen wurden beschimpft oder es wurde öffentlich in antisemitischer Weise abwertend über sie gesprochen. Plakate und Flyer wurden sechs Mal gemeldet (2024: elf); es gab elf Vorfälle mit antisemitischen Aufklebern (2024: 14) und zudem wurden 19 antisemitische Schmierereien (2024: 15) gemeldet.



Mai 2025 © RIAS Hessen



Oktober 2025, Frankfurt am Main © RIAS Hessen

**21. März 2025:** Neben einem Eingang eines Universitäts-Gebäudes fand sich der Schriftzug „Scheiß Juden“ und daneben ein Hakenkreuz.

**6. April 2025:** Auf dem Gelände einer Universität wurden mehrere Mülleimer mit jeweils der Aufschrift „Scheiß Juden“ und einem Hakenkreuz beschmiert.

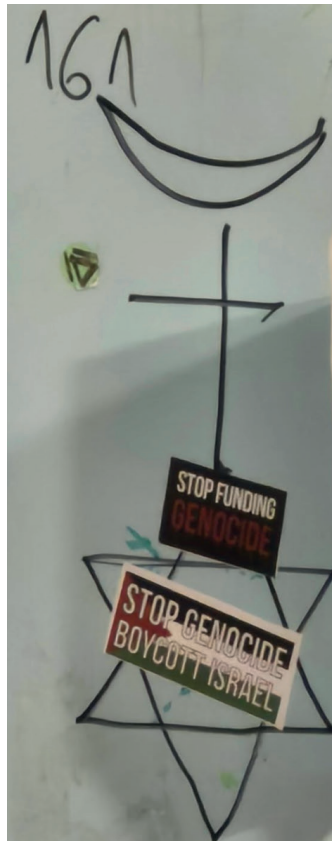
**Ab dem 12. Mai 2025** fanden sich Schmierereien „Zios töten“ im Umfeld oder auf dem Gelände einer Universität.

**Mai 2025:** Die meldende Person kam mit einem kleinen Anstecker der gelben Solidaritätsschleife für die israelischen Geiseln in ein Universitätsgebäude, jemand ging vorbei, sagte: „Gelbe Schleife, gelbe Scheiße“.

**Mai 2025:** Fast alle Plakate einer Musikveranstaltung, veranstaltet u.a. vom Verband jüdischer Studierender Hessen, wurden auf einem Campus abgerissen oder übermalt. Plakate für andere Veranstaltungen blieben unversehrt.

**Juli 2025:** An einer Kunsthochschule wurde an eine Tür ein rotes Dreieck gesprüht und zusätzlich verschiedene Parolen. Neben „Free Palestine“ und „Resist“ fand sich „Fuck Israel settler colonialism“. Jüdische Studierende fühlten sich bedroht. An einer Kunsthochschule in einer anderen Stadt entdeckten jüdische Studierende an einer Toilettentür folgende Parolen: „Yallah Intifada!“ „Zionisten sind Faschisten, Kindermörder & Rassisten“.

**Oktober 2025:** Ein Student zog in sein Studierendenwohnheim und bemerkte in der Gemeinschaftsküche ein Plakat: „Draw yourself“. Beim Essen sah sich die Person das Plakat genauer an und entdeckte, dass dort stand: „Vernichtet die Juden \*Hakenkreuz\*“. Von dort war ein Pfeil in eine Ecke gezeichnet worden, wo, in demselben Stift und Strich, eine Fratze und „271 k“ zu sehen ist.<sup>7</sup> Die meldende Person ist deutscher Sinto und hat sich von dem Vorfall beeinträchtigt gefühlt, denn er ist zum einen mit jüdischen Studierenden befreundet und zudem wird auch der NS-Genozid an seiner Community immer wieder geleugnet. Er schrieb RIAS Hessen: „Zu wissen, dass es sich dabei nicht nur um eine schlimme ‚Kritzelei‘ handelte, sondern um tatsächlichen Hass, vermischt mit Verschwörungsideologien, hat bei mir ein dauer-



November 2025 © RIAS Hessen

haftes Gefühl des Unbehagens im Wohnheim ausgelöst.“

**November 2025:** Im Fachschaftsraum einer gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde ein Graffiti antisemitisch verändert. Es zeigte als Religionen und Menschen verbindendes Symbol einen Halbmond, ein Kreuz und einen Davidstern, zudem gab es einen Verweis auf diesen Raum als „antifaschistische“ Zone mit der Zahl „161“. Es wurde ausschließlich der Davidstern mit Aufklebern überstickert: „Stop funding Genocide“ und „Stop Genocide, Boycott Israel“.

Nachdem ein jüdischer Studierender dies öffentlich gemacht hatte, wurden die antisemitischen Sticker stillschweigend entfernt. Verständnis für den jüdischen Studierenden oder ein kritischer und offener Umgang mit Antisemitismus blieben aus. Der Verband jüdischer Studierender Hessen (VJSH) besprach den Vorfall öffentlich auf Instagram. Es ging um das Verschweigen des antisemitischen Vorfalls durch die Fachschaft, das Unsichtbarmachen jüdischer Perspektiven sowie den nicht das erste Mal in dieser Umgebung erlebten Antizionismus.

**Dezember 2025:** Auf einer Kundgebung vor einem Universitätsgebäude wurde gegen eine Veranstaltung einer israelsolidari-

<sup>7</sup> „271 k“ ist eine Chiffre der Shoah-Leugnung. Es wird behauptet, es seien „nur“ 271.000 Jüdinnen und Juden in der Shoah ermordet worden. Als Quelle werden u.a. die Arolsen Archives angegeben. Das dazugehörige Dokument stammt vom Sonderstandesamt in Bad Arolsen und benennt die auf Antrag ausgestellten Sterbeurkunden für in KZ ermordete Menschen. In den Zahlen nicht enthalten sind u.a. die Millionen Jüdinnen und Juden, die unregistriert in Vernichtungslagern oder in Massenerschießungen ermordet wurden. Durch diese fehlende historische Einordnung wird das Schreiben als „Beleg“ für diese Zahl angesehen.

schen Gruppe agitiert und die Parolen „From the River to the Sea, Palestine will be free“ und „Zionisten sind Faschisten, töten Kinder und Zivilisten“ gerufen; die Polizei untersagte letzteres. Zwei Personen, die zu einem Lied, das antiisraelischen Antisemitismus verbreitet, getanzt hatten, sagten zudem: „Jaja 271000“ (Vgl. Anmerkung zum Fall vom Oktober 2025). In einer Rede hieß es: „Wir machen das zum dritten Mal in der deutschen Geschichte, Namibia, Holocaust, jetzt Gaza.“ Auch wurde die Beauftragte gegen Antisemitismus der Universität erwähnt und ihr unterstellt, sie bezeichne jeden als Antisemiten. Unmittelbar danach wurde gerufen: „Tod dem Zionismus!“

2025 gab es einen leichten Rückgang antisemitischer Vorfälle an Hochschulen in Hessen um rund zehn Prozent. Hierbei kamen verschiedene Faktoren zusammen: Einige Präsidien und Hochschulangehörige schritten offen gegen Antisemitismus ein. Es wurden flächendeckend Beauftragte gegen Antisemitismus ernannt. Hochschulpersonal und Gremien erhielten antisemitismuskritische Angebote zur Sensibilisierung. Hochschulen suchten Kontakt zum Netzwerk jüdischer Hochschullehrender und dem Verband jüdischer Studierender Hessen.

Auch war eine quantitative Abnahme von Versammlungen auf den Campi und das Wegfallen mehrtägiger Encampments, wie sie noch 2024 stattgefunden hatten, festzustellen. Dies hatte 2024 noch zu etlichen Vorfällen geführt. Manche Versammlung mit klar antisemitischer Konnotation wurde an einer Hochschule eventuell nicht mehr erlaubt oder es wurde eingeschränkt. Infolge des an Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 so offen geäußerten Antisemitismus gab es vermehrt antisemitismuskritische Angebote wie bspw. die Woche gegen Antisemitismus an der University of Applied Sciences in Frankfurt im November 2025. Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur hatte für solche Angebote den Hochschulen Mittel bereitgestellt.

Dies alles bedeutet aber nicht, dass die seit dem 7. Oktober 2023 so sichtbare antisemitische Welle gebrochen wurde oder dass Hochschulen nunmehr wieder antisemitismusfreie oder sichere Räume für jüdische Personen wären. Manches, was 2024 noch auf den Campi geschah, wurde in Form von Mahnwachen oder anderen Versammlungsformen auf den Straßen fortgesetzt. Antiisraelische („propalästinensische“) Gruppen traten in- und außerhalb der Campi vehement und teils radikal auf, auch wenn die Teilnehmendenzahl quantitativ zurückging.

Antisemitische Narrative zu Israel und dem jüdischen Kollektiv werden an Hochschulen weiterhin reproduziert. Studierende

wie Hochschulangehörige wurden aus verschiedenen Milieus, aus dem antiisraelischen wie aus dem rechtsextremen, direkt bedroht. Manches davon wurde medial aufgegriffen, manches blieb aufgrund des Schutzes für die Betroffenen unbekannt.<sup>8</sup> An hessischen Hochschulen waren im Jahr 2025 insgesamt 26 Personen direkt von antisemitischen Ereignissen betroffen.

„Ich möchte Sie anregen, ... darüber nachzudenken, ob nicht der Perspektive der Betroffenen eine besondere Bedeutung beizumessen ist. ... Subjektivität mag zwar geprägt sein, von persönlichen Erfahrungen, der eigenen Geschichte, Erlebnissen, des familiären Hintergrundes, des Bildungsgrades und vielleicht auch durch persönliche Sensibilitäten. Aber liegt darin nicht gerade die Stärke? Denn Antisemitismus ist nun mal kein rein wissenschaftliches oder gesellschaftliches Phänomen – es ist vor allem persönliche Erfahrung.“

Dabei sind die Betroffenen nicht qua Identität Sachverständige oder Fachleute, aber es sind sie, die ganz persönlich betroffen, eingeschränkt sind, ihnen macht es Angst“.

Marc Grünbaum, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main K.d.ö.R., am 19. Februar 2026 anlässlich der Eröffnung der RIAS-Ausstellung „Ja, DAS ist Antisemitismus!“ im Haus am Dom in Frankfurt.

8 Ein Beispiel: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/anti-israel-protest-goethe-uni-frankfurt-droht-studierenden-mit-hausverbot-v1,anti-israel-protest-goethe-uni-100.html>.

## Andere Bildungseinrichtungen

Es kam an drei Kitas zu antisemitischen Vorfällen, außerdem in einer Volkshochschule (VHS) und an zehn anderen Einrichtungen, z.B. Jugendzentren. Das sind jedoch nur die Vorfälle, die RIAS Hessen bekannt geworden sind.

**Im ersten Vierteljahr 2025** bot eine Einrichtung eine Veranstaltung zur Nachbetrachtung der documenta fifteen von 2022 an. Seinerzeit waren in Kassel zahlreiche antisemitische Werke ausgestellt worden, außerdem war es im Rahmen der documenta fifteen zu 38 antisemitischen Vorfällen gekommen.<sup>9</sup>

Während des Vortrags wurden antisemitische Darstellungen u.a. aus dem Werk „People’s Justice“ noch einmal bagatellisiert. Die mit Vampirzähnen und Schläfenlocken versehene antisemitische Figur wurde als „Bankerjude“ bezeichnet; die SS-Runen auf dem Hut seien „Kritik am amerikanischen Finanzkapital“. Als es um die documenta 2027 ging, wurde suggeriert, dass von dem Skandal 2022 „bestimmte Vertreter der Kunstindustrie“ profitierten, u.a. das (jüdische) Guggenheim Museum. Aus dem Publikum wurde auf den antisemitischen Gehalt mancher Aussagen hingewiesen. Daraufhin wurde erwidert, dass die jüdische Lobby in den USA „doch einfach Fakt“ sei. Abschließend wurden Karikaturen gezeigt, die teilweise antisemitisch waren (physiognomische Überzeichnungen von jüdischen Personen etc.). Dadurch kam es erneut zu von Lachen begleiteter Antisemitismusleugnung.

**September 2025:** In der Stadtbibliothek Frankfurt am Main war das neueste Exemplar der Zeitung „Jüdische Allgemeine“ längs bis auf 2/3 zerrissen. Alle anderen Zeitungen waren intakt.

## Politische Hintergründe

Die politische Zuordnung antisemitischer Vorfälle an Schulen und Hochschulen ist nicht immer eindeutig vorzunehmen. Hakenkreuze und andere nationalsozialistische Symbole, die in Verbindung mit Davidsternen geschmiert werden, können auf eine rechtsradikale oder rechtspopulistische Ablehnung jüdischer Personen bzw. des Jüdischen generell hinweisen, aber auch die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus bedeuten (Dämonisierung Israels und Täter-Opfer-Umkehr). Gesicherte Zuordnungen basieren vor allem auf Logos, Eigenbezeichnungen und der eigenen Zuordnung von bspw. in Hochschulen agierenden Gruppen.

In Schulen gab es 20 Vorfälle mit rechtsextremem Bezug; an Hochschulen wurde 2025 fünfmal dieser Hintergrund deutlich. Antisraelischer Aktivismus bildete bei 48 Vorfällen den Bezug an Hochschulen, in Schulen konnte dies nur bei einem Vorfall klar benannt werden. Linke Ideologien bestimmten an Hochschulen bei fünf Vorfällen den Hintergrund, an Schulen zwei Mal. Die politische Mitte konnte an Hochschulen 12-mal zugeordnet werden, an Schulen einmal. Ebenfalls einmal war in einem schulischen Vorfall Islamismus festzustellen. Insgesamt rund 46 Prozent der Vorfälle an Bildungseinrichtungen ließen sich keiner eindeutigen politischen Richtung zuordnen. Antisemitismus dient auch dort als Anschlussideologie für diverse politische und gesellschaftliche Milieus.

<sup>9</sup> [https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2023/02/documentafifteen\\_Antisemitismus\\_fin.pdf](https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2023/02/documentafifteen_Antisemitismus_fin.pdf); [https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2023/05/rias\\_brosch\\_monitoring\\_web.pdf](https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2023/05/rias_brosch_monitoring_web.pdf).

## Forderungen und Einsichten

# Perspektiven des Verbandes jüdischer Studierender Hessen (VJSH)

formuliert von Ilana Inna Ponomarenko

RIAS Hessen und auch Susanne Urban als Beauftragte gegen Antisemitismus der Universität Marburg sind für den VJSH als Einrichtung und für uns als Individuen nicht nur Partnerinnen, sondern auch Resonanzraum.

Wir können durch die Dokumentation von RIAS Hessen untermauern, dass unsere auf den Campi und innerhalb der gesamten Hochschule gemachten Erfahrungen sowie die sich für uns als bewusste Jüdinnen und Juden verengenden Räume nicht nur ein Gefühlszustand sind, sondern reell.

Die für 2025 dokumentierten 1099 Vorfälle in Hessen beinhalten 105 an Hochschulen in unserem Bundesland. Das sind zwar 16 weniger als 2024, doch die Intensität ist dieselbe. Zumal dabei bedacht werden muss, dass es 2025 keine Encampments gab, die mehrere Tage dauerten oder in deren Rahmen es zusätzlich noch Angriffe gegeben hatte. Deshalb ist der für uns nicht spürbare statistische Rückgang eben auch keine Entwarnung.

Unsere Erfahrungen, Sorgen und Erwartungen, die uns als jüdische Studierende tagtäglich begleiten, sollen nicht die Leserinnen und Leser betroffen machen oder denken lassen, dass es schon wieder werde, sondern es soll aufgezeigt werden, welche Konsequenzen es aus unseren jüdischen Perspektiven heraus braucht. Es geht also nicht um eine Rückschau allein, sondern um eine Einordnung mit Blick nach vorn: Was ist jetzt konkret zu tun?

Seit zwei Jahren landen Bildungseinrichtungen als Tatorte bei RIAS Hessen auf Platz zwei. Das ist unsere Realität. Denn bevor wir studieren, sind wir Schüler:innen. Und erleben auch Antisemitismus.

Die Erfahrungswirklichkeit jüdischer Studierender in Hessen zeigt, wie konkret das Problem ist. Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir eine massive Zuspitzung antisemitischer Zustände an den Hochschulen. Es finden z.B. Veranstaltungen statt, in denen eine international anerkannte Terrororganisation als legitime Widerstandsgruppe dargestellt wird. Dozierende erwähnen in Seminaren offen ihre Unterstützung für die antisemitisch agierende BDS-Bewegung oder verteidigen Positionen, die empirisch widerlegt und antisemitisch sind – etwa, indem behauptet wird, bei den israelfeindlichen Ausschreitungen in Amsterdam im November 2024 habe es keine Gewalt gegen Israelis gegeben; das Ganze sei lediglich eine Inszenierung von „Islamhassern“ gewesen – so äußerte es eine Person an einer hessischen Hochschule. Solche Aussagen sind nicht nur faktisch falsch – sie ignorieren etwa, dass bereits Tage vor den Ausschreitungen in Amsterdam in einschlägigen Chatgruppen offen von einer geplanten „Judenjagd“ die Rede war. Sie greifen zugleich auf antisemitische Stereotype zurück, delegitimieren jüdische Stimmen und untergraben ein sicheres Studienumfeld.

Gleichzeitig begegnen uns im studentischen Alltag offene Leugnungen antisemitischer Realität. Mir wurde beispielsweise als jüdischer Studentin von einem Kommilitonen ins Gesicht gesagt: „Es gibt keinen Antisemitismus, ihr Juden übertreibt nur.“

Das ist kein Ausrutscher, sondern Ausdruck einer Haltung, die jüdische Erfahrung nicht nur abwehrt, sondern delegitimiert. Und all das geschieht in einem Umfeld, in dem Lehrende häufig schweigen – selbst dann, wenn antisemitische Aussagen offen im Raum stehen.

Wer meint, das sei ein neuer Bruch in der Geschichte, irrt. Hochschulen waren nie automatisch Orte der Aufklärung. Auch in der NS-Zeit waren es akademische Institutionen, die sich besonders schnell gleichschalteten.

Gerade dort, wo Wissen produziert und vermittelt wird, können sich Vorurteile besonders hartnäckig halten – wenn sie in wissenschaftliche Sprache verpackt und institutionell abgesichert sind. Antisemitische Denkmuster erscheinen dann nicht als Ideologie, sondern als Teil eines vermeintlich legitimen Diskurses. Der Rückgriff auf Wissenschaftlichkeit wird dabei oft genutzt, um Kritik abzuwehren – selbst dann, wenn die Inhalte längst von politischer Schlagseite geprägt sind.

Wo antisemitische Denkmuster sich in Strukturen verfestigen, braucht es Menschen, die dem spürbar etwas entgegensetzen.

Wir brauchen Interventionen mutiger Hochschulpräsidien, wir brauchen auch Sanktionen und wir brauchen Solidarität. Wir brauchen Ansprechpersonen, die handeln, Mut zeigen und Verantwortung übernehmen.

Antisemitismus ist nicht nur „eine Form von Rassismus“ – seine Funktionslogik ist eigenständig, komplex und tief verankert. Wer ihn bekämpfen will, braucht Expertise, Haltung – und konkrete Strukturen. Beauftragte gegen Antisemitismus müssen eine dauerhafte Selbstverständlichkeit an den hessischen Hochschulen werden, denn Antisemitismus war nie weg, wird nie verschwinden, zu keiner Zeit.

Es braucht eine wissenschaftlich fundierte und pluralistische Auseinandersetzung mit Israel – nicht trotz, sondern gerade wegen dieser Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023. Auch fordern wir eine verpflichtende antisemitismuskritische Bildung in der Lehrer:innenausbildung und Hochschuldidaktik – nicht als freiwilliges Zusatzangebot, sondern als integralen Bestandteil universitärer Ausbildung. Wer morgen unterrichtet oder lehrt, muss wissen, wie Antisemitismus funktioniert – historisch, strukturell und aktuell. Didaktik ohne antisemitismuskritisches Fundament riskiert, antisemitische Bilder zu reproduzieren oder jüdische Perspektiven zu ignorieren.

Nicht zuletzt gilt: Sichtbarkeit jüdischen Lebens auf dem Campus braucht nicht nur Schutz, sondern aktive Förderung: durch strukturelle Unterstützung, eigene Räume, sichere Veranstaltungsformate und gezielte Maßnahmen gegen Vereinsamung, Angst und Isolation. Wer jüdisches Leben nur als Sicherheitsrisiko denkt, übersieht: Sichtbarkeit heißt Teilhabe. Die Förderung jüdischer Sichtbarkeit darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen. Wir wollen uns nicht verstecken müssen. Wir wollen unsere Jüdischkeit in all ihren Facetten und all der gelebten und geliebten Diversität zeigen und nicht Angst haben müssen, dass uns jemand den Davidstern von der Tasche reißt. Es braucht feste Budgets, personelle Ansprechstrukturen und klare Unterstützung für jüdisch-studentische Selbstorganisation – von Festen bis zu politischen Debatten. Zweieinhalb Jahre nach dem 7. Oktober 2023 möchten wir uns wieder mehr um studentische Angelegenheiten kümmern, tanzen, feiern, Prüfungen unbeschwert angehen können. Und jüdisches Leben leben.

# Haltung entwickelt sich aus Wissen und Handlung

Oliver Dainow

## Rede anlässlich des Gedenkens zur Reichspogromnacht 1938 in Hanau

Als am Donnerstag, dem 6. November 2025, das neue Denkmal an die Hanauer Judengasse eingeweiht wurde<sup>1</sup> und der Vorsitzende des Landesverbandes hier gesprochen hat, da waren wir uns, wie das für zwei Juden vielleicht normal ist, nicht immer ganz einig, welchen Tonfall der Beitrag von jüdischer Seite haben könnte.

Ich bin froh, dass Daniel Neumann das gesagt hat, was er gesagt hat, als er vom „eisigen Schweigen der Zivilgesellschaft“ nach dem 7. Oktober 2023 sprach. Ich finde es wichtig, dass man es auch mal von anderen Repräsentanten hört als nur von der Jüdischen Gemeinde hier vor Ort.

Und da merken Sie vielleicht auch schon, in welche Richtung sich mein Beitrag heute Nachmittag bewegt. Ich weiß, dass gleich die Stadtverordnetenversammlung beginnt – aber, und das ist nicht despektierlich gemeint, das hier ist auch wichtig. Das ist vielleicht wichtiger als es je zuvor war.

Es ist mir nämlich noch nie so schwergefallen, gleichzeitig aber auch noch nie so leichtgefallen, meine Gedanken am 10. November zu teilen. Das mag jetzt wie ein Widerspruch klingen, der sich schwer auflösen lässt. Aber es ist die Realität.

Es ist mir deshalb so schwer gefallen etwas zu formulieren, weil ich schon gar nicht mehr weiß, was man noch wie formulieren soll. Was man eigentlich noch sagen soll, damit sich etwas verändert. Damit die Worte nicht nur Worte bleiben, sondern die Worte endlich auch ins Handeln übersetzt werden. Versucht haben wir, also die Jüdische Gemeinschaft, in den vergangenen Jahren so ziemlich alles. Und deshalb fällt es mir im Umkehrschluss aber auch so leicht, mir das von der Seele zu reden, was da schon so lange brennt und was sich da angestaut hat.

Ich habe in den letzten Jahren gesprochen über die Entwicklungen in der Welt, in Europa und in Deutschland. Ich habe ganz nah über Hessen und Hanau gesprochen. Ich habe mich zum ers-

<sup>1</sup> RIAS Hessen hat sich entschieden, die Rede vom 10. November 2025 von Oliver Dainow, Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Hanau, zu dokumentieren, weil sie die Situation seit dem 7. Oktober 2023 zusammenfasst und reflektiert. <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/greifbare-geschichte/> (letzter Zugriff: 2.2.2026)

ten Mal ansatzweise geöffnet, habe sehr persönlich über das Schicksal meiner Großeltern und meine daraus resultierende Verantwortung gesprochen. Ich habe über den 7. Oktober 2023 und dessen Auswirkungen gesprochen; ich habe im letzten Jahr sogar den Spagat gewagt, über die Nachwirkungen des 7. Oktober und meine persönliche Geschichte zu berichten. Heute stehe ich hier und ich frage mich: Wofür? Wofür habe ich so persönliche Einblicke gegeben? Wofür habe ich mich gleichzeitig auch so verletzlich gemacht? Wofür habe ich das eigentlich getan?

Und da sagt der harmoniebedürftige Teil in mir, den gibt es natürlich auch, und der ist sogar ziemlich ausgeprägt: Ich weiß doch, dass es einige zum Nachdenken gebracht hat, ich weiß doch, auch aus den persönlichen Gesprächen mit Ihnen, dass einige das zum Anlass genommen haben, etwas zu tun. Den Mund aufzumachen. Sich zu engagieren. Aber wenn man es mal subsumiert, und das muss man nach zwei Jahren einfach tun, dann ist der Ertrag doch insgesamt ziemlich gering ausgefallen. Eigentlich ist er kaum spürbar. Wir haben jetzt die letzten zwei Tage wieder viel gelesen. Wir haben viel gesehen. Wir haben viele Stimmen gehört. Mahnende Stimmen. Stimmen, die entschieden gegen Antisemitismus eintreten. Die betonen, dass „Nie Wieder“ tatsächlich „Nie Wieder“ heißen darf. Jetzt aber wirklich. Nicht wie im Jahr 2023. Nicht wie im Jahr 2024. Jetzt heißt es wirklich „NIE WIEDER“. Denn wir haben ja eine Verantwortung. Und der Verantwortung sind wir uns alle bewusst.

Besonders bewusst, da ist sie uns am 9. und am 10. November. Und am 27. Januar. Vielleicht auch noch am 8. Mai. Dann zumindest sprechen wir das auch so deutlich aus.

Außerhalb dieser Daten, da wird es nicht mehr ganz so deutlich. Da muss man schon mal kontextualisieren. Genauer hinschauen. Da muss man auch mal was „hinnehmen können“, da muss man vielleicht auch mal Fünfe gerade sein lassen. Um dann an den Tagen, an denen uns die Verantwortung so bewusst ist, überrascht zu sein, wo dieser Hass auf Juden eigentlich wieder herkommt. Und man merkt in der Formulierung dieses Satzes noch nicht einmal den logischen Trugschluss, den man gerade ausgesprochen hat: Wo er wieder herkommt. Und welche Haltung an den übrigen 360 Tagen vielleicht dazu geführt haben könnte, dass er solche Formen angenommen hat.

Als sei der Hass irgendwann mal weg gewesen. Als hätte es irgendwo auf der Welt, irgendwo auch bei uns mal einen Moment in der Zeitrechnung gegeben, an dem Juden nicht Projektionsfläche gewesen wären.

Sich das einzugestehen ist schwer. Weil es weh tut. Weil es Menschen gibt, wie Sie, die heute hier sind, aber auch Menschen, die heute vielleicht nicht hier sein können, etwas dafür getan haben und auch etwas dafür tun, um das nicht zuzulassen.

Und wenn ich jetzt so direkt hier neben diesem Denkmal stehe, da blutet mir auch ein bisschen das Herz. Wenn man sich überlegt, wie diese jüdischen Menschen in diesen Lebensbedingungen, in diesen engen Gassen schon vor über 400 Jahren den Grundstein für eine Synagoge gelegt haben, die heute vor 87 Jahren niedergebrannt wurde. Weil sie ein jüdisches Gotteshaus war. Weil sie Juden beherbergte und weil sie Juden gehörte.

Wir haben in diesem Jahr das 20-jährige Jubiläum der Jüdischen Gemeinde gefeiert. Es ist ein Jubiläum, dass eigentlich vor zwei Jahren das 420-jährige Jubiläum der Jüdischen Gemeinde hätte sein müssen. Die jüdische Geschichte hier bei uns hat diese Kontinuität aber leider nicht.

Das hat uns vom Feiern aber nicht abgehalten. Das können wir ja trotzdem ganz gut. Aber glauben Sie bitte nicht, dass da nicht auch eine gewisse Trauer mitschwingt. Mit dem Gedanken an das, was war. Aber auch das ist Teil der Realität, der wir nun mal ins Auge sehen müssen.

Der 9. November, die Pogromnacht, das war nicht der Anfang. Sie kam nicht plötzlich. Juden wurden schon davor systematisch aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Jüdisches Leben wurden boykottiert. Juden wurden durch Propaganda immer wieder entmenschlicht. Überall und in allen Bereichen.

Schauen wir uns doch mal die wissenschaftlichen Räume an. Wenn eine Gruppe von Studierenden sprachlich, teilweise sogar visuell markiert wird. Wenn dazu aufgerufen wird, eine Gruppe von Menschen systematisch auszuschließen. Wenn sie delegitimiert werden, wenn ihre Stimmen verstummen sollen und wenn man sie in letzter Instanz sogar körperlich davon abhält, eine Hochschule zu besuchen. Und ich habe jetzt nicht von der deutschen Studierendenschaft 1933 gesprochen. Ich habe auch nicht von „Wider den undeutschen Geist“, von 1933 gesprochen. Ich habe von alldem gesprochen, was seit dem 7. Oktober 2023 auch hier bei uns an den Hochschulen passiert ist. Da lesen wir dann „Studentischer Widerstand gegen den Zionismus“, „Stoppt den Zionismus“ oder „Wir unterstützen den Aufstand gegen Zionisten“. Dort, wo es anonym geht, also in Schmierereien oder in Onlinebeiträgen, wird auch explizit zur Gewalt gegen Juden aufgerufen. Und in letzter Instanz wird das auch umgesetzt.

Ich will an der Stelle etwas ganz deutlich sagen, weil das wichtig ist: Ich stelle hier keine historische Analogie zwischen der Shoah und heute her. Diese Quervergleiche und Relativierungen, die andere in den letzten zwei Jahren versucht haben zu konstruieren, das mache ich nicht. Aber was ich gesagt habe, entlarvt und offenbart das zugrundeliegende System dahinter.

Es ist die gleiche Systematik, die immer wieder Anwendung findet. Die Chiffren, die sprachliche Verschiebung, wiederkehrende Muster, das ist nichts Neues. Das ist alter Wein in neuen Schläuchen. Das ist nicht einmal besonders kreativ. Wir haben das schon zig Mal erlebt. Oder anders gesagt: Der Judenhass ist zwar anpassungsfähig, er ist resistent, er mutiert, aber eins ist er nicht – er ist nicht besonders originell. Und trotzdem findet er Anknüpfungspunkte, trotzdem tun wir uns so schwer damit einzugestehen, wenn etwas antisemitisch ist. Vor allem, wenn es um Israel geht.

Wilhelm Marr war ja auch kein Antijudaist. Er lebte eben zu einer Zeit, in der vorrangig ein religiös geprägter Judenhass gepflegt wurde. Antijudaist war Marr nicht. Er war viel schlimmer. Er hat eine neue Propaganda geschaffen, etwas, was sich mit den Werten und mit dem Zeitgeist damals gut verbinden ließ. Er hat verstanden, dass es in einer sich wandelnden Gesellschaft, in einer nicht mehr so religiösen Gesellschaft, eine bürgernähere Erzählung über den Juden braucht. Die von der Mitte mitgetragen werden kann. Und er hat sie geschaffen. Wilhelm Marr hat den Begriff des Antisemitismus erfunden und geprägt. Er hat die Blaupause für das aufgesetzt, was wir noch heute beobachten. Marr hat trotz seiner tief jüdenfeindlichen Hasstiraden immer wieder betont, dass seine Kritik am Juden lediglich eine zwangsläufige Reaktion auf das Verhalten der Juden sei. Mit Vorurteilen habe das nichts zu tun. Würden Juden sich anders verhalten, dann müsse man ihnen gegenüber ja nicht so sein.

Das hat man in den letzten zwei Jahren auch oft gehört. Würde Israel nicht. Hätte Israel nicht, dann ... als ob der Judenhass sich wegen Israel legitimieren lassen würde. Als ob aufgrund poli-

tischer Entscheidungen, die nicht einmal von der Mehrheit dort getragen werden, Hass auf Juden in der Welt gerechtfertigt wäre. Ich übersetze, ganz frei nach Marr: Würde sich Israel anders verhalten, dann müsse man Juden gegenüber ja nicht so sein. Dass der Judenhass nicht wegen Israel existiert, sondern Israel zwar nicht nur, aber auch wegen des Hasses auf Juden – geschenkt.

Wir haben viel in Bildung investiert, wir haben viel in Erinnerungskultur investiert. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Aber welche Schlüsse haben wir daraus gezogen? Ich weiß, dass es weh tut, sich diese Frage zu stellen. Ich weiß, dass das mehr als unangenehm ist, weil man sich dann auch kritisch mit sich selbst auseinandersetzen muss.

Wir haben doch fast 120.000 Stolpersteine in Europa verlegt. Und wir gehen doch jedes Jahr am 9. November zu Gedenkveranstaltungen und wir beschäftigen uns doch mit der Geschichte und in der Schule lernen wir doch auch über das dunkelste Kapitel unseres Landes. Und wenn es Juden mal wieder schlecht geht, dann kümmern wir uns doch auch um dieses Gedenken.

Aber wenn wir schon bei unangenehmen Fragen sind, die vielleicht auch weh tun: Was ist mit den Lebenden? Was ist mit unseren Schülern, die in der Schule nicht als Juden erkennbar sind oder, wenn sie es sind, ausgegrenzt werden? Was ist mit unseren Studierenden, wenn sie sich auf dem Campus nicht mehr sicher fühlen, wenn sie aus der Hochschule verdrängt werden, wenn sie die Hochschule verlassen? Was hilft es ihnen, wenn die Stolpersteine glänzen?

Das klingt hart. Und das klingt vielleicht auch härter, als es klingen soll. Das klingt auch wieder unangenehm. Und glauben Sie mir bitte, es fühlt sich noch viel unangenehmer an, das auch auszusprechen. Und deshalb will ich eins auch ganz deutlich machen: Das alles bedeutet nicht, dass Erinnerungskultur nicht wichtig ist, es bedeutet nicht, dass der Einsatz jeder und jedes Einzelnen im Gedenken, in der Aufarbeitung, im Engagement nicht hochgeschätzt wäre. Ganz im Gegenteil.

Aber vielleicht können Sie das unangenehme Gefühl, das bei solchen Worten entsteht, ja nachvollziehen. Vielleicht ist es aber auch zu abstrakt. Also hole ich es genau hierher. Zu uns. Nach Hanau. Dahin, wo wir vor sechs Monaten das große Jubiläum gefeiert haben, wo der Fokus auf jüdisches Leben so groß war wie lange nicht mehr. Wo wir als Gemeinde, aber da spreche ich auch ganz persönlich für mich, ganz viel Freude und Zusammenhalt gespürt haben, wo man auch so viel Hoffnung mitnimmt. Obwohl man weiß, wie schwer die Zeiten sind. Aber das gibt Aufschub, es verdrängt mal die dunklen Wolken und es gibt vor allem Kraft weiterzumachen.

Keine zwei Monate später fand in Hanau zum zweiten Mal eine Demonstration „Gegen den Genozid in Gaza statt“. Es ist keine neue Demonstration, es ist der gleiche Organisator, der mit seinen Anhängern durch Hessen zieht. Man weiß also sehr genau, welche Inhalte, welcher Aktivismus dort transportiert wird.

Die Demo ist an einem Samstag. Ein Schabbat. Eigentlich findet an diesem Wochenende G'ttesdienst statt. Und die Gemeinde muss jetzt anfangen abzuwägen: Was macht man? Wir wissen nicht, wer zur Demo kommt, wir wissen nicht, was passieren wird. Der Demonstrationzug ist nicht so weit entfernt von der Gemeinde. Nun ist nicht jede Pro-Palästina-Demonstration per se antisemitisch, gleichzeitig gab es aber kaum eine Demonstration, in der es in der Nachbetrachtung keinen Antisemitismus gegeben hätte. Während also am 21. Juni 2025 knapp 1.000 Men-

schen zu rhythmisch trommelnden Klängen die alte Kindermörderlegende, jetzt gegen Israel, auferstehen lassen, da bleibt die Synagoge an diesem Tag leer.

Während Menschen durch Hanau ziehen, dabei lachend Schilder in den Händen haltend, auf denen die israelische Flagge durchgestrichen ist, geben wir über unsere internen Kanäle Vorsichtsmeldungen an die Mitglieder heraus. Dass sie die Demonstrationsroute weitestgehend meiden sollten. Dass sie lieber aufpassen sollten. Vorsichtig sein sollen. Vielleicht sollten sie besser nicht in ihrer Stadt zu gewissen Zeiten unterwegs sein.

Während der Nahostkonflikt hier also um eine religiöse Dimension erweitert wird, weil er auch von Religionsgemeinschaften hier vor Ort mitgetragen wird und gleichzeitig nicht einem einzigen notleidenden Menschen in Gaza dabei geholfen wird, bleibt das jüdische Gemeindezentrum in Hanau an diesem Tag geschlossen.

Und während die Demonstration inhaltlich an mehreren Stellen Maßstäbe erfüllt, die klar als jüdenfeindlich verstanden werden müssen, wird im Nachgang von einer „friedlichen Demonstration“ gesprochen. Da geht schon eine ganz gehörige Portion Kraft verloren. Da ist der Akku, der auf der Jubiläumsfeier aufgeladen wurde, sehr schnell aufgebraucht.

Und wenn das jetzt immer noch zu abstrakt war, weil es ja auch um Israel geht, dann mache ich es jetzt ganz deutlich und ganz eindeutig: Wir haben die Videos vom Jubiläum auf unserem YouTube Kanal hochgeladen. Die Kommentare, die wir unter den Videos erhalten, die erspare ich Ihnen jetzt. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wenn man aber die Bilder so sieht, und dann zurückdenkt, wie wir mit der Thorarolle am Abend auf die Straße sind. Wie getanzt wurde. Wie gesungen wurde – und an der gleichen Stelle ist fünf Monate später unser Rabbiner an Jom Kippur, am höchsten jüdischen Feiertag, auf dem Weg zur Synagoge. Zu Fuß. An gleicher Stelle also, wo wir vor fünf Monaten noch so freudig getanzt haben und jüdisches Leben gefeiert haben, da hält ein Fahrzeug neben dem Rabbiner. Das Fenster geht runter. Der Arm wird aus dem Fenster gestreckt. Die Hand wird zu einer Pistole geformt, auf den Rabbiner gerichtet und „abgedrückt“. Anschließend wird noch etwas Unverständliches gerufen und weitergefahren. Ich kann mir viele schöne Dinge vorstellen. Ich kann mir auch viele nicht so schöne Dinge vorstellen. Man erlebt sie ja immer wieder. Aber das Gefühl, das es in mir auslöst, am höchsten jüdischen Feiertag, während in der Synagoge gebetet wird, den Staatsschutz im Büro sitzen zu haben, dieses Gefühl, das kann ich hier gar nicht so formulieren, als dass es dem Rahmen unangemessen wäre. Auch das erspare ich ihnen jetzt. Das ist Realität Bei uns. Die Realität jüdischer Lebenswelten.

Eine Realität, die gedeihen konnte, weil wir vieles zugelassen haben. Weil wir bei dem Versuch, vieles unter Meinungsfreiheit summieren zu wollen, nicht eingeschritten sind. Weil wir keine klaren Grenzen gesetzt haben. Weil wir dem Narrativ zum Opfer gefallen sind, die Entwicklungen der letzten zwei Jahre hätten ihre Begründung auch im Nahostkonflikt. Hätten sie aber nicht. Das war nur der Brandbeschleuniger. Und es ist ja nicht so, als hätten nicht genug Menschen darauf hingewiesen.

Das alles führte zu einer Welle von absoluter Empathielosigkeit, zu einer Resignation in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und zu einer Gesamtlage, in der Jüdinnen und Juden nicht einmal mehr den 7. Oktober als Trauertag für sich beanspruchen dürfen. Nicht einmal den Jahrestag eines terroristischen Überfalls, bei dem unschuldige Männer, Frauen, Kinder, Babys bes-

tialisch ermordet wurden. An einen Tag, an dem Frauen vergewaltigt wurden und ihnen nicht geglaubt wurde, Eltern vor den Augen ihrer Kinder getötet wurden, Geiseln genommen wurden – nicht einmal an diesem Tag kann man einzig daran erinnern und trauern. Während mancherorts der 7. Oktober dem Gazakrieg gleichgestellt wird, andere das Datum komplett ignorieren, da wird andernorts sogar noch eine „Widerstandsdemonstration“ angemeldet. Und erlaubt. Das ist ziemlich schwer auszuhalten, und ich kann mittlerweile diejenigen verstehen, die es nicht mehr aushalten. Die vielleicht einen Plan B in einem anderen Land sehen. Und mir tut das weh. Mir tut das deshalb weh, weil wir als Jüdische Gemeinschaft immer dafür gekämpft haben, dass es nicht so sein würde.

Ich habe letztes Jahr gesagt, es wäre völlig utopisch zu glauben, dass man vergessen könne, was in den letzten Jahren passiert ist. Es ist unmöglich, auszublenden was war, und es wäre auch brandgefährlich, das zu tun. Und trotzdem muss es weitergehen. Es muss immer weitergehen. Dazu gibt es keine Alternative. Aber wie? Die vergangenen zwei Jahre haben mir eins ganz klar verdeutlicht: Wir haben als Gemeinde, als Repräsentanten von Gemeinden, eine Verantwortung unseren Mitgliedern gegenüber. Wir haben eine Verantwortung dem jüdischen Leben gegenüber. Und diese Verantwortung heißt bei allem Wunsch nach Dialog, bei dem Wunsch nach Gemeinschaft eben auch: Dinge klar zu benennen.

Mir ist klar, dass sich meine Worte heute anders anhören als in den Jahren zuvor. Mein Tonfall ist anders. Dass es sich vielleicht auch wie ein kleiner Befreiungsschlag anfühlt, der mit Frustration unterlegt ist. Das ist es in Teilen auch. Aber es hat einen Kern, der mir wichtig ist. Das ist der Versuch, aufzurütteln, wachzurütteln. In Ihnen die gleiche Frustration auf diesen Status quo zu wecken. Dem Aufruf, dass wir es als jüdische Gemeinschaft nicht allein schaffen, diesen Hass zu besiegen, zu folgen. Und es steckt auch der Aufruf darin, sich noch mehr mit authentischen jüdischen Lebensrealitäten zu beschäftigen. Man muss nicht Judaistik studiert haben, man muss auch kein Historiker sein, um klare Worte zu finden. Um im eigenen Umfeld Fragen zu stellen. Um die Chiffren, die eigentlich gar keine verschlüsselten Chiffren sind, zu entschlüsseln. Bitte erinnern Sie sich: Antisemitismus ist wandelbar, aber er ist nicht originell. Und deshalb ist es auch gar nicht so schwer, ihn zu erkennen. Wir haben die Blaupause doch.

Es spielt nämlich keine Rolle, was wir Juden tun: Sind wir zu erfolgreich, dann werden wir beschuldigt, die Welt zu kontrollieren. Wenn Juden für etwas kämpfen müssen, dann werden sie verteufelt. Juden werden gehasst, weil sie reich sind und weil sie arm sind. Sie werden gehasst, weil sie einen festen Glauben an die Traditionen haben und weil sie losgelöste Weltbürger sind. Weil sie unter sich bleiben und weil sie überall sein wollen.

Bevor es den Staat Israel gab, wurden Juden verfolgt und ermordet, weil sie keinen Staat hatten. Weil sie nicht dazugehörten. Jetzt werden sie dämonisiert, weil sie einen Staat haben, den sie anderen weggenommen hätten.

Das hat alles nichts mit politischen Meinungsverschiedenheiten zu tun. Das ist ein historisch konsistentes Muster von Hass, das sich anpasst, egal, was Juden tun. Wenn man das gleiche Anklagekonstrukt gegen andere Gruppen richten würde, würde die Welt zurecht dazwischenrufen. Auf die Straße gehen. Laut werden.

Aber wenn die Anklage sich gegen Juden richtet, dann hört man leider viel zu oft: Vielleicht ist ja was dran. Also, wir wissen ja, dass die Juden Geld haben. Und wer Geld hat, hat meistens auch

eine Lobby. Unter sich bleiben wollen viele irgendwie auch. Also glauben wir. Wir wissen es zwar nicht genau, denn wir kennen ja auch gar keine, aber das ist ja der Beweis dafür, dass es so ist. Und überhaupt: das hat man ja alles schon so oft gehört, da muss ja was dran sein.

Diese Form von geistiger Gymnastik und die Ablehnung einer objektiven Wahrheit zu Gunsten dieser Mythen und Verschwörungserzählungen führt zwangsläufig zu einer Rechtfertigung für das, was Jüdinnen und Juden erleben müssen. Bis heute.

Die Zurückhaltung oder der vielleicht in seiner Intension gut gemeinte Versuch „neutral“ zu bleiben, hat uns überhaupt erst in diese Lage geführt. Bleiben wir dabei, dann führt der Weg nur in eine Richtung. Und ich will wirklich der tiefen und festen Überzeugung sein, dass die Mehrheit von uns, die Mehrheit in diesem Land, das nicht möchte und auch nicht so denkt. Aber wenn die Mehrheit es wirklich nicht möchte und wenn die Mehrheit wirklich nicht so denkt, dann müssen wir es endlich zeigen. Wir müssen, wie in vielen anderen Dingen auch, aber heute geht es nun mal nicht um alles andere, endlich unsere Stimme nutzen. Hinterfragen. Auch die eigenen Denkmuster hinterfragen. Hinterfragen, was um uns herum eigentlich gerade passiert. Mit Betroffenen sprechen, ihre Gefühle verstehen und dann handeln. Eine Haltung, die wir so oft formulieren und der Wunsch nach Haltung, der entsteht doch genau daraus. Haltung entwickelt sich aus Wissen und Handlung. Sie entsteht nicht einfach so.

Wenn sie von all dem, was ich heute gesagt habe, vielleicht eine Botschaft mitnehmen möchten, dann vielleicht diese hier: Wenn das „Nie Wieder“, dass sich die Überlebenden der Shoah gegenseitig versprochen haben, nicht zu Worthülsen verkommen soll, die wir an diesen Daten gebetsmühlenartig heruntersprechen, dann ist es jetzt Zeit zu handeln. Das ist unsere Aufgabe.

Meine Hoffnung bleibt weiterhin bestehen, dass wir im nächsten Jahr weniger aufrüttelnde Worte finden müssen. Dass wir eine positivere Bilanz ziehen können. Das mag für jemanden der heute viel von Realität gesprochen hat, vielleicht realitätsfern klingen. Aber schon der erste Ministerpräsident Israels, David Ben Gurion hat gesagt: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“.

Seine Worte in G'ttes Ohr und von dort bitte direkt in unser aller Handeln. Das ist das Wunder, an das ich glauben möchte.

### **Oliver Dainow**



Oliver Dainow ist der Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Hanau. © Michael Pasternack, Photographer

# Impressum

## Herausgeberin

Recherche- und Informationsstelle  
Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)

## c/o Demokratiezentrum Hessen

Philipps-Universität Marburg  
Wilhelm-Röpke-Str. 6  
35032 Marburg

[info@rias-hessen.de](mailto:info@rias-hessen.de)

[www.rias-hessen.de](http://www.rias-hessen.de)

[https://www.instagram.com/rias\\_hessen/](https://www.instagram.com/rias_hessen/)

## V.i.S.d.P.

Dr. Susanne Urban (RIAS Hessen)

## Konzept & Redaktion

RIAS Hessen (Susanne Urban, Gabriel Hoppe, Leonie Nützl)  
Beratung: Bundesverband RIAS e.V.

## Texte

Team RIAS Hessen: 2025. Eine Zusammenfassung; Formelle Grundlagen des Jahresberichts 2025.

Leonie Nützl: Antisemitismus in Hessen 2025

Gabriel Hoppe: Fokuskapitel I

Susanne Urban: Fokuskapitel II

Alle weiteren Texte, Grußworte, Kommentare und Zitate sind namentlich gekennzeichnet

Die im Text verwendeten Weblinks sind alle zuletzt am 19. März 2026 aufgerufen worden; für deren Erreichbarkeit übernimmt RIAS Hessen keine Haftung.

Gestaltung

studio ahoi, Hamburg

Hinweis: Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Alle Rechte vorbehalten

© 2026 RIAS Hessen

RIAS Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

RIAS Hessen wird im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ – administriert durch das im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) – gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Recherche- und Informationsstelle  
Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)

